Nr. 85. 19. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 12. April 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat März gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Ancy bei Metz, A. Sch. 20,—. Altona, durch den Vertrauensmann H. Th. 2000,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 200,— (darunter Ueberschuß vom „Wahren Jacob" durch Schröder 3,—, Ueberschuß vom Apfelsinenfest der Pennalgruppe 6,—, fauler Budiker, Hasenheide 5,—, Ueberschuß von 30 Osterzeitungen durch Kallies 1,50.) 4. Kreis Südost 1000,— (darunter Neumann u. Bonar, Lausitzer-Platz 20,—, Polierpatten von Spinn 5,—, Maskenball vom Klub der Harmlosen 5,—, Ueberschuß der Kranzspende vom 18. März von den Arbeitern der Firma Beermann 17,45). 4. Kreis, Ost 1000,— (darunter Genossen des 160. Stadtbezirks 8,—, Kranzüberschuß der Arbeiter von Hülsebeck u. Kroll 6,70, Bau- und Erdarbeiter 5,—, Tischlerei Fischer, Weidenweg 20,—, Kranzüberschuß von den Arbeitern der Firma Pintsch 19,45, Referat von G. Bernhard 6,—). 5. Kreis 150,—. 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 700,— (darunter R. M. 2,—, A. B. Mister 1,—, alter Parteigenosse Schönhauser Allee 10,—, Einsegnung Engel 1,—, Restaurant Schönhauser Allee 50 1,80). Berlin, diverse Beiträge: R. K. 50,—. R., für gelesene Korrekturen 4,—. Ein Wurzelnagetier 5,—. Von den Arbeitern der Möbelfabrik J. Groschkus 8,05. Vortrag bei den Posamentierern, überwiesen von Bernhard 5,—. Für einen Vortrag in Oranienburg durch Hase 6,—. Dr. L. A. 50,—. Fabrik Bechstein, Grünauer- und Johannisstr., Uebersch. von der Kranzspende für die Märzgefallenen 31,20. Cigarrenfabrik R. Schulze, Friedrichsfelderstr. 21, 11,—. Von den Kollegen der Firma R. Krüger außer einigen 8,70. Uebersch. der Kranzspende am 18. März von den organisierten Arbeitern der Schultheiß-Brauerei, Abt. II, 3,—. Uebersch. der Kranzspende für die Märzgefallenen von den Arbeitern der Möbelfabrik von Groschkus 4,60. Sch—r, von der Heydtstr., 10,—. Kranzübersch. von den Arbeitern der Werkzeug-Fabrik R. Weber u. Co., Große Frankfurterstraße, 6,55. Vortrag des Rechtsanwalts Fr. im Verband der Graveure und Ciseleure 6,—. Kontobuch-Arbeiter vom Wedding 5,—. Märzkranzüberschuß von den Arbeitern der Firma A. Borsig, Tegel, 152,95. Für einen Vortrag von Bernhard bei den Bureau-Angestellten 6,—. A. B. 50,—. P. S. 50,—. A. G., „Vorwärts"-Honorar 5,40. Arbeiter der Neuen Berl. Genossenschafts-Bäckerei 24,—. Jule, Ritterstr. 85, 1. Quartal 19,90. Musik von „Norden", Hussitenstr. 40, durch H. Mänder 3,—. Onkel 10,—. Bleisteg 1,—. Ueberschuß der Kranzspende Magnalia, Yorkstr. 59. 5,—. Jahresbeitrag für 1902 von M. G. 12,—. G. R. 3,—. J. M. 2,—. Ueberschuß der Kranzspende von den Arbeitern der Firma Fritz Werner 8,—. Ueberschuß vom Märzkranz von den Arbeitern der Firma Butzke u. Co. 8,55. W., den 17./3. 2,50. Mitglieder der II.-Dr. 3,35. Von 2 Mitgliedern der Gewerschaft der Buchdrucker im „Vorwärs" 5,—. Von den Mitgliedern des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vorwärts" 120,—. „Grand Schwarz" 5,—. Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderei von Bading 10,—. St. 50,—. Breslau, socialdemokratischer Verein 50,—. Buxtehude, von den Alten durch Weber 3,—. Bern 50,—. Bremen, von den Parteigenossen 300,—. Chemnitz, 16. sächsischer Wahlkreis 500,—. Crimmitschau 150,— (darunter Doppelschaftkopf 0,50, d. A. C. 10,—, G. 1,—). Dresden-N., socialdemokratischer Verein, 4. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 400,—. Dresden, Merker 5,—. Elsterberg, von einer Revision durch R. 4,—. Fallenberg (Oberschlesien) 2,—. Frankenberg i. S., von den Sortierern und Cigarrenarbeitern der Tabakarbeiter-Genossenschaft (Filiale Frankenberg) 150,—. Frankfurt a. M., durch den Vertrauensmann 500,—. Gießen, E. K., 1. Quartal 1902 30,—. Gotha, durch den Vertrauensmann 30,—. Hamburg, vom Sängerbund Hamburg-Altona und Umgeg., 1. Rate, durch den 1. Vors. E. R. in Barmbeck 500,—. Hastedt bei Bremen, von Parteigenossen 10,—. Hamburg, 2. Wahlkreis 2000,—. Hartha, ein Teil des Ueberschusses der Reichstagswahl im 10. sächsischen Reichstags-Wahlkreis 100,—. Hohenstein-Ernstthal, Volksverein, 1. Quartal 1902 5,—. Hamburg, im Monat März in der Expedition des „Echo" eingegangen 112,85. Hannover 1000,—. Jena, 1. Vierteljahr 1902 30,—. Königsberg i. Pr., Parteibeitrag der Genossen 100,—. Lößnitz, Kindtaufe im Schützenhaus 4,—. München, Waldläufer 5,—. Meranne, von den Parteigenossen im 17. sächsischen Wahlkreis 25,—. Nürnberg-Altdorf, socialdemokr. Verein 20,—. Nürnberg, Marcel 2,—. Oberlangenbielau i. Schl., von den Arbeitern aus dem Eulengebirge 100,—. Oelsnitz i. V., vom Arbeiterverein 50,—. Offenbach a. M., vom Landeskomitee des Großherzogtums Hessen 700,—. Piragen, A. P., Quartalsbeitr. 1,30. Reichenbach i. Schl., v. sociald. Wahlv. 5,—. Rixdorf, ges. Thomasstr. 1,—. Straßburg i. E., Altvater 5,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Stuttgart, H. L. 6,—. Stettin, Wahlkreis 300,—. Solingen, durch den Kreisvertrauensmann vom Volksverein Ohligs, Filiale Merscheid 25,—, desgl. Höhscheid 10,—, desgl. Solingen 10,—, Sa. 45,—. St. Tönis, W. T. 23,15. Villingen, zwei bußfertige Parteigenossen 2,—. Württemberg 100,—.

Berlin, den 10. April 1902.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Die Kämpfe in Belgien.

Die Lage in Belgien hat im Laufe des gestrigen Tages noch einen viel ernsteren Charakter angenommen. In der Hauptstadt des Landes ist es im Laufe des gestrigen Abends und der Nacht zu wahren Straßenkämpfen gekommen: Barrikaden sind errichtet, Schüsse gewechselt und förmliche Schlachten geliefert worden, bei denen es mehrere Tote und eine ganze Anzahl von Verwundeten gegeben hat. Am Morgen ist wieder Ruhe eingetreten, allein es ist kaum daran zu zweifeln, daß sich am heutigen Abend die Straßenscenen, vielleicht sogar in noch ernsterer Form, wiederholen werden, falls nicht die Regierung ihre provozierende Haltung aufgiebt. Der Bürgermeister von Brüssel hat alle „Zusammenrottungen", d. h. alle Straßendemonstrationen verboten. Da sich aber das sein Wahlrecht heischende Volk schwerlich abhalten lassen wird, durch erneute Umzüge dem trotzenden, auf die Macht der Bajonette pochenden Klerikalismus seinen unbeugsamen Willen kundzuthun, werden erneute Zusammenstöße unvermeidlich sein. Hoffentlich begreifen die klerikalen Machthaber, daß das frivole Blutvergießen unabsehbare Folgen haben kann, um noch rechtzeitig der Schneidigkeit der Polizei Zügel anzulegen. Denn wenn das Volk, das bis jetzt nur den Polizeiattacken Widerstand entgegensetzte, erst soweit getrieben würde, seine ganze Kraft zu entfalten und durch Barrikadenschlachten sein Wahlrecht zu erkämpfen, so dürfte die Polizeimacht schwerlich ausreichen, der Bewegung Herr zu werden. Ob aber in diesem äußersten Fall die Truppen bereit wären, auf Vater und Mutter zu schießen, das ist noch sehr fraglich. Wohl aber wäre es möglich, daß ein Teil der von den klerikalen Volksunterdrückern aufgebotenen bewaffneten Macht mit dem niederzukartätschenden „inneren Feind" fraternisierte. Es scheint denn auch, als ob es das bis jetzt aufgebotene Militär im Gegensatz zu der schießfertigen Polizeimacht vermieden habe, seine Brüder zu attackieren. Nur diese Zurückhaltung der Truppen erklärt es, daß die Manifestanten der Provinz, gegen die zur Unterstützung bereits unterlegener Gendarmerie Kavallerie geführt wurde, sich mit Hochrufen auf die Republik und — die Armee zerstreuten. Die Truppen andrer Staaten würden sich einer solchen Situation gegenüber die Gelegenheit zum Einhauen schwerlich haben entgehen lassen.

Unsre „Germania" hofft allerdings, daß es der brutalen Gewaltpolitik der Regierung gelinge, die Wahlrechtsbewegung blutig zu ersticken, selbst wenn Unschuldige mit den „Schuldigen" büßen müßten. Das ultramontane Blatt lebt auch der Zuversicht, daß dann die Klerikalen die Revision der Verfassung verwerfen könnten, daß also das traurige Regiment der Volksverdummer und Volksaksbeuter auf absehbare Zeit gesichert sei. Sie behauptet, daß die „öffentliche Meinung" gegen die „Unruhen" sei, und daß alle „ordnungsliebenden Männer" es der Regierung danken würden, wenn sie die unruhestiftenden „Individuen" blutig niederzwänge. Das führende deutsche Centrumsblatt befindet sich da in einem holden Wahne. Wenn die Mehrheit des belgischen Volkes auf der Seite des Klerikalismus stünde, so könnten die reaktionären Wahlrechtsgegner ja getrost das geforderte gleiche Wahlrecht bewilligen. Aber gerade, weil der Klerikalismus nur zu gut weiß, daß er nur dem Pluralsystem seine Herrschaft dankt, wehrt er sich ja so heftig gegen die Verfassungsrevision.

Es ist deshalb auch eine liberale Illusion, wenn der Links-Liberale Lorand jetzt, wie die „Frankf. Ztg." mitteilt, der Masse abrät, ihre Demonstrationen fortzusetzen, und dafür eintritt, daß das Parlament aufgelöst und ein Plebiscit über die Forderung des gleichen Wahlrechts veranstaltet werde. Die Regierung denkt nicht daran, das Parlament aufzulösen. Und selbst wenn sie es thäte: würden die unter dem heutigen Pluralsystem zustandegekommenen Neuwahlen den Wahlrechtsfreunden das Heft in die Hand geben?

Es ist auch thöricht, gleich Lorand darüber zu spintisieren, ob das Volk, da es sich jetzt nicht um die Abwendung einer reaktionären Wahlverschlechterung, sondern um die Erringung eines demokratischen Wahlsystems handelt, das Recht hat, aggressiv vorzugehen. Das Volk hat kraft des demokratischen Princips das Recht, das gleiche Wahlrecht zu verlangen. Ueberdies hat es auch gar nicht nötig, zur Offensive überzugehen. Es beansprucht lediglich das Recht der Demonstrationsfreiheit. Sucht man ihm diese gesetzwidrig zu rauben, so handelt es nur in der Defensive, wenn es sich gegen Polizei-Attacken zur Wehr setzt.

Barrikadenkampf in Brüssel.

Brüssel, 11. April. (W. T. B.) Nach der Versammlung vor dem Volkshause durchzogen gestern abend große Scharen die Stadt nach allen Richtungen hin. Ein Trupp, welcher in den Vorort Schaerbeek zu gelangen suchte, wurde von der Bürgergarde mit gefälltem Bajonett daran gehindert. Auf der Place Rouppe fand ein Zusammenstoß der Menge mit der Polizei statt, wobei mehrere Revolverschüsse gewechselt und einige Verhaftungen vorgenommen wurden. Auch bei der Avenue Louise kam es zu Thätlichkeiten, wobei mehrere Personen Verletzungen erlitten. Die Polizei trieb die Menge auseinander, welche sich vor der Synagoge wieder sammelte und abermals zerstreut wurde. An vielen Häusern im Centrum der Stadt, unter andern am Palast des Senators Grafen Merode, wurden sämtliche Scheiben zertrümmert. Besonders heftig war ein Zusammenstoß in der Rue des Minimes in der Nähe des Volkshauses und vor demselben, wo von beiden Seiten mehr als 100 Schüsse fielen und die Menge und Polizei handgemein wurden. Ueber 30 Verwundete, unter ihnen Frauen und Kinder, wurden in dem in ein Lazarett umgewandelten Volkshause untergebracht, andre wurden in Krankenhäuser oder auf die Polizeibureaus geschafft. Als die Menge die Straße zu verbarrikadieren suchte, machte die Gendarmerie vom Bajonett Gebrauch, wobei sie mit Steinwürfen empfangen wurde. Um Mitternacht schien das Stadtviertel, in welchem das Volkshaus liegt, in voller Revolution zu sein. Man hatte dort die Schienen der Straßenbahn losgelöst und eine Barrikade vor dem Volkshause errichtet. Nach wiederholten Bemühungen gelang es der Polizei, die Straßen und das Volkshaus, in welches sich viele geflüchtet hatten, zu säubern. Um 1 Uhr früh schien die Ruhe wiederhergestellt zu sein.

Brüssel, 10. April. (K. P. B.). Die ganze Nacht hindurch dauerten in Brüssel selbst die Zusammenstöße mit Polizei und Gendarmerie fort. Vor dem Volkshause hatten spät abends die socialdemokratischen Abgeordneten in einem großen Meeting unter freiem Himmel die Bevölkerung dringend zur Ruhe ermahnt und aufgefordert, sich jeder Provokation zu enthalten und Zusammenstöße mit der Polizei und Gendarmerie, mehr noch mit den Truppen, möglichst zu vermeiden, und ebenso die neutrale Zone, bekanntlich diejenige, in welcher das Palais des Königs und die Ministerien sowie Parlament und Senat liegen, zu meiden. Nach Schluß des Meetings bildeten sich fünf große Züge, welche sich in verschiedenen Richtungen durch die Stadt in Bewegung setzten, überall zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts manifestierend. Bald bildeten sich kleinere Trupps, die Hochrufe auf die Republik ausbrachten und deren Demonstrationen einen lärmenderen Charakter annahmen. Die Polizei, stets von Gendarmerie unterstützt, griff jedesmal ein, sperrte die betreffenden Straßen und versuchte, die ihr entgegenkommenden Manifestantenzüge zu sprengen. In vielen Fällen wurden auf beiden Seiten Revolverschüsse ausgetauscht, und eine große Anzahl von Verwundungen war die Folge. Die **Polizei ging von vornherein rücksichtslos vor und versuchte überall die ihr bekanntesten Männer in den resp. Zügen zu verhaften,** was die Volksmenge ihrerseits ebenso energisch zu verhindern versuchte. Trotzdem wurden viele Verhaftete eingeliefert. Sehr bald drangen die Manifestanten auch in die neutrale Zone der oberen Stadt ein; in der Rue Royale und deren Nebenstraßen und Plätzen kam es schließlich zu den lebhaftesten Kämpfen. Der Palast des Königs und das Parlament waren indessen in weitem Kreise abgesperrt, und sämtliche Zugänge zu denselben durch Bürgergarden besetzt. —

Nach vorläufigen Feststellungen sind 60 schwere Verwundungen bei den heutigen Unruhen vorgekommen. Ein Polizist und zwei Socialisten sind ihren Wunden erlegen. Die gesamte Garnison ist konsigniert.

Brüssel, 11. April. (W. T. B.) Zur Verstärkung der hiesigen Besatzung sind zwei Bataillone Infanterie, eine Compagnie Genietruppen und ein Regiment Kavallerie eingerückt. In jeder Kaserne ist ein Bataillon konsigniert. Die Truppen erhielten 2 Pakete scharfe und 2 Pakete Platzpatronen. Auch die Gendarmerie ist verstärkt worden. Die gesamte Bürgergarde ist zusammengerufen worden und hat die strengsten Weisungen zur Unterdrückung der Ruhestörungen erhalten. —

Zusammenstöße in der Provinz.

Brüssel, 11. April. (W. T. B.) In Bracquegnies (Bassin du Centre) kam es heute früh zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen mehreren Tausend Ausständigen und Gendarmen. Erstere schleuderten Steine gegen die Gendarmen, welche mit Revolverschüssen antworteten. Es kam zu einem vollständigen Gefecht; die Gendarmen mußten sich zurückziehen. Eine Eskadron Lanciers eilte zu ihrer Hilfe herbei und zerstreute die Ausständigen, welche unter Hochrufen auf die Armee und das allgemeine Stimmrecht den Platz räumten.

Lüttich, 10. April. (W. T. B.) Heute abend fand eine große socialistische Kundgebung statt. Große Menschenmengen durchzogen die Straßen und veranstalteten unter freiem Himmel Versammlungen, bei welchen Reden gehalten und der allgemeine Ausstand für nächsten Dienstag angeraten wurde. Die Polizei, welche einschritt, wurde mit Steinwürfen empfangen. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Polizisten und mehrere Teilnehmer an der Kundgebung verwundet.

St. Nicolas, 11. April. (W. T. B.) Etwa tausend Personen zogen gestern abend durch die Straßen der Stadt, um sich nach einem socialistischen Versammlungslokal zu begeben. Die Gendarmerie zerstreute die Menge und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Ausweisungen von Ausländern.

In Verviers verfügte die Polizei die Ausweisung von 8 Fremden, welche sich an den Kundgebungen beteiligt hatten. Unter denselben befinden sich 2 Deutsche, 1 Schweizer, 4 Franzosen und 1 Pole.

Kundgebung des Generalrats.

Brüssel, 11. April. (W. T. B.) Der „Peuple" veröffentlicht eine vom Generalrat der Arbeiterpartei unterzeichnete Kundgebung an die Bevölkerung, welche sich für eine Revision der Verfassung und für das allgemeine Stimmrecht ausspricht. In einer gestern abgehaltenen Sitzung des genannten Generalrates erklärte sich die Mehrheit für den Generalausstand. —

In der Provinz hat das Manifest des Generalrates der Arbeiterpartei, nach der Meldung der „K. P. B.", große Begeisterung unter den Arbeitermassen erregt, die namentlich in den vlämischen Bezirken mit Ungeduld auf das Signal zum allgemeinen Ausstand warteten. Obwohl dieser erst Montag beginnen soll, legten schon gestern viele Tausende die Arbeit nieder, und in weiten Distrikten war der Ausstand der Bergleute und der Eisenarbeiter schon gestern ein allgemeiner.

La Louvière, 11. April. (W. H.) Die Zahl der ausständigen Gruben- und Metallarbeiter im ganzen Becken beläuft sich gegenwärtig auf ca. **20 000** Mann. Die Streikenden durchziehen fortgesetzt in Gruppen die Gegend und versuchen, die noch Arbeitenden zu bewegen, in den Ausstand zu treten.

Sturm in der Kammer.

Die Donnerstags-Sitzung der Kammer, welche eigentlich über das Budget der Staatsschulden abstimmen sollte, war bisher gänzlich von hin- und herfliegenden Schmähungen und Schimpfworten ausgefüllt. Als Woeste sich dem Ministerpräsidenten näherte, um mit ihm zu sprechen, begannen die Socialisten gegen ihn zu demonstrieren. Woeste, sehr bleich, kreuzte die Arme und sah seinen Gegnern fest ins Auge. Der doktrinär-liberale Huismans protestierte gegen dieses Benehmen der Socialisten, wurde aber von Anseele heftig zurückgewiesen. Die Socialisten, so meinte dieser, kennten selbst die Gesetze kollegialer Höflichkeit. Der klerikale Delbeke rief, ihn hätten vorgestern die Socialisten beinahe in Antwerpen ermordet, dennoch ziehe er fast die Socialisten den Liberalen vor, weil sie offen seien, während die Liberalen in der jetzigen Situation im Trüben fischen wollten. Darauf furchtbarer Tumult; Schimpfworte wie „Hund", „Jesuit", „Spitzel" fallen. Die Sitzung dauert fort.

Im weiteren Verlauf der Sitzung machen die Klerikalen ihre socialistischen Kollegen für die bisherigen blutigen Straßenauftritte verantwortlich. Die Socialisten lehnen die Verantwortung für die kommenden Ereignisse ab, das Maß der Geduld sei erschöpft. Der Socialist Vandervelde betenert die friedlichen Absichten der Socialisten und erklärt sich

bereit, mit Kollegen zum König zu gehen, um ihn zu beschwören, durch sein Eingreifen den Bürgerkrieg zu verhindern.

Auch am Freitag kam es in der Kammer zu heftigen Scenen. Das Wolffsche Depeschenbureau berichtet darüber:

Ministerpräsident de Smet de Naeyer spricht über die gestrigen Ereignisse und führt einen von den socialistischen Deputierten an die Bevölkerung gerichteten Aufruf an, der zeige, daß man den Kampf selbst noch fortsetzen wolle, nachdem die Entscheidung des Parlaments bezüglich der Verfassungsrevision gefallen sein werde. In dem Aufrufe heiße es, die Regierung müsse abdanken und die Revolution triumphieren; das beste Mittel sei, die Bewilligung der provisorischen Kredite durch Obstruktion zu verhindern. Ein solches Manöver, fährt der Ministerpräsident fort, dürfe nicht geduldet werden, er bitte die Kammer, über die Kredite morgen zu beraten. Der Regierung liege daran, daß die Verhandlung über die Verfassungsrevision, entgegen den Behauptungen der Socialisten, stattfinde. In diesem Augenblick kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Socialisten und den andren Parteien. Hubin und Cavrot, Socialisten, sind nahe daran, mit dem Klerikalen Hoyos handgemein zu werden; ihren Kollegen gelingt es, die Streitenden zu trennen. Zwischen Liberalen und Socialisten entspinnt sich ein heftiger Wortstreit über das zur Verteidigung des allgemeinen Stimmrechts abgeschlossene Uebereinkommen. Demblon, Socialist, ruft: „Wir sind von den Liberalen verraten!“ Dufrane, liberal, beantragt Schluß der Debatte; Smeets, Socialist, bekämpft den Antrag. Der Präsident bringt den Antrag zur Abstimmung; der Antrag wird angenommen. Hubin, Socialist, stürzt hierauf auf den Präsidententisch zu und schreit: „Diebl Jesuit!“ Unter heftigem Lärm und Streit auf allen Seiten des Hauses wird die Sitzung geschlossen.

Kampf in La Louvière.

La Louvière, 11. April. (W. T. B.) Als heute nachmittag 4000 Ausständige auf der Station Houdeng-Goegnies die in den umliegenden Kohlengruben beschäftigten vlämischen Arbeiter erwarten wollten, suchte die Gendarmerie die Ausgänge des Bahnhofs abzusperren. Da die Ausständigen Widerstand leisteten, gingen die Gendarmen gegen die Menge vor. Sie wurden mit Steinwürfen empfangen. Es fielen auf beiden Seiten Schüsse, wobei ein Polizist verwundet wurde. Eine Abteilung Jäger zu Pferde räumte sodann den Platz. Als der Zug mit den vlämischen Arbeitern eingetroffen war, wiederholten sich obige Scenen in verstärktem Maße. Es gelang den Gendarmen und Jägern, die Ecken, der auf den Bahnhof mündenden Straßen zu besetzen. Dabei kam es jedoch abermals zu Zusammenstößen. Von beiden Seiten fielen Schüsse. Zahlreiche Verwundete wurden in die benachbarten Häuser geschafft. Ein junges Mädchen wurde durch einen Schuß aus einem Karabiner getötet. —

Brüssel, 11. April. (W. T. B.) Volkaert, der Sekretär der Vereinigung „La Jeune Garde Socialiste“, dem man die Mitschuld an den Unruhen zuschreibt, sollte heute vormittag einem Verhör unterzogen werden, er war jedoch auf den Rat seiner Freunde vorher in das Ausland abgereist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. April.

Viehzölle.

Der Viehbestand nimmt zu, die Einfuhr ab, neuere technische Fortschritte erleichtern die Aufzucht und die Preise steigen. Also ist ein Schutzzoll auf Vieh überflüssig, schädigt die Konsumenten und die Landwirtschaft, erschwert das Zustandekommen eines Handelsvertrages. Mithin müßten die Viehzölle aufgehoben werden. Die Regierungsvorlage hat, ihrer Unlogik vollkommen entsprechend, statt dessen Zollerhöhung um das 2½ bis 3fache vorgeschlagen. Die von uns bereits mitgeteilten Anträge der Hochzöllner gehen ja noch weit über dies Mindestmaß der Vorlage hinaus und verlangen gar **Mindestzölle.**

Die Regierungsvertreter bemühten sich darzulegen, daß mit solchen Forderungen unmöglich Handelsverträge zu stande kommen können. Posadowsky erklärte recht elegisch, daß er nach der Donnerstagsabstimmung über den Quebrachozollsatz mit 120 Proz. des Wertes für ein Rohprodukt Mißtrauen gegen seine Ueberzeugungskunst geschöpft habe. Er bat dringend, die Mehrheit solle an dem rohen Marmorblock des Entwurfs doch nicht so viel herumhauen, daß die Bildsäule schließlich in die Brüche gehe. Nützte alles nichts.

Die Mehrheit ließ durch Spahn durchblicken, daß man ja in der zweiten Lesung oder im Plenum noch handeln könne. Aber vorab müsse das Centrum auf das sündige Viehfleisch einen Mindestzoll und einen unbändig hohen Unterhandlungszoll legen.

Die **Pferdezollsätze der Ueberzöllner** gelangten zur Annahme.

Eine etwas liebenswürdigere Behandlung erfuhren die Maulesel und Maultiere, diese Bastarde von Pferd und Esel. Die Mehrheit wollte von diesen geduldigen Lasttieren, deren Tugenden, leidige Lage und Unschädlichkeit — es werden jährlich noch nicht 500 eingeführt — mit etwas boshaften Seitenhieben die Socialdemokraten klarlegten, keinen höheren Zoll als die Regierung, aber doch einen Zoll. Als dann aber die Esel, deren Zollgepäck durch die Regierungsvorlage von 10 auf 5 Mark herabgesetzt ist, vor den Richterstuhl der Mehrheit geführt wurden, da schmolz die Zollwut. Esel, dachte die Mehrheit, können wir nicht genug in Deutschland haben — Esel haben wir schon viel zu viel allhier, meinte die Minderheit. Diese widersprechenden Argumente führten zu dem einstimmigen Beschluß: **der Esel soll zollfrei sein.**

Das **Rindvieh** wurde mit um so unerträglicheren Zöllen bepackt.

Die Geschäftsleitung des Vorsitzenden führte wieder einmal zu einem Zusammenstoß mit der Minderheit. Während Bebel eindringlich und sachlich die Gemeinschädlichkeit der Rindviehzölle darlegte, unterhielt v. Wangenheim sich in so unanständig lauter Weise, daß der Redner und die andren Kommissionsmitglieder außerordentlich belästigt wurden. Rettich vermochte keine Ruhe zu schaffen. Erst eine scharfe Rüge dieser Unfähigkeit durch die socialdemokratischen und freisinnigen Kommissionsmitglieder führte Herrn v. Wangenheim zu Gemüte, daß er sich weder im Stall noch mit dem Vorsitzenden, seinem Untergebenen, in der Hierarchie des Bundes der Landwirte allein befinde.

Nach achtstündiger Beratung wurde das Rindvieh verlassen. Den ausführlichen Bericht finden die Leser in der ersten Beilage.

Die nächste Position (Schafe) gelangt am 15. April, morgens 10 Uhr, zur Verhandlung. —

Eisenbahnfragen.

Der dritte Tag der Generaldebatte des Abgeordnetenhauses über den Eisenbahn-Etat brachte nur wenig bemerkenswerte Reden; die meisten Redner hielten es für angebracht, anstatt allgemeine Betrachtungen über das preußische Eisenbahnwesen anzustellen, Specialwünsche ihres Wahlkreises vorzubringen, gleich als ob noch die Sekundärbahnvorlage zur Beratung stände.

Der Beachtung wert waren nur die Reden der Abgeordneten Dr. Crüger (frs. Vp.), Frhr. v. Zedlitz (fk.) und v. Grabski (Pole). Abg. Dr. Crüger sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung den Abschluß der Handelsverträge auf die lange Bank schieben zu wollen scheine. Das gebe trübe Aussichten für die Zukunft unsres Handels und unsrer Industrie und damit auch für die Eisenbahnen. Der freisinnige Redner kritisierte des weiteren in abfälliger Weise die rückständige Verkehrspolitik der Konservativen und richtete an den Minister die Frage, wie es mit der Einlösung seines Wortes stehe, daß der Kanal doch gebaut werde. Eine Antwort auf diese Frage wurde ihm nicht zu teil.

Eine eigenartige Logik entwickelte Abg. Frhr. v. Zedlitz, indem er die Gegner des Wucherzolls als die eigentlichen Feinde der Handelsvertragspolitik hinstellte. Handelsverträge, meinte er, seien ohne erhöhten Zollschutz für die Landwirtschaft nicht möglich; wer diesen Zollschutz nicht wolle, sei daher ein Gegner der Handelsverträge. Ein echt Zedlitzscher Schluß, der auf der Linken schallendes Gelächter hervorrief.

Ernster als die Zedlitzsche Rede ist die des polnischen Abgeordneten von Grabski zu nehmen, der nachwies, mit welch kleinlichen Mitteln die Eisenbahn-Verwaltung den Germanisierungs-Bestrebungen Vorschub zu leisten bemüht ist. Polnischen Arbeitern ist bei Strafe sofortiger Entlassung verboten, sich während des Dienstes in ihrer Muttersprache zu unterhalten; auf den Speisekarten der Speisewagen werden die polnischen Namen ausgemerzt, polnische Zeitungen sind vom Bahnhofsverkauf ausgeschlossen, Gepäckträger, die polnisch angerufen werden, dürfen nicht antworten. Herr v. Thielen war nicht im stande, die Richtigkeit der Angaben des polnischen Redners zu bestreiten, er zog sich daher durch einige allgemeine Phrasen über die polnische Gefahr aus der Affaire, indem er — natürlich unter lebhaftem Beifall der Mehrheit des Hauses — es so darzustellen suchte, als ob die Verkehrssicherheit derartige Maßnahmen notwendig mache. Da ist es eigentlich wunderbar, daß trotzdem so viel Eisenbahnunfälle zu verzeichnen sind.

Am Sonnabend wird die Beratung fortgesetzt. —

Deutsches Reich.

Regelung der Kinderarbeit.

Der vom Bundesrat genehmigte Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Kinderarbeit wird nunmehr im Wortlaut veröffentlicht. Er zerfällt in der Hauptsache in zwei Teile, dem, der die Arbeit fremder Kinder regelt und dem der Vorschriften über die Beschäftigung eigner Kinder enthält. Fremde Kinder sollen künftig auf Bauten in Ziegeleien, Brüchen und Gruben sowie einer Anzahl namhaft gemachter Betriebe, die bisher eine Beschränkung der Kinderarbeit nicht unterworfen waren, nicht beschäftigt werden. Unter Kinder im Sinne des Gesetzes versteht man solche unter 13 Jahren, soweit sie nicht zum Besuch der Schule bis zum 14. Jahre verpflichtet sind. Verboten ist die Beschäftigung bei Schaustellungen, soweit nicht ein höheres künstlerisches Interesse obwaltet. Im Betriebe von Gastwirtschaften dürfen Kinder unter 12 Jahren nicht beschäftigt werden. Zum Austragen von Waren und zu Botengängen für bestimmte Betriebe dürfen Kinder unter 10 Jahren nicht beschäftigt werden. Kinder über 10 Jahr dürfen 4 Stunden täglich solchem Erwerb nachgehen. Für die ersten 5 Jahre sind Ausnahmen zulässig. Am Sonntage darf die Beschäftigung 2 Stunden nicht überschreiten, soweit sie nicht in bestimmten Gewerbebetrieben überhaupt verboten ist. Die Beschäftigung der Kinder muß vom Gewerbe-Unternehmer der Polizeibehörde angezeigt werden und sollen die Kinder ähnlich den Arbeitsbüchern Arbeitskarten erhalten.

Die Beschäftigung eigner Kinder ist in solchen Betrieben verboten, die Maschineneinrichtungen aufweisen. Im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben dürfen eigne Kinder unter zehn Jahren überhaupt nicht, eigne Kinder über zehn Jahre nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens beschäftigt werden. — Eigne Kinder unter zwölf Jahren dürfen in der Wohnung oder Werkstätte des Vaters, Pflegevaters für Dritte nicht beschäftigt werden. — An Sonn- und Festtagen dürfen auch eigne Kinder im Betriebe von Werkstätten und im Handelsgewerbe nicht beschäftigt werden. Die Beschäftigung eigner Kinder im Betriebe von Gast- und von Schankwirtschaften ist gestattet. — Durch Polizei-Verordnungen der zum Erlasse solcher berechtigten Behörden kann die Beschäftigung beschränkt werden. Auch kann die Beschäftigung von Knaben unter zwölf Jahren und die Beschäftigung von Mädchen bei der Bedienung der Gäste verboten werden.

Im übrigen ist die Ausführung von Botengängen und Austragen von Waren den eignen Kindern gestattet. Eine kritische Besprechung des Gesetzentwurfs behalten wir uns vor.

Graf Bülow ist am Freitag von seiner Osterreise heimgekehrt. Die wohlerzogene Presse Berlins — und die wohlerzogensten Blätter sind die liberalen — empfangen den Helden mit jubelndem Dank für die großen Thaten, die er wie in Venedig so nun auch in Wien vollbracht habe. Die Reise des Grafen Bülow hat wahrhafte Wunder bewirkt. Alle Wolken sind verscheucht und der politische Himmel lacht so heiter wie nur Held Bülow selbst zu lächeln versteht. Der Dreibund ist wieder einmal neu gesichert. Die bestrickende Liebenswürdigkeit des Grafen Bülow hat alle Schwierigkeiten beseitigt und alles wieder ist in bester Ordnung. Noch mehr, die liberale Presse hat in ihrem Fabeln auch den trefflichen Handelspolitiker wieder gefunden. Graf Bülow, so grübelt sie tiefsinnig, wird in Wien nicht den Zollkrieg ankündigt haben, vielmehr hat er erklärt, bei Wahrung aller deutschen Interessen werde man sich doch gewiß über neue Handelsverträge einigen. Eine andre Lesart allerdings besagt, daß Graf Bülow sich die ekligen Handels- und Zollgeschäfte überhaupt abgeschüttelt habe; er soll geäußert haben: „Ach Gott, diese Dinge bleiben jetzt auf der langen Bank; wer soll denn an Handelsvertrags-Verhandlungen denken, das ist doch alles auf ein Jahr hinausgeschoben!“ Das Wort ist vielleicht wahr und würde darauf deuten, daß die Reichsregierung — mit oder ohne neuen Tarif — erst nach den nächsten Wahlen dem Reichstag Handelsverträge vorlegen wird. In jedem Falle aber hat Graf Bülow Großes bewirkt; er könnte gar nichts von politischer Bedeutung in Wien besprochen haben, seine Presse würde ihn feiernd empfangen. Man muß es verstehen, sich eine Presse zu machen. Graf Bülow hat es verstanden. Daher ist Graf Bülow ein großer, ein sehr großer Staatsmann! —

In der Kauffmann-Angelegenheit treten jetzt die freisinnigen Mannen wieder den Rückzug an. Ein mißglückter Schurkenstreich! Der Syndikus Dove, der Liebling des Tageblatt-Freisinns, ist taktvoll genug, um die Gemeinschaft mit den Kauffmann-Hetzern sehr entschieden zurückzuweisen. Er ohrfeigt das Mosse-Organ mit einem Briefe, in dem er erklärt, daß er auf jede Kandidatur für den Bürgermeisterposten verzichte. Das „Berliner Tageblatt“ aber läßt sich nicht aus der Fassung bringen. Es ist jetzt auch über die Entsagung Doves tief gerührt. Wenn übrigens das „Berliner Tageblatt“ die Mitteilung in das Reich der Fabel verweisen will, es habe dem Schreiben Kauffmanns ein Brief des behandelnden Arztes beigelegen, in dem er andeutet, daß der Kauffmannsche Verzicht ad acta gelegt werden sollte, so stellen wir fest, daß in der That eine solche orientierende Mitteilung des Arztes erfolgt ist.

Als wir gestern das elende Verhalten des Kommunalfreisinns geißelten, haben wir an Eugen Richter nicht gedacht. Jetzt erfahren wir mit einiger Verwunderung, daß sich der Fraktionsgewaltige getroffen gefühlt hat; sonst würde die „Freisinnige Ztg.“ nicht aufgeregt schimpfen, daß der „Vorwärts“ niemals frecher und lügenhafter geschwindelt hat; zwischen Kauffmann und seinen Parteifreunden, insbesondere dem Abg. Richter habe niemals eine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich des Verhaltens Kauffmanns bestanden.

Wir haben, wie gesagt, nicht die Leitung der freisinnigen Volkspartei, sondern den Berliner Kommunalfreisinn im Auge gehabt. Wenn dennoch die „Freisinnige Zeitung“ jetzt mit so unflätigen Vorwürfen über uns herfällt, weil wir den freisinnigen Kauffmann verteidigt haben, so erklären wir das aus dem schlechten Gewissen des Blattes, das keinen Finger gerührt hat, um für seinen Freund einzutreten, als man ihn nicht würdig befand, die Geschäfte des zweiten Bürgermeisters zu übernehmen. Die verspätete Einsicht, daß diese Zurückhaltung nicht löblich gewesen sei, berechtigt aber das Blatt nicht dazu, uns grundlos zu beschimpfen.

Der Geist des Dr. Bosse. Der im vorigen Jahre verstorbene preußische Minister Dr. Bosse, der die deutsche Geistesfreiheit in Trinksprüchen feierte und den Privatdocentenknebel erfand, spiegelt sich nicht uncharakteristisch in Briefen, die er an den Herausgeber der „Grenzboten“ gerichtet hatte und die jetzt zum Teil veröffentlicht werden. U. a. hat er sich darin über die Socialdemokratie ein wenig ausgesprochen. Er schrieb:

„Offiziös ist man augenblicklich sehr zahm gegen die Socialdemokratie und fährt sänftiglich mit diesem Knaben Absalom. Nach meiner Empfindung viel zu sanft. Für die Handelsverträge stimmt die Bande nachher doch nicht, und je sanfter die Offiziösen sind, desto unverschämter und gemeiner hetzt der Vorwärts . . .“

Gesinnung gleicherweise wie Sprache ziert den Minister gegen den Geist. Daß ihm der „Vorwärts“ höchst unangenehm war, erfreut uns noch jetzt bestätigt zu sehen. —

Kritik eines Richterspruchs auf der Kanzel. Daß ein Prediger auf der Kanzel ein socialdemokratisches Blatt in Schutz nimmt gegen ein richterliches Urteil — dieser Fall dürfte wohl bisher noch nicht vorgekommen sein.

Die „Brandenburger Zeitung“ war wegen ihres Weihnachtsartikels zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht hatte — unerfindlicherweise — in dem Artikel eine Gotteslästerung entdeckt. In seiner letzten Sonntagspredigt hat nun der Brandenburger Pfarrer Graue über das Urteil folgende Ausführungen gemacht, die er selbst im Wortlaut veröffentlicht:

„— — — — Und dann dürfen wir uns auch nicht wundern über den jämmerlichen Zustand der Verachtung, in dem sich die Gemeinschaft des Glaubens, die christliche Kirche, heute vielfach befindet. Sie ist nach der Meinung der Meisten fast nur noch dazu da, durch ihre Gottesdienste einige Stimmungen zu erwecken, dem Staate zufriedene Bürger zu erziehen und bei passenden Gelegenheiten feierlich Ja und Amen zu sagen. Diese bei Freund und Feind herrschende Religionsauffassung ist grell beleuchtet worden durch einen Prozeß, der sich neulich in unserer Stadt abgespielt hat. Die hiesige socialdemokratische Zeitung hatte Weihnachten einen Artikel gebracht, der in scharfer, schonungsloser Weise Religion und Kirche kritisierte. Es mußte einem Christen gewiß weh thun, diesen Artikel zu lesen. Und doch war dieser Artikel bei aller Verständnislosigkeit für unseren Glauben in seiner Art ein guter Artikel. Denn er war bis auf einige Phrasen, die sich aber in allen Zeitungen finden, **warm empfunden und von Begeisterung für wahre, echte Menschlichkeit getragen.** So machte er auch in seiner Kritik Halt vor der Person unseres Heilandes, für den er Worte ehrfürchtiger Bewunderung hatte. Für diesen Artikel ist der verantwortliche Redacteur zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen verurteilt worden. Ich kenne ihn nicht, auch nicht seine Richter. Ich bin überzeugt, daß der Gerichtshof nach bestem Wissen und Gewissen geurteilt hat und vielleicht bei dem Wortlaut der Gesetze nicht leicht anders entscheiden konnte. Aber ich gestehe, daß ich bei solchen Vorgängen immer ein Gefühl tiefer Scham empfinde. Ist wirklich unsre Kirche so schwach und unsre Ueberzeugung so schlecht begründet und morsch, daß sie richterlichen Schutzes bedarf? . . . Vertragen wir so wenig, daß man uns kritisiert?

Das ist eine Meinung, der auch der Gegner die Achtung nicht versagen wird. —

Die Polenvorlage, von der gestern gemeldet wurde, soll nur ein harmloses Ding sein und mit den Unterdrückungsbestrebungen nichts zu thun haben. Es handelt sich nur, so erfährt man aus dem Bureau des Abgeordnetenhauses, um eine Neuregelung der Vertretung der Städte in der Provinz Posen zu den Kreistagen. —

Gegen die Schlachtsteuer hat die in Fulda stattgehabte außerordentliche Delegiertenversammlung des Deutschen Fleischerverbandes Stellung genommen und einstimmig folgenden Antrag zum Beschluß erhoben: „Die in Fulda versammelten Vertreter der Fleischerinnungen derjenigen Städte, welche Oktroi oder indirekte Fleischsteuern erheben, beauftragen den Vorstand des Deutschen Fleischerverbandes als Vertreter aller deutschen Innungen, an die maßgebenden Stellen, vor allem an die Reichsregierung, den Reichstag und den Bundesrat die Vorstellung zu richten, daß die indirekten Kommunalabgaben auf Fleisch und die Erzeugnisse aus Fleisch bei der Einführung des neuen Zolltarifes in Wegfall kommen und zwar durch Reichsgesetzgebung.“ Die begründete Petition, zu deren Ausarbeitung eine Kommission niedergesetzt wurde, soll auch den betreffenden Stadtverwaltungen, Einzellandtagen und Landesbehörden übermittelt werden. —

Centrums-Sorgen. Die „Kölnische Volkszeitung“ fürchtet sich nun doch vor den Folgen der arbeiterverräterischen Centrumspolitik. Das Centrum, namentlich im Rheinland, werde sich auf einen Ansturm der Socialdemokratie von ungewöhnlicher Heftigkeit bei den nächsten Wahlen gefaßt machen müssen. Und sie ruft ihren Gläubigen zu:

„Möge man sich rechtzeitig auf das einrichten, was im nächsten Jahre kommen wird, möge man die Organisation revidieren, sie überall auf die breiteste Basis stellen und vorhandene Schäden ausbessern, möge man die Einheitlichkeit und Geschlossenheit pflegen und alles Trennende zurücktreten lassen, möge man im katholischen Lager alles vermeiden, was geeignet ist, die einzelnen Erwerbsstände gegeneinander zu verhetzen, und vor allem auf Experimente verzichten, welche den Keil der Zwietracht in die christlichen Arbeiterkreise treiben müssen. Wer Augen hat zu sehen, der sehe!“

So viel an uns liegt, werden wir versuchen, die bangen Befürchtungen des Centrumsorgans zu rechtfertigen. Die Befreiung vom Centrumsjoch ist eine der wichtigsten, vielleicht die wichtigste innerpolitische Aufgabe der nächsten Zeit, die wir zu erfüllen haben. Das Centrum bedingt und ermöglicht jene furchtbare Stagnation, die auf der deutschen Politik seit Jahren lastet. —

Der Dreschgraf Pückler ist trotz all seiner Verrücktheit klug gewesen, auf sein germanisches Heldentum zu verzichten, die Gläubigen der „Staatsbürger-Zeitung“ treulos im Stich zu lassen und das Weite zu suchen. Denn er weiß wohl, was er zu erwarten hat.

Wie der „Zeit“ berichtet wird, hat er ein geradezu gemeingefährliches Vergehen sich zu Schulden kommen lassen. Die Zerstörung der Feldbahn, wegen deren er sich zu verantworten hat, ist unter den erschwerendsten Umständen vor sich gegangen.

Es handelt sich um eine Bahn, die von dem Gute Sleyden des Rittmeisters Metscher über das Land des Grafen nach der Oder

führt. Herr Metscher zahlt für die Benutzung des gräflichen Bodens eine Pacht, die in Anbetracht der Geringwertigkeit des Landes recht hoch genannt werden muß. Der Vertrag läuft seit einer Reihe von Jahren und enthält die Bestimmung, daß er, wenn er nicht vor dem 1. Juli gekündigt wird, von da auf ein Jahr als verlängert gilt. Im Herbst vorigen Jahres wollte Graf Pückler ohne jeden Grund plötzlich den Vertrag aufgehoben haben. Herr Metscher wies jedoch dies Ansinnen als vertragswidrig zurück. Darauf beauftragte Graf Pückler seine Arbeiter, die Bahn zu zerstören. Die Arbeiter, vernünftiger als ihr Herr, ließen sich jedoch, als sie an den Schauplatz ihrer Thätigkeit gekommen waren, von den Metscherschen Leuten eines Besseren belehren und zogen unverrichteter Dinge ab. Graf Pückler aber beharrte bei seinem Entschluß. Er befahl seinem Inspektor, nachts die Zerstörung vorzunehmen. Es geschah. Die Schienen wurden an der Stelle aufgerissen, wo sich die Bahn in ziemlich starkem Fall nach der Oder hin senkt. Am nächsten Morgen in der Dämmerung fuhr eine Reihe von Arbeitern Metschers — die Rüben wurden gerade nach der Oder verladen — auf der Feldbahn. Einer davon fröstelte und erklärte, er werde lieber, um sich zu erwärmen, rasch vorweg gehen. Kaum war er eine Strecke gegangen, so bemerkte er die aufgerissenen Schienen. Mit Mühe und Not gelang es ihm, die andren noch rechtzeitig zu warnen, so daß der Transport vor der verhängnisvollen Stelle stoppte. Sonst wäre bei der Steilheit der Passage ein unübersehbares Unglück nicht abzuwenden gewesen. —

Aus der Kaserne. Vor dem Breslauer Kriegsgericht der ersten Division unter Vorsitz des Majors Reimann war am Sonnabend angeklagt der Selbstverstümmelung der Kürassier Zahel vom Leib-Kürassier-Regiment I in Breslau. Der Kürassier wird durch die Anklage beschuldigt, sich zum Militärdienst untauglich gemacht zu haben, daß er sich das Nagelglied des linken Daumens abschoß. Der Angeklagte will nicht mit Absicht sich verstümmelt haben, er wollte sich das Leben nehmen, da wie er angiebt, die „Schinkerei" nicht mehr aushalten konnte. Namentlich von dem Wachtmeister Marx sei er immerfort mißhandelt worden, so einmal mit Ohrfeigen, ein andermal mit der Faust. Die Untersuchung gegen den Wachtmeister hat nichts ergeben. Der Kürassier bleibt aber bei seiner Behauptung, daß er sich habe durch einen Schuß in den Mund töten wollen, weil der Wachtmeister ihn schikanierte. Als er im Korridor, wo der Karabiner stand, habe abdrücken wollen, sei er durch Tritte gestört worden, er wollte den Karabiner schnell hinstellen, dabei ging der Schuß los und verletzte ihn. Der Angeklagte war früher beim Trompetercorps, wurde aber wegen Nachlässigkeit entfernt. Er giebt noch an, auch von Kameraden schlecht behandelt worden zu sein. Seine Schwester, eine Frau Mai, beeidet, er sei einmal auf ein Pferd ohne Sattel und Decke gesetzt worden und mußte mit einem Besen in der Hand im Hof umherreiten. Der Angeklagte ist von seiner Jugend nervenleidend und wird oft von epileptischen Gehirnkrämpfen befallen, die sein Willensvermögen beeinträchtigen. Der Vertreter der Anklage beantragt ein Jahr sechs Monate Gefängnis und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Rechtsanwalt Bick meint, es könne nur Selbstmordversuch vorliegen. Er beantrage ev. Freisprechung oder Erhebung weiterer Beweismittel. Das Kriegsgericht sah ein non liquet als vorliegend an und erkannte auf Freisprechung. —

In der badischen Kammer, so wird uns aus Karlsruhe geschrieben, wurde nach zweitägiger lebhafter Debatte der Staatsvertrag über die gemeinschaftliche Verwaltung der Main-Neckarbahn, der nahezu 60 Jahre alt ist, aufgehoben und durch einen neuen ersetzt, bei welchem Baden die Verwaltung an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft mit dem Sitze in Mainz abtritt und sich mit der Besetzung einer Mitgliedsstelle begnügt. Die badische Regierung behält das Recht der „Zustimmung zur Feststellung des Personenfahrplanes für die auf badischem Gebiet liegenden Strecken." Sie ist dort zuständig für die Tarife im Personen- und Güterverkehr, kann auch das Kilometerheft einführen. Auch werden ihr „die Etatsvorschläge zur Geltendmachung etwaiger Bedenken mitgeteilt."

Für die Verwaltung der Bahn gelten künftig die zwischen Preußen und Hessen 1896 für ihre Gemeinschaft vereinbarten Verwaltungs- und Etatsgrundsätze. Baden erhält von der Eisenbahnstrecke seines Gebietes die Verkehrseinnahmen nebst einem als Ersatz für alle sonstigen Verkehrseinnahmen bestimmten Zuschlag, er berechnet sich prozentual nach den jährlichen Betriebseinnahmen.

Den oppositionellen Standpunkt vertraten die Abgg. Eichhorn (Soc.) und Frühauf (fri.); sie verwahrten sich gegen die Preisgabe der badischen Rechte und gegen die Förderung der Expansionsgelüste der preußischen Eisenbahnverwaltung. Der Abgeordnete Fendrich (Soc.) brachte durch seine Ausführungen für die Annahme des Staatsvertrages, der mehr Vorteile als Nachteile enthalte, die überraschende Erscheinung, daß die Socialdemokratie sich gespalten hat. Er polemisierte gegen Eichhorn und Frühauf und erklärte, die Verkehrspolitik sei für die Socialdemokratie nichts Principielles, sondern nur eine taktische Frage. Er beruft sich darauf, daß Bebel auf dem Mainzer Parteitag diesen Standpunkt einnahm.

Die Abstimmung ergab 8 Stimmen gegen den Staatsvertrag; die Mehrheit der Socialdemokraten stimmte dafür, Eichhorn und Geck stimmten mit den Demokraten und Freisinnigen dagegen. —

Württembergisches Volksschulgesetz. Aus Stuttgart, 10. April, wird uns geschrieben: Die württembergische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher einige Bestimmungen des Volksschul-Gesetzes vom Jahre 1836 vorschlägt. Das Gesetz hat den Zweck, die Schulberatungen, die durch Petitionen der Lehrer in Aussicht stehen, wesentlich einzuschränken, es hält an der Konfessionsschule und an der Ortsaufsicht durch Geistliche fest, die Bezirksschulaufsicht in größeren Bezirken soll jetzt auch an Fachleute übertragen werden können. Bei einer Zahl von mehr als 70 Schülern sollen erst 2, bei über 160 Schülern 3 und bei über 240 Schülern 4 Lehrer angestellt werden. Der Entwurf wird von der gesamten Presse ungünstig aufgenommen. Dem Centrum geht er in der Frage der Bezirksschulaufsicht zu weit, die Socialdemokratie lehnt ihn als zu nichtssagend ab.

Der Landtag soll am 6. oder 9. Mai zusammentreten, um zuerst Eisenbahnfragen, die Eisenbahn-Tarifreform, die erste Lesung des Volksschulgesetzes und nach Pfingsten die Steuergesetze zu beraten.

Der Stuttgarter Gemeinderat hat heute den Antrag des Genossen Bürz angenommen, für die Anstellung von Schulärzten 8000 M. in den städtischen Etat einzustellen.

Ausland.

Märzenstürme in Rußland.

Auch Rußland hat nun seine Märzenstürme. Der 11. März des vorigen Jahres und der diesjährige 16. sind Marksteine in der Geschichte des Socialismus in Rußland. Die Ideen sind zur That geworden und dort, wo sich der Zarismus am besten zu verteidigen wußte, in einer Stadt, die mehr Spione und Gendarmen beherbergt als Menschen, da entfaltete sich stolz die Fahne des Aufruhrs. Der Newski-Prospekt, auf dem sonst nur Staatskaleschen rollen und die Stützen des Thrones sich heimisch fühlen, erdröhnte unter den eisernen Sandalen der herannahenden neuen Zeit. Tausende waren es, die dort voriges Jahr erschienen, um sich um das rote Banner zu scharen, Zehntausende waren es in diesem Jahre. Ueberall merkte man den Fortschritt. Dort, wo das vorige Jahr noch unsicheres Tasten und Suchen zeigte, sah man in diesem Jahre schon die leitende Hand der Organisation.

Ueber das vorige Jahr fehlen noch bis heutigen Tages zusammenfassende Berichte, dagegen haben wir diesmal schon ausführliche Schilderungen über die Vorgänge. Die Organisationen sind gleich nach den Ereignissen an die Sammlung von Material gegangen, das Aufschluß geben könnte, was bei einer nächsten Gelegenheit zu beachten wäre. Das Material ist auch schon teilweise bearbeitet und giebt ein klares Bild über die Geschehnisse. Wir greifen hier einiges aus ihm heraus.

Die ganze Woche vor der Demonstration war die „Kampfesvereinigung zur Befreiung der Arbeiterklasse" zusammen mit den Organisationskomitees der höheren Lehranstalten damit beschäftigt, eine Unzahl von Proklamationen zu verbreiten, die die Notwendigkeit des politischen Protestes erörterten und die Einwohnerschaft zu einer Demonstration aufforderten. Die Polizei ergriff Vorbeugungsmaßregeln: Am Vorabend des 16. März verbannte sie aus Petersburg alle relegierten Studenten, unternahm Haussuchungen und Verhaftungen und ließ am 16. März Arbeiter in die Stadt überhaupt nicht herein. Alles das nützte aber nichts. Schon um 11 Uhr war der Prospekt von der Sadowaja bis zu der Admiralität voll von einem ungewöhnlichen Publikum. Statt eines reichlich gekleideten Sonntagspublikums, das sich zu dieser Zeit auf dem Prospekt aufhält, bewegten sich hier jetzt langsam Arbeitermassen und Studenten. Man sah auch viele aus der Litteratenwelt, Künstler und eine große Anzahl von Offizieren. Die Stelle, an der die Demonstration beginnen sollte, war nicht bekannt gegeben, um der Polizei nicht die Möglichkeit zu geben, die Kundgebung gleich am Anfange zu vereiteln. Die berittene Gendarmerie erschien um ½12 und nahm an der Kasankathedrale Aufstellung; die Demonstranten bewegten sich friedlich auf und nieder. Endlich glaubte die Polizei den Moment gekommen, um einzuschreiten; man versuchte das Publikum in die Seitengassen zu drängen. In diesem Augenblick wurde am Gostinnij Dwor eine rote Fahne entfaltet und Stimmen erschallten: Nieder mit dem Absolutismus! Es lebe die politische Freiheit! Eine Abteilung der Gendarmerie zog blank und warf sich dort hin, eine andre raste von dem Michailowschen Platz her. Die Masse stürzte zu dem Gostinnij Dwor und überall hoben sich rote Fahnen empor mit der Aufschrift: Nieder mit dem Absolutismus, und die Rufe: Hoch die politische Freiheit! fanden in der Menge tausendfachen Wiederhall. Hinter der Kathedrale tauchte eine neue Abteilung von Gendarmen hervor, von allen Seiten her strömten Polizisten zu Fuß und zu Pferde und ganze Massen der Dworniks. Sie fielen alle über das unbewaffnete Volk her und schlugen nach rechts und links, die Gendarmen mit ihren Säbeln, die Polizisten mit Knuten und Fäusten. In demselben Augenblick, wo an einer Stelle der Säbel und die Knute wüteten, hörte man an einer andren wieder immer und immer neue Stimmen: Nieder mit dem Absolutismus! Ich stand, berichtet einer der Teilnehmer dem Organisationskomitee, in dem Augenblick, an dem Gostinnij Dwor, wo die Rufe ertönten: Nieder mit dem Absolutismus! Dorthin auf der Kasanbrücke stürzten sich die Gendarmen und begannen auf die Menge mit blanker Waffe einzuschlagen. Es war ein furchtbares Bild. Der Galopp der Pferde, die verzerrten Gesichter der Polizisten, das Geräusch der Waffen, das allein hätte schon einen in Angst versetzen können. Wir flüchteten bis zu dem Michailowschen Platz, von hier vertrieb uns eine Abteilung Gendarmerie, die von dem Gostinnij Dwor zurückkehrte. Der größte Teil wurde vor der katholischen Kirche zusammengetrieben. Das Publikum drängte sich an die Wand und versuchte den Säbelhieben auszuweichen. Ich sah, wie ein Teil der Demonstranten auf der gegenüberliegenden Seite an der Wand buchstäblich niedergemetzelt wurden. Einer nach dem andern wurde aus dem kleinen Häuflein, das dort Schutz suchte, einzelne Personen mit blutigem Gesicht und zerrissenen Kleidern, herausgezerrt. Von hier trieb man uns wieder in die Richtung zu dem Gostinnij Dwor. Hier war ein furchtbares Gedränge. Es gelang mir, auf den Fußsteig vor dem Gostinnij Dwor zu kommen, da war es etwas freier und das Publikum begann sich hier anzusammeln, doch man trieb uns weiter und wir gelangten schließlich so an die Ecke der Sadowaja. Hier nahm die Polizei mehrere Verhaftungen vor. Ich versuchte wieder auf den Prospekt zu kommen, doch der Zugang zu ihm war von allen Seiten versperrt. Auch in einer Droschke ließ man mich nicht durch. Auf dem Prospekt war der Verkehr vollständig unterbrochen. Ich stand an dem Stadthaus, berichtet ein andrer. Auf der Portaltreppe des Kreditvereins entfaltete ein Student des Technologischen Instituts eine rote Fahne. Die Gendarmerie flog die Treppe hinauf, um die Fahne zu entreißen, voran ein Gendarmerie-Offizier, der aber starke Schläge bekam. In diesem Moment stürzten neue Gendarmerie-Abteilungen heran und schlugen mit blanker Waffe drein. Viele von den Anwesenden hatten blutige Gesichter. Ich fiel unter einem starken Schlag hin. Als ich wieder zum Bewußtsein kam, lag neben mir ein Kamerad. Mit vieler Mühe gelang es mir, ihn aus dem Gewühl zu entfernen und nach Hause zu bringen. Unter der Führung eines jungen Offiziers, heißt es in einem andern Bericht, kehrte eine Abteilung Gendarmerie von dem Stadthause zurück. An der zahnärztlichen Schule stieß sie auf einen Haufen Demonstranten und der Offizier erteilte den Befehl, sie zu umzingeln. „Hier haut diesen!" kommandierte der Offizier und mehrere Personen wurden so auf der Stelle bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Als der Offizier in der Menge einen Einjährigen bemerkte, ritt er zu diesem hinzu, faßte ihn am Halse, schleuderte ihn den Polizisten zu mit den Worten: „Fort von hier, Du hast hier nichts zu suchen!" Ein Augenzeuge teilt mit: „Ich sah die folgende Scene: Als an dem Stadthause die Rufe ertönten: „Hoch die Freiheit!", eilte dorthin ein Trupp Gendarmen. Die dort Versammelten wurden fast zermalmt. Nur wenigen gelang es, sich zu retten. Ein Student der Universität, mit blutigem Kopfe und ohne Mütze, versuchte sich mit seinem Baschlik zu schützen, er drängte sich schließlich auch durch auf die andre Seite des Prospekts, ein Gendarm lief ihm aber nach und schlug ihn mit der Knute nieder. Ich eilte zu Hilfe, der Unglückliche fiel mit Blut übergossen und bewußtlos in meine Arme. Mit Hilfe des übrigen Publikums brachten wir ihn in eine Apotheke. Zwei Augenzeugen haben gesehen, wie die Dwornik einen Studenten dem Gehilfen des Stadtgouverneurs Frisch, der an dem Gostinnij Dwor stand, zuführten. Die Brutalitäten der Dwornik rührten selbst Frisch. Als diese nicht aufhörten den Unglücklichen zu schlagen, sagte er: „Meine Herren, es wird genügen." Schadet nichts, antwortete darauf einer der Dwornik, er erträgt es noch."

Die Demonstration ist in Petersburg noch immer das Tagesgespräch und in unzähligen Flugblättern werden die Greuel gebührend beleuchtet. Trotzdem die Presse schweigen muß, wird es in Rußland wohl keinen Menschen mehr geben, der nicht wüßte, was vorgeht. —

Italien.

Der Bund der italienischen Landarbeiter. Bei einer Sitzung des Generalrats des Landarbeiterbundes, welche dieser Tage in Bologna stattfand, gab der Generalsekretär Vergani interessante Aufschlüsse über den Stand dieser bedeutsamsten Landarbeiterbewegung. Am 24. November zur Zeit des Landarbeiter-Kongresses zu Bologna bestanden 704 Organisationen mit 144 188 Mitgliedern, heute, so berichtete der Generalsekretär, sind 975 mit 185 080 Mitgliedern dem Bunde angeschlossen. Das macht in 4 Monaten eine Zunahme von 271 Ortsvereinen mit 40 858 neuen Mitgliedern. Zwei Mitglieder des Generalrats wurden beauftragt, die Projekte betreffend die ländlichen Schiedsgerichte zu studieren, einen Entwurf auszuarbeiten und ihn der Regierung mit einem Memorandum zu unterbreiten. Ferner wurden folgende Beschlüsse und Resolutionen gefaßt: Die Arbeit in den Reisfeldern ist als eine gesundheitsschädliche anzusehen. (Artikel IV des Gesetzes über die Frauen- und Kinderarbeit.) Die Arbeit in den Reisfeldern darf frühestens eine Stunde nach Sonnenaufgang begonnen werden und nicht länger denn sieben Stunden währen. Die Schlafstätten der Reisfeldarbeiter sind in die Nähe der Arbeitsstätten zu legen, sauber und luftig zu halten und ist in denselben eine Trennung der Geschlechter durchzuführen. Der Generalrat wird beauftragt, sich mit der italienischen Gesellschaft zur Bekämpfung der Malaria in Verbindung zu setzen, um mit dieser zusammen durch Aufklärung, Verbreitung von Broschüren usw. eine Verringerung der Malariakrankheit herbeizuführen. Bertani wird beauftragt, Untersuchungen über die Gesundheitsverhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in den Reisfeldern von Lomellina und Piemont anzustellen. Die socialistische Fraktion wird auf die Bedeutung der Landarbeiter-Bewegung aufmerksam gemacht und ersucht, derselben wenigstens stets einen Deputierten zur Verfügung zu stellen. —

Dänemark.

Der Verkauf der westindischen Inseln. Im Landsthing kam es am Montag zur Abstimmung über den Antrag des früheren Ministers Estrup, den Verkauf der Inseln abzulehnen. Der Antrag wurde mit 35 gegen 28 Stimmen verworfen. Darauf stellten die Konservativen den Antrag, eine Kommission zu wählen, die erwägen soll, unter welchen Formen eine eventuelle Volksabstimmung auf den Inseln vorgenommen werden sollte. Die Liberalen verlangten dann eine kurze Unterbrechung der Verhandlungen und konferierten darauf erst mit dem Minister Deuntzer. Dieser erklärte, daß die Regierung sich einer Volksabstimmung nicht entgegenstellen wolle, wenn das Landsthing eine solche zur Bedingung des Verkaufs mache. — Das Landsthing setzte dann seine geheimen Sitzungen fort. — Wie aus der konservativen Presse hervorgeht, wollen die Konservativen nicht eine Volksabstimmung, wie sie 1867 stattfand, sondern eine Abstimmung der Höchstbesteuerten auf den Inseln herbeiführen. —

Rußland.

Gärung unter den Offizieren. Allgemein fiel es auf, daß bei der letzten Demonstration in Petersburg gegen die Demonstranten keine Kosaken verwendet wurden. Wie sich die Sache jetzt aufklärt, hat es die Regierung für ratsam gefunden, davon Abstand zu nehmen, weil die Offiziere ihren Unwillen ausgedrückt haben, daß sie Polizeidienste erfüllen müssen. Schon im vorigen Jahr haben sich die Offiziere unwillig gezeigt und nach der Metzelei an der Kasan-Kathedrale am 11. März erklärt, sie wünschten von der Erfüllung polizeilicher Dienste entbunden zu werden. Damals sind zwei Offiziere des Leib-Kosakenregiments aus Petersburg entfernt worden und die Regierung hat geglaubt, daß nun wieder alles nach ihren Wünschen gehen werde. Wie nun das Organisationskomitee der Petersburger Studierenden ganz bestimmt weiß, haben die Offiziere mit ihrem Kommandanten an der Spitze Mitte Februar, als die ersten Gerüchte über sich vorbereitende Demonstrationen auftauchten, an den Minister des Innern sich mit der Eingabe gewandt, daß sie, falls man sie zur Niederwerfung der Demonstration verwenden werde, sie sich dem Befehl ohne weiteres wohl fügen werden, denn das Gesetz zwinge sie dazu, daß sie aber dann ihren Abschied einreichen. Das hat die Regierung nachdenklich gestimmt und sie will, wie es scheint, vorläufig von der Verwendung von den Leibkosakentruppen bei Straßenkundgebungen Abstand nehmen. Die „Anstifter" des Protestes sollen vom Kriegsgericht abgeurteilt werden. —

Partei-Nachrichten.

Zur Maifeier wird weiter gemeldet, daß das großherzoglich oldenburgische Amt Jever den Mai-Umzug in Bant genehmigte. Nur das Mitführen roter Fahnen im Zuge und das Hinausstecken von solchen wurde nicht gestattet. — Oldenburg scheint demnach weniger wacklig als Preußen zu stehen.

Eine Auflösungsepidemie scheint gegenwärtig über Halle hereingebrochen zu sein. Mit „Zittern und Zagen" gehen unsre Genossen zur Versammlung, um nachher, wenn sich die Polizei die Sache eine Weile mit angesehen hat, sagen zu können: „Wir sind wieder aufgelöst". Am Donnerstagabend ging es auch dem socialdemokratischen Verein an den Kragen. Nachdem der Abgeordnete Fritz Kunert über den sog. Toleranzantrag des Centrums einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag gehalten hatte, wurde über die Konsumvereins-Bestrebungen gesprochen. Plötzlich erhebt sich der überwachende Beamte, setzt den Helm auf, sagt: es ist 12 Uhr, und löst die Versammlung wegen Eintritts der Polizeistunde auf. Was den Beamten, der einen angestrengten Dienst zu haben scheint und müde und abgespannt gewesen sein mag, zu dem Schritt getrieben hat, wissen wir nicht. Das wissen wir aber, daß schon wiederholt entschieden ist: Vereinsversammlungen sind nicht an die Polizeistunde gebunden.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem oberschlesischen Industriebezirk wird uns geschrieben: Was schon der Löhnungstermin Mitte März zeigte, hat sich inzwischen bestätigt: Die vielfach angekündigte Besserung der Arbeiterverhältnisse ist in Obeschlesien nicht eingetreten. In der Eisenindustrie ist es beim alten geblieben, in der Kohlenindustrie ist es schlechter geworden; auch auf den Erzbergwerken, die bisher von der Krise so gut wie überhaupt nicht betroffen wurden, hat sich die Arbeiterlage verschlechtert. Entgegen den in die Tageszeitungen gebrachten Nachrichten bestehen die Verminderung der Schichten und die Kürzungen der Löhne auf den Eisenhüttenwerken fort, beide zusammen bewirken Lohnkürzungen bis zu 50 Proz. Die Lohnkürzungen werden fast durchgängig ohne Ankündigung ins Werk gesetzt, was naturgemäß zu massenhaften Streitigkeiten führt. Zwar läßt sich der einheimische Arbeiter, der oberschlesische Pole, aus Angst vor Entlassung, ohne die Stütze einer Organisation, noch sehr oft den unangekündigten Lohnabzug gefallen, nicht aber der gelernte deutsche Arbeiter, ja, auch der Ungar, Italiener und Galizier nicht. Die Julienhütte machte üble Erfahrungen mit 80 Italienern, denen sie 4,50 M. Tagelohn versprochen hatte, aber nur 2,50 M. zahlen wollte; sie mußte einem energischen Ansturm der Italiener stillschweigend nachgeben und 4,50 M. zahlen. Auf Eintrachtshütte, einem zur Vereinigten Königs- und Laurahütte gehörigen Werke, ist eine Lohnkürzung in der Form vorgenommen worden, daß allen Arbeitern, die Unfallrente beziehen, die Kürzung um den Betrag der Rente angekündigt wurde. Auf den Kohlengruben wird der Arbeiterwechsel größer und Maßregelungen unbeliebter, sowie zu wenig leistender Arbeiter nehmen zu. Die Löhne für erwachsene Arbeiter sind gelegentlich auf 1,25 M. gesunken, Häuer müssen Schlepperarbeit und sonstige Schichtlohn-Arbeit übernehmen, wenn sie nicht die Arbeit aufgeben wollen. Die ruhige Hinnahme spiegelt das Bild der gedrückten Lage auf dem oberschlesischen Arbeitsmarkte nur allzudeutlich wieder.

Die Arbeiterfürsorge der Grubenbarone. Im Ruhrrevier erregt es berechtigtes Aufsehen, daß eine Zeche bei Hamborn, genannt wird die Zeche Deutscher Kaiser II, die dem Familienbesitz der reich begüterten Thyssen gehört, südungarische Arbeiter eingestellt hat, nachdem vorher einheimische Arbeiter entlassen waren. Damit nicht genug, wird aus andren Bezirken gemeldet, daß man mit der Absicht umgehe, den Zehnstundentag einzuführen; auf der Zeche „Holland" bei Wattenscheid ist damit der Anfang gemacht.

Wie unsre Leser aus dem heutigen Bericht aus Oberschlesien ersehen, ist dort ganz dieselbe Manipulation vorgenommen; schon vor acht Tagen wiesen wir auf die Vorkommnisse hin, die sich seitdem fortgesetzt wiederholt haben. Auch dort werden einheimische Arbeiter auf einigen Gruben entlassen und Ausländer herangezogen. Das Widersinnige solcher Maßnahmen in der Zeit großer Ueberfüllung des Arbeitsmarktes leuchtet auch den bürgerlichen Blättern ein, die sonst unentwegt zu den Interessen der Zechenbarone hielten.

Uns bestätigen solche Vorkommnisse nur, daß es in der Natur der kapitalistischen Ausbeutung liegt, ohne jedes Gefühl der Verantwortlichkeit für die sociale Lage der Arbeiter nur vom Standpunkte des nutzbringenden Gewinns den Betrieb zu leiten und zu führen. Auf uns haben die Phrasen der nationalen Politik, die den Vertretern der Hochfinanz so geläufig sind, nie Eindruck gemacht, sie waren nur ein Schwindelmanöver und noch dazu ein sehr dummes, weil die eigentlichen Absichten so grell hervortreten. Was fragt man in jenen Kreisen danach, ob Tausende von Arbeitern im Elend sich befinden, wenn daraus gesteigerte Gewinne entspringen. Ausnützung der Arbeitskraft der Lohnsklaven bis aufs äußerste, das sichert auch in Zeiten der Krise den Profit. Warum sollen die Aktionäre, die Direktoren, die Aufsichtsräte, die Großkapitalisten, an ihrem Einkommen entbehren; haben sie die Macht dazu, dann wälzen sie dem Proletariat die Lasten zu und entrüsten sich schließlich über die Begehrlichkeit der Arbeiter, die diesem Drucke widerstreben. Darüber geben sich die Arbeiter keinen Täuschungen hin, was sie von jener Seite zu erwarten haben.

Die bürgerlichen Blätter befürchten, daß bei der starken Erregung, die diese unerhörte Provokation bei den Arbeitern hervorrufen muß, es zu einem Streik kommen könnte. Sicherlich wäre die Auflehnung der Arbeiter gegen ihre Peiniger nie berechtigte gewesen als gerade jetzt, aber es muß leider gesagt werden, auch aussichtslos im Erfolg. Der Streik käme den Grubenbaronen zur rechten Zeit, um ihre Lagerbestände aufzuräumen, und die Betriebseinschränkung würde nur von Nutzen für den Kohlenmarkt sein. Das werden die Arbeiter auch einsehen müssen und noch mehr, wie notwendig der organisierte Widerstand gegen solche rücksichtslose Behandlung ist, wie sie jetzt den Bergarbeitern zu teil wird. In der Organisation kann die Abrechnung vorbereitet werden, der geeignete Zeitpunkt wird sich finden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeitslosigkeit unter den Berliner Steinsetzern beschäftigte dieser Tage eine von etwa 200 Steinsetzern besuchte Versammlung. Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, um die Arbeitslosigkeit zu übersehen, mögen doch einmal die anwesenden Arbeitslosen aufstehen, hatte eine geradezu unheimliche Wirkung. Gut zwei Drittel aller Anwesenden erhoben sich von den Plätzen. Es wäre das Resultat wohl noch ein schlimmeres gewesen, wenn sich nicht so viele Arbeitslosen genierten, zur Versammlung zu kommen, weil sie vielleicht nicht den Groschen zu einem Glas Bier hatten oder weil das bißchen Sonntagsstaat versetzt ist. Die Konsequenz dieses Resultats war die Wahl einer Deputation an den Oberbürgermeister. Derselben gehörten die Steinsetzer Karl Arlt, Franz Kersten, Otto Häckelbusch, C. Kuck, Markgraf und Haak an. Die Deputation begab sich in Ausführung ihres Auftrages zum Stadtoberhaupt und wurde auch empfangen. Der Herr Oberbürgermeister wurde mit dem Auftrag der Deputation bekannt gemacht und erlaubte sich dieselbe durch ihren Wortführer, dem Herrn Oberbürgermeister folgende Vorschläge zu machen, deren Erfüllung nach der Meinung der Steinsetzer die schlimmste Arbeitslosigkeit beseitigen würde. In erster Linie sollten die Bauinspektionen sofort mit Reparatur respektive Neu- und Umpflasterungen beginnen. Ferner sollten alle die Arbeiten, welche etwa an die Meister schon in Submission vergeben sind, sofort in Angriff genommen werden und ferner wurde gewünscht, der Magistrat möge seinen Einfluß dahin geltend machen, daß am Ort ansässige Steinsetzer von den Meistern zuerst eingestellt würden. Ferner möge der Magistrat auf dem neu zu errichtenden Steindepot so viel wie möglich arbeitslose Steinsetzer mit der Herstellung der notwendig werdenden Zufahrtstraßen 2c. betrauen. Der Herr Oberbürgermeister versprach, so viel in seinen Kräften stände, den Wünschen der Steinsetzer Folge zu geben. Der Herr Oberbürgermeister stellte u. a. an die Deputation die Frage, ob die Steinsetzer eventuell gewillt seien, bei Herstellung des geplanten Scherbenberges mit Hand anzulegen. Die Kommission bejahte diese Frage; die arbeitslosen Steinsetzer würden den Vorwurf der Arbeitsscheu nicht auf sich laden und auch diese Arbeit auf sich nehmen, wenn in ihr Fach einschlagende nicht vorhanden wäre. — Mögen die Hoffnungen, die der Herr Oberbürgermeister unter den arbeitslosen Steinarbeitern erweckte, nicht zu Schanden werden!

Zur Frage des Sommerurlaubs für städtische Arbeiter. Die von den in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitern seit langem gestellte Forderung auf Gewährung eines kleinen Sommerurlaubs hat im Sommer des vorigen Jahres dem Berliner Magistrat Veranlassung gegeben, eine Kommission einzusetzen, welche sich mit dieser Frage beschäftigen sollte. Der Sommer will nun bald wieder Einkehr halten, von den Beratungen ist aber bisher noch nicht das geringste in die Oeffentlichkeit gedrungen. Die beteiligten Arbeiter befürchten daher nicht mit Unrecht, daß, aus dem bisherigen Gang der Verhandlungen zu schließen, die Fertigstellung eines bezüglichen Planes sich bis zum Nimmermehrleinstag verzögern und sie wohl nie in den Genuß einer derartigen Erholung gelangen werden. Um aber endlich einmal darüber Klarheit zu erlangen, wie es mit der oft betonten Fürsorge des Magistrats in Wirklichkeit aussieht, soll in einer zur nächsten Woche einberufenen Versammlung gegen dieses Gebahren protestiert und die Absendung einer entsprechenden Resolution an den Magistrat beschlossen werden.

Deutsches Reich.

Ein Streikprozeß, der zu ganz horrenden Verurteilungen führte, hat sich dieser Tage in Breslau abgespielt. Dort standen vor der Strafkammer 4 Maurer und 1 Zimmermann, die beschuldigt waren der Bedrohung, des Vergehens gegen die persönliche Freiheit, der Beleidigung und des Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung. Alle diese Verbrechen sollen sie an „Arbeitswilligen" begangen haben. Drei der Angeklagten mußten freigesprochen werden, weil sie nichts weiter gethan, als die Arbeitswilligen in sachlicher Weise an ihre Pflicht erinnert oder als Verbandsfunktionäre mit dem Unternehmer verhandelt hatten. Was ihnen hätte blühen können, wenn sie dabei auch nur das leiseste unvorsichtige Wort gebraucht hätten, mag man aus dem Urteil gegen die beiden übrigen ersehen. Der Maurer Ernst Haase, der sich seine Pantinen aus der Baubude holen wollte und sich auf Aufforderung nicht sofort von dem Baugrundstück entfernte, weil er der weit verbreiteten Meinung war, er müsse dreimal aufgefordert werden, wurde wegen Hausfriedensbruchs zu **zwei Monaten Gefängnis** verurteilt. Der Maurer Joseph Machate wurde zu **sechs Monaten Gefängnis** verurteilt, obgleich in einem Fall (wegen Nötigung) Freisprechung erfolgen mußte. Machate hatte mit den Streikbrechern unterhandeln wollen, war aber von diesen mit Kaffee begossen, mit einer Latte bedroht und mit einem Ziegelstein geworfen worden; darauf ließ Machate sich hinreißen, seine Angreifer mit Ausdrücken wie: Verfluchte Lumpen, Ihr seid nicht wert, angespuckt zu werden, zu regalieren. Wenn Machate dafür mit 6 Monaten Gefängnis bestraft wurde, welche Strafe verdienen dann seine Angreifer? Und welche Strafe verdient der technische Mitarbeiter des Unternehmers, der den Streikenden zurief: wem sein Leben lieb sei, der solle sich wegscheren; er habe etwas in der Tasche? Welche Strafe verdienen diese Leute und welche werden sie bekommen?

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Duisburg eroberten die freien Gewerkschaften in zwei Bezirken drei Mandate der Arbeitnehmerklasse. Insgesamt sind jetzt fünf Mandate, die Hälfte der Arbeitnehmer-Beisitzer, Vertreter der freien Gewerkschaften.

Die Tapezierer in Rostock erlangten durch Verhandlungen mit der Innung an Stelle der geforderten Lohnerhöhung von 10 Proz. eine solche von 6 Proz., sowie die Festsetzung eines Minimallohnes von 21 M. bei Lohn- und 24 M. bei Accordarbeit.

Zur Schneiderbewegung. Im Vollzuge eines Beschlusses, der auf dem süddeutschen Schneidermeister-Kongreß, der am Montag in München tagte, gefaßt wurde, beehrte der Vorsitzende des Arbeitgeber-Verbandes im Schneidergewerbe den Hauptvorstand des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen in Stuttgart mit einem Drohbrief, in dem der gesamten Gehilfenschaft des deutschen Schneidergewerbes die schärfste Maßregelung angekündigt wird, insofern in München bis Sonnabend den 12. April der Ausstand nicht beendet ist. Die Ausgesperrten befaßten sich in einer Versammlung mit diesem Brandbrief, den der Hauptvorstand sogleich nach München gesandt hat, und waren einstimmig der Meinung, der Arbeitgeberverband solle thun, was er nicht lassen kann. Streik und Aussperrung können nach Ansicht der Ausgesperrten bis Sonnabend sehr wohl beendet sein, insofern die Führer im Arbeitgeber-Verband die von den Gehilfen dargebotene Hand annehmen und das Gewerbegericht als Einigungsamt anerkennen. Die Ausgesperrten haben auch nichts dagegen einzuwenden, wenn sich der Arbeitgeber-Verband an den Hauptvorstand nach Stuttgart wendet und diesen um Vermittelung angeht, da dieser als vertragschließende Partei den Tarifvertrag im Juli 1899 doch mit unterzeichnet hat. Die Drohung mit Gewaltmaßregeln läßt die Ausgesperrten jedoch kalt. — In Ludwigshafen wählte eine von über 300 Schneidern besuchte Versammlung eine Lohnkommission, die beauftragt wurde, den Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Dr. Braunagel, zu ersuchen, die Geschäftsinhaber vor das Einigungsamt zu laden, um mit denselben die Vereinbarung und Unterhandlung der festzulegenden Tarife vorzunehmen. Sollten sie es jedoch nicht für notwendig erachten, dort zu erscheinen, so wird die Lohnkommission verpflichtet, die weiteren Schritte mit dem Konsumverein, sowie mit dem Gewerkschaftskartell einzuleiten, um die Boykottierung dieser Geschäfte seitens der organisierten Arbeiterschaft zur Beratung und Durchführung zu veranlassen.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag der Schriftsteller H. Ströbel einen sehr interessanten Vortrag über H. Heine. — Sonntag, den 13. April, abends 7 Uhr, findet in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, ein geselliges Beisammensein mit Tanz statt. Um zahlreichen Besuch der Mitglieder und Gäste wird gebeten. — Der nächste Vortragsabend ist am 21. April. Herr Dr. Max Osborn hat das Referat übernommen.

Eine große Dienstboten-Versammlung, in der auch viele Hausfrauen anwesend waren, beschäftigte sich am Donnerstagabend in den Augusta Victoria-Sälen mit den „gesetzlichen Forderungen der Dienstboten". In anschaulicher Weise schilderte Frau Regierungsrat Marquardt die Unhaltbarkeit der alten Gesinde-Ordnung vom Jahre 1810, die noch heute zu Recht bestehe. Abgesehen davon, daß in Preußen 18, in Deutschland 50 verschiedene Gesinde-Ordnungen in Kraft seien, wären auch Paragraphen zum Beispiel in der für Berlin gültigen Gesinde-Ordnung vorhanden, die höchst sonderbar, wenn nicht komisch wirken müßten. Der § 77 bestimme beispielsweise, daß der Dienstbote sich wegen Beschimpfungen nicht an ein Gericht wenden dürfe und daß er Züchtigungen zu dulden habe, so lange dadurch keine Gefahr für Leben und Gesundheit entstehe; ein andrer, daß Geschenke erst nach einem Jahre völliger Brauchbarkeit Eigentum der Empfängerin werden sollen. Auch sei es nicht angängig, daß für Streitigkeiten die Polizei das Gericht bilde, der Dienstbote sei ebenso Arbeiter, wie ein in gewerblichen Berufen beschäftigter und gehöre daher vors Gewerbegericht. Ein zweiter Uebelstand sei das Fehlen einer gründlichen Vorbildung für den Dienstbotenstand. Es bilde das mit einen Grund, warum die Tochter eines Geheimrats lieber Lehrerin als Erzieherin, diejenige eines Kaufmanns lieber Verkäuferin als Stütze der Hausfrau, die Arbeitertochter lieber Fabrikmädchen als Dienstmädchen würde. Scharf ging die Rednerin mit dem Dienstbuch ins Gericht und führte eine Reihe von Fällen an, in denen ein einziges schlechtes Zeugnis, das das sonst tüchtige Mädchen von einer wenig toleranten Hausfrau erhält, das Mädchen auf die schlechte Bahn getrieben hat. Ein Dienstmädchen müsse zwei Jahre warten, bis es wieder ein makelloses weißes Buch erhalte, während eine Prostituierte jederzeit, falls sie erkläre, sie wolle sich bessern, in den Besitz eines solchen komme. Des weiteren schilderte die Rednerin die Art, wie für kranke Dienstboten gesorgt sei, welche Schädigungen ihrer Gesundheit durch schlechte Wohnräume erfolgten, nur 34 Proz. aller Wohnräume in Berlin entsprechen den polizeilichen Vorschriften, 44 Proz. aller Mädchen schlafen noch auf den durch die Baupolizei-Vorschrift verbotenen Hängeböden. Nach längerer Diskussion, in welcher auch die Aufhebung des „Gesindebelohnungsfonds der Stadt Berlin" gefordert wurde, beschloß die Versammlung folgende Resolution: „Die am 10. April 1902 in den Augusta Victoria-Sälen tagende öffentliche Versammlung, welche von Hunderten von Hausfrauen und Dienenden besucht ist, ersucht einen hohen Reichstag baldigst folgende Forderungen gesetzgeberisch in Angriff nehmen zu wollen: 1. Aufhebung der Gesinde-Ordnungen und Unterstellung der Hausangestellten unter die Gewerbe-Ordnung, 2. Schlichtung der aus dem Dienstverhältnis sich ergebenden Streitigkeiten durch die Gewerbegerichte, 3. Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen mit anschließendem Haushaltungs-Unterricht und 4. Einziehung der Hausangestellten in das Reichs-Kranken- und Unfall-Versicherungsgesetz."

Gerichts-Zeitung.

Um die Redefreiheit in den Gemeindevertreter-Sitzungen drehte sich eine Verhandlung, welche gestern vor der vierten Strafkammer am Landgericht II stattfand. Der Gastwirt Fritz Kulina, der Gemeindevertreter in Tegel ist, war wegen Beleidigung des Amts- und Gemeindevorstehers Brunow von Tegel zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden und hatte dagegen Berufung eingelegt. Ein Beamter der Gemeinde-Gasanstalt war beschuldigt worden, bei der Lieferung von Coaks an Schulen und andre kommunale Institute, sowie beim Verkauf von Coaks an Privatleute mit falschem Maße gemessen zu haben. Das Hektolitermaß, welches beim Messen verwandt wurde, soll einen doppelten oder aber mindestens weit über den untersten Rand in das Innere des Maßes hineingerückten Boden gehabt haben, mit dessen Hilfe stets geringeres Maß geliefert wurde. Ein Amtsdiener, der nachgemessen hatte und sich selbst für betrogen hielt, hatte Anzeige beim Amtsvorsteher erstattet, der dieselbe später an die königliche Staatsanwaltschaft abgegeben hat. Die Untersuchung hat sich sehr lange hingezogen, hat aber mit der Einstellung des Verfahrens geendigt, weil für den angeblichen Betrug ein sicherer Beweis nicht geführt werden konnte, da der betreffende Gasanstaltsbeamte das kritische Maß rechtzeitig hatte verschwinden lassen, oder wie behauptet wird, schleunigst verbrannt hatte. Nachdem nach erfolgter Anzeige fünf Monate verstrichen waren und die ganze Einwohnerschaft darüber erregt wurde, daß die Sache keinen Fortgang erhielt, interpellierte Gemeindevertreter Kulina den Amtsvorsteher in der Sitzung vom 23. September darüber, was aus der Sache geworden sei. Der Amtsvorsteher erwiderte, daß er die Sache an die Staatsanwaltschaft abgegeben, aber bisher noch keinen Bescheid erhalten habe. Hier hat der Angeklagte den Zwischenruf gemacht: „Weil Sie die Sache wohlweislich haben liegen lassen!" In diesem Zwischenruf wurde der Vorwurf einer Pflichtverletzung und damit eine Beleidigung gefunden, welche das Schöffengericht als eine sehr schwere ansah. Der Staatsanwalt neigte sich der Ansicht des Schöffengerichtes zu und beantragte Verwerfung der Berufung. Indessen stellte sich der Gerichtshof auf den Standpunkt des Verteidigers Dr. Werthauer und führte in der Urteilsbegründung aus, daß es zwar nicht wahr sei, daß der Amtsvorsteher die Sache habe liegen lassen, der Angeklagte sei aber der Meinung, daß dies geschehen sei. Als Gemeindevertreter hatte er das Recht, seine Meinung zu äußern, und dieser Meinung durfte er umsomehr sein, als ja thatsächlich das betreffende Coaksmaß spurlos verschwunden ist. Was die Form des Zwischenrufes anlange, so sei gar nicht zu erkennen, welche andern Worte der Angeklagte für seinen Zuruf wählen sollte, mit dem er seine Meinung sagen wollte. Jedenfalls sei aus der Form nicht die Absicht der Beleidigung zu erkennen. Der Angeklagte sei daher freizusprechen.

Eine Ausschreitung gegenüber einem Arbeitswilligen wurde dem Arbeiter Friedrich Partenheimer zur Last gelegt, der sich wegen versuchter Nötigung, Körperverletzung, Beleidigung und wegen Werfens mit Steinen auf Menschen vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten hatte. Der Angeklagte arbeitete im Herbst vorigen Jahres an der Chaussee zwischen Grünau und Zeuthen. Im Oktober stellten sämtliche Arbeiter die Arbeit ein, weil ihnen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pfennig nicht bewilligt wurde. Auch der Arbeiter Jablowski schloß sich anfänglich den Streikenden an, nahm aber bald die Arbeit wieder auf. Am 28. Oktober lauerte Partenheimer dem Jablowski an der Arbeitsstätte auf und rief ihm zu: „Du verfl. Pollack! Erst wolltest Du mitthun und jetzt arbeitest Du! Das werde ich Dir anstreichen! Du Spitzbube! Du Lump!" Dabei ergriff er einen großen Stein und warf diesen nach Jablowski. Er traf denselben am Schienbein und verletzte ihn nicht unerheblich. Seinen Zweck, den J. von der Arbeit abzuhalten, hat er aber nicht erreicht, denn J. hat weiter gearbeitet. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten im vollen Umfange der Anklage für schuldig und fand in dem Verhalten desselben einen „groben Terrorismus", der mit drei Monaten Gefängnis zu ahnden sei.

Wegen mehrfacher systematischer Erpressungsversuche gegen den Grafen Fritz Hohenau in Dresden standen im April d. J. fünf Personen vor Gericht. Es handelte sich um Vorgänge, die das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hatten. Die beiden Hauptangeklagten wurden zu je 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, die übrigen Angeklagten zu milderen Strafen verurteilt. Für den zu 6 Monaten Gefängnis verurteilten Schankwirt Hermann Füllgraf hat jetzt Rechtsanwalt Walther Bahn die Wiederaufnahme des Verfahrens wegen Geisteskrankheit des Verurteilten beantragt. Der Antrag beruft sich auf vorliegende Gutachten des Medizinalrats Dr. Leppmann, des Sanitätsrats Dr. Edel und andrer Aerzte für Gemütskranke. Seitens des Staatsanwalts ist Medizinalrat Dr. Mittenzweig damit betraut worden, den Geisteszustand des Angeklagten zu untersuchen.

Gegen das im Prozeß gegen die Gründer und Aufsichtsräte der „Helios-Aktiengesellschaft" ergangene Urteil hatten der Kaufmann Julius Heinicke, der Rentier August Richter und der Rechtsanwalt Dr. Haase die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt und sich auf eine Reihe neuer Thatsachen gestützt, die geeignet seien, ihre Schuldlosigkeit zu erweisen. Die erste Strafkammer hat jetzt das Wiederaufnahme-Verfahren abgelehnt und dies damit begründet, daß die angeblich neuen Thatsachen schon in der Hauptverhandlung erörtert worden seien. Gegen den ablehnenden Beschluß der Strafkammer haben die Justizräte Kleinholz, Dr. Staub und Bahn Beschwerde beim Kammergericht erhoben.

Ein Skandalprozeß gegen sechs Angehörige der goldenen Jugend wird in Augsburg lebhaft besprochen. Einige jugendliche Sprossen der Adels- und Geldaristokratie hatten in ihrem Stammlokal sich an der Kellnerin in höchst unsittlicherweise vergangen. Vier der Angeklagten sind dafür am 9. April zu je 450 M. Geldstrafe verurteilt worden; der Staatsanwalt hatte gegen jeden drei Monate Gefängnis beantragt. Zwei Mann wurden freigesprochen.

Der Boeren-Krieg.

Die Friedensunterhandlungen.

Aus Klerksdorp wird vom Mittwoch gemeldet: Heute gegen 11 Uhr morgens kamen unter der Parlamentärflagge Vorposten mit der Meldung, **Steijn, Dewet und Delarey** wünschten in die Stadt zu kommen. Ein Offizier wurde mit einer Eskorte ausgesandt und gegen Mittag langten die drei Boerenführer zu Wagen mit ihren Stäben an. Die Vertreter des Oranje-Freistaats erhielten Quartiere in der alten Stadt, während Delarey sich mit den Vertretern von Transvaal nach der neuen Stadt begab. Die Vertreter beider Staaten werden angemessen bewacht. Die Verbindung zwischen den beiden Regierungen wurde gestattet. Für die Zusammenkunft ist zwischen den beiden Stadtteilen ein Zelt errichtet worden.

„Daily Mail" berichtet aus Pretoria: Die einzige Bedingung, auf die England einen besonderen Wert bei Beratung der Friedensbedingungen legt, ist die **Aufgabe der Unabhängigkeit** sowie die **Auslieferung der Waffen.** Die übrigen Fragen werden Gegenstand einer leichten Verständigung sein. Das Blatt fügt hinzu, wenn die Boeren diesmal aufrichtig seien, und es sei kein Grund vorhanden, daran zu zweifeln, so sei nicht jede Hoffnung auf Erfolg der Verhandlungen verloren. Der Optimismus dieses Blattes wird von anderen Organen geteilt. Die ministeriellen Blätter sind dagegen weniger optimistisch. „Daily Telegraph" lenkt die Aufmerksamkeit auf die Erklärungen Balfours. „Daily Expreß" drückt die Hoffnung aus, daß die Unterhandlungen zu einem Ergebnis führen möchten.

Unterhaus. Brodrick erklärt, der Regierung liege zur Zeit keine Mitteilung über Friedensbedingungen von den Boerenführern vor. O'Kelly fragt, ob Kitchener ermächtigt worden sei, irgendwelche andre Bedingungen als unbedingte Uebergabe anzubieten.

Brodrick erwidert, er sei nicht in der Lage, irgend eine Mitteilung zu machen. Black fragt an, ob während der Abwesenheit der Boerenkommandanten von ihren Truppen Waffenstillstand sein werde.

Brodrick antwortet, es würde sicher kein Waffenstillstand stattfinden.

Amsterdam, 11. April. (B. H.) Nach heute hier eingetroffenen Depeschen aus Südafrika beschlossen die in Klerksdorp eingetroffenen Boerenführer De Wet, Steijn und Delarey, in Friedensverhandlungen einzutreten, falls England vorher ein Kabel zur direkten Verständigung mit Krüger hergebe.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Brüssel, 11. April. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Zu der im Volkshause stattgefundenen Versammlung wurden die Zugänge abgesperrt. Sämmtliche Redner mahnten eindringlichst zur Ruhe. Ansammlungen von mehr als zehn Personen sind seitens des Bürgermeisters verboten, trotzdem sind alle Straßen überfüllt und finden verschiedentlich Scharmützel statt. Die ganze Civilgarde ist einberufen. Die Gendarmen wurden in die Flucht geschlagen. 2 Tote, 84 Verwundete. Der socialistische Gemeinderath Hallet wurde wegen Dienstverweigerung verhaftet.

Rosenberg, 11. April. Unter den Verdachte, den Drechslermeister Grabowski vergiftet zu haben, wurde der 63jährige Lehrer Hoffmann verhaftet und in das Landgerichtsgefängnis zu Elbing überführt.

Brüx, 11. April. (W. T. B.) Die behördliche Kommission, welche den **Jupiterschacht** besichtigte, hat nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse die Oeffnung des Schachtes bewilligt, der bisher hermetisch verschlossen war. Man glaubt, in diesen Tagen an die Bergung der Leichen gehen zu können.

Kronstadt, 11. April. (W. T. B.) Der Eisbrecher **„Jermak"**, über dessen Ausbleiben man sich beunruhigte, ist heute hier eingetroffen. Er hat **vierzig Fischer** mit mehreren Pferden, die auf einer Eisscholle im Meere umhertrieben, gerettet.

London, 11. April. (W. T. B.) Für morgen ist der Ministerrat zu einer Sitzung einberufen.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Vlax Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen.

Viehzölle.

Die Tarifkommission beschäftigte sich am Freitag mit den Viehzöllen, und zwar begann sie ihre Beratungen bei Position 99, **Pferde.**

Nach der Regierungsvorlage sollen Pferde

im Werte bis zu	300 M. das Stück	30 M.
„ „ von mehr als	300—1000 „ „ „	75 „
„ „ „ „ „	1000—2500 „ „ „	150 „
„ „ „ „ „	2000 M. das Stück	300 „

Zoll tragen. In einer Anmerkung heißt es: „Nach näherer Bestimmung des Bundesrats dürfen Pferde, welche zu Zuchtzwecken vom Staat oder mit staatlicher Genehmigung eingeführt werden, im Alter bis zu 2 Jahren zu 10 M., von mehr als 2 Jahren zu einem Zollsatz von 20 M. das Stück abgelassen werden."

Bisher wurde für Pferde unterschiedslos in jedem Alter 20 M. Zoll erhoben, der sich für die Vertragsstaaten für Pferde bis zu 2 Jahren auf 10 M. ermäßigte.

Müller-Sagan (frs. Vp.) und Genossen beantragen, die bisherigen Vertragssätze in den Tarif einzustellen; also Pferde bis zu 2 Jahren mit 10 M., über 2 Jahren mit 20 M. Zoll zu belegen.

Die **Socialdemokraten** beantragen völlige **Zollfreiheit.**

Gamp (Rp.) und Genossen (Kompromißantrag) verlangen, daß Pferde

im Werte bis zu . .	1000 M.	mit 90 M.,
„ „ von mehr als	1000—2500 M.	„ 180 M. und
„ „ „ „ „	2500 M.	„ 360 „

Zoll belegt werden. Eine Anmerkung besagt: „Nach näherer Bestimmung des Bundesrats dürfen Pferde, welche zu Zuchtzwecken vom Staate oder mit staatlicher Genehmigung eingeführt werden, im Alter bis zu 2 Jahren zum Zollsatze von 10 M., im Alter von mehr als 2 Jahren zum Zollsatze von 20 M. für ein Stück abgelassen werden. Pferde im Werte bis 300 M. das Stück und mit weniger als 1,40 Meter Stockmaß dürfen zum Zollsatze von 30 M. für ein Stück abgelassen werden." Eine weitere Anmerkung besagt: Die obigen Zölle sollen durch vertragsmäßige Abmachungen **nicht um mehr als 20 Proz.** ermäßigt werden.

Graf **Schwerin**-Löwitz (kons.) befürwortet den Kompromißantrag. Der Kompromißantrag sei notwendig, um die Landespferdezucht gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen und der Armee die Versorgung mit heimischen Remonten offen zu halten.

Müller-Sagan (frs. Vp.) erwartet von der Regierung, daß sie ihrerseits zu dieser Frage klare Stellung nehme. Das System der Wertzölle sei für Pferde schon deshalb nicht durchführbar, weil das einzelne Tier im Laufe seiner Entwicklung ganz erheblich schwanke. Durch Schutzzölle werde die heimische Pferdezucht nicht veranlaßt werden, von ihrer durch die Aenderung der gesamten landwirtschaftlichen Produktionsweise bedingten Hinneigung zum kalten Schlag abzugehen.

Antrick (Soc.): Die agrarischen Antragsteller hätten es deutlich ausgedrückt, daß sie eine Verteuerung des Viehs um die volle Höhe des beantragten Zolls wollten. Sie sagten zwar, daß sie Handelsverträge wünschen, beantragten aber Zollsätze, bei denen jeder Vertrag unmöglich sei. Ein Wertzoll erscheine ihm gar nicht durchführbar. Er glaube nicht, daß die Grenz-Tierärzte den Wert der Pferde abtaxieren könnten; die Pferdezüchter im Lande hätten ja einen Vorteil von den hohen Zöllen, der kleine Bauer, die Droschkenfuhrleute, Kleinhändler, die schon durch die Verteuerung der Futterpreise schwer getroffen werden, werden aber durch die Zölle aufs schwerste geschädigt.

Preußischer Landwirtschaftsminister **v. Podbielski** vertritt die Ansicht, daß eine sorgsame Aufzucht von Pferden gerade bei den kleinen Landwirten zu finden sei. Diese hätten besonderes Interesse an dem Schutz der Pferdezucht. Die Aufzuchtkosten für Remontepferde würden vielfach auch nicht annähernd gedeckt. Eine rentable Remontezucht aber müsse für Kriegszwecke erhalten werden; das sei ein vitales Interesse des Reiches. Im übrigen spricht sich der Minister gegen eine Bindung der Viehzölle aus. Der Tarif sei ein Ganzes; die Regierung werde auch ohne solche Bindung auf ein entsprechendes Verhältnis zwischen Korn- und Viehzöllen halten.

Pachnicke (frs. Vg.) bekämpft die weitere Erhöhung des Pferdezolls mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Wertfeststellung, auf die ohnedies eingetretene Zunahme der Pferdezucht und auf die Pferdekäufer. Die Anträge der Agrarier seien nur eingebracht worden, weil die Bündler den Bauern unerfüllbare Versprechungen gemacht haben. Redner fragt zum Schluß nach dem Zweck und dem Ergebnis der letzten Rundreise des Grafen Posadowsky.

Herold (Z.) bestreitet, daß seitens der Agrarier den Landwirten Versprechungen gemacht worden seien. Es werde nicht beabsichtigt, eine Preissteigerung für Pferde und Rindvieh zu erzielen, sondern nur die Produktion vom Ausland ins Inland zu verlegen. Die Kompensationsobjekte für Handelsverträge müßten in Industriezöllen und nicht in Agrarzöllen gefunden werden, da die Handelsverträge doch im industriellen Interesse geschlossen würden. Deshalb müßten auch die Viehzölle gleich den Kornzöllen gebunden werden. **Weitere Bindungen würden seitens des Centrums nicht verlangt werden.**

Staatssekretär Graf **Posadowsky** erklärt, er ergreife nur mit bangem Zagen das Wort, weil er nach den Erfahrungen der gestrigen Sitzung Mißtrauen in die Ueberzeugungskraft seiner Ausführungen setzen müsse. Entgegen seinen dringenden Ausführungen habe die Mehrheit gestern für ein unentbehrliches Rohprodukt (Quebracho) eine Zollerhöhung von 120 Prozent des Wertes beschlossen. Trotzdem wolle er seine Pflicht erfüllen. Niemand werde daran zweifeln, daß er ernstlich wünsche, im Interesse der Landwirtschaft, Industrie und arbeitenden Bevölkerung das handelspolitische Verhältnis zu andren Staaten auf eine neue Grundlage zu stellen. Das könne aber nur unter der Voraussetzung geschehen, daß der **Uebergang in die neuen Verhältnisse ohne eine Erschütterung unsrer handelspolitischen Verhältnisse zu andren Staaten vor sich gehe.** Das entgegengesetzte Resultat würde für Deutschland ein sehr ernstes sein. Er müsse die Angriffe, die auf Grund dieser Anschauungen etwa gegen ihn gerichtet würden, auf sich nehmen und als Beamter seine Pflicht thun, ohne nach Lob oder Tadel zu fragen. Allgemeine Wahrheiten könnten nicht oft genug wiederholt werden, und darum betone er nochmals, daß ein Doppeltarif unter Umständen ein sehr gutes handelspolitisches Instrument sein könne, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Minimalsätze nicht zu hoch gegriffen werden. Die Nachteile, die für Frankreich aus dem System des Doppeltarifs entstanden seien, hätten nicht an dem System gelegen, sondern an den viel zu hohen Minimalsätzen. **Solche Minimalsätze, wie sie hier bei den Viehzöllen gefordert würden, seien mit Handelsverträgen nicht vereinbar.** Die andern Staaten würden sich sofort alle in die Position des Gegners setzen. Auf dieser Basis könnten Verhandlungen nicht zu einem Resultat führen.

Redner geht dann auf den Pferdezoll ein und führt aus, daß die Staffelung noch relativ die beste Art der Zollfestsetzung sei. Sie setze allerdings große Sachkenntnis und außerordentliche Gewissenhaftigkeit der Beamten voraus.

Schließlich betont der Staatssekretär, daß der **Zolltarif-Entwurf nur eine erste Skizze** sein solle. Von dem ersten Marmorblock, den man roh forme, müsse noch sehr viel Material herunterschlagen werden. Wenn jetzt nur eine lose Ueberarbeitung des Materials vorgenommen werde, so habe das den Fehler, daß Fernere und auch Näherstehende schon jetzt Mißfallen an dem Werke empfinden und ein Vorurteil gegen die erste Skizze entstehe, während **bei der zweiten Lesung** und im Plenum voraussichtlich **eine wundervolle Bildsäule** herauskommen würde. (Lachen links.) Er könne nur den **Freunden der Zollvorlage raten, etwas energischer für die endgültige Gestaltung des Entwurfs vorzuarbeiten und von dem System der Mindestzölle abzugehen.**

Was seine **Rundreise** betreffe, so könnten die Herren glauben, daß es keine reine Vergnügungsreise gewesen sei. Aber es gebe Dinge, wo sich die Regierung nicht in die Akten sehen lassen könne, auch wenn für sie kein Redaktionsgeheimnis bestehe.

Klose (Z.) weist zur Empfehlung des Kompromißantrages darauf hin, daß auch der Kleinbauer Pferde züchte und deshalb Nutzen von den erhöhten Zöllen habe.

Nachdem **Antrick** (Soc.) noch einmal der Antrag Gamp wie die Sätze der Regierungsvorlage bekämpft hat, wird die Diskussion geschlossen.

Der Antrag **Gamp und Genossen** wird mit großer Mehrheit **angenommen.**

Mit der aus den Vertretern der beiden konservativen Parteien und des Centrums gebildeten Mehrheit stimmten die beiden Nationalliberalen Abgeordneten Sieg und Horn (Goslar), während die zwei weiteren Nationalliberalen Paasche und Beumer mit der Minderheit stimmten.

Es folgt Position 100 (**Maulesel,** Maultiere). Die Regierungsvorlage sieht statt des bisherigen Zolls von 10 M. pro Stück einen solchen von 30 M. vor.

Die **Socialdemokraten** beantragen Zollfreiheit.

Stadthagen (Soc.) begründet den Antrag und verbreitet sich über den Unterschied zwischen Equus hinnus und Equus mulus. Das Maultier sei ein sehr nützliches Tier und finde immer mehr Verwendung. Das Maultier ist schon deshalb sehr nützlich, weil es sehr alt wird. Es erreicht ein Durchschnittsalter von 40 Jahren. Man führt an, daß der Zoll für Maulesel erhöht werden muß, weil auch der Pferdezoll erhöht ist. Da sollte man aber konsequent sein und bei diesem Mischtiere die beabsichtigte Ermäßigung für Esel mit berücksichtigen. (Heiterkeit.)

Ministerialdirektor **Wermuth** stellt fest, daß von Maultieren nur 142 Stück im Werte von 21 300 M. im Vorjahre eingeführt worden sind.

Unter Ablehnung des socialdemokratischen Antrages wird der Satz der Regierungsvorlage angenommen.

Position 101 legt auf **Esel** einen Zoll von 5 M.; bisher zollfrei. Zollfrei sollen Saugfohlen bleiben, welche der Mutter folgen.

Antrick (Soc.) begründet einen Antrag auf Zollfreiheit.

Der **Antrag auf Zollfreiheit wird einstimmig angenommen** — für Esel!

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

* * *

Nachmittags-Sitzung.

Zu Position 102 (**Rindvieh**) liegt der gestern mitgeteilte **agrarische Kompromißantrag** vor.

Müller-Sagan (frs. Vp.) beantragt folgende Sätze:

für Bullen (Stiere) und Kühe	9 M.	für 1 Stück
„ Jungvieh	5 „	„ 1 „
„ Kälber	3 „	„ 1 „
„ Ochsen	20 „	„ 1 „

Die **Socialdemokraten** beantragen völlige **Zollfreiheit.**

Herold (Z.) begründet den Kompromißantrag. Wirksamer als der Schutzzoll sei die Sperre; diese erfolge aber nur aus sanitären Gründen. (Lebhafte Unruhe und Widerspruch links.) Nachdem für die Getreidezölle eine Mindestgrenze gebunden sei, müsse unbedingt auch die Mindestgrenze für Vieh gebunden werden. Wenn die Regierung dem Reichstag nicht entgegenkomme bei der Bearbeitung des Posadowskyschen Marmorblocks, dann glaube er, Redner, nicht, daß eine schöne Bildsäule zu stande kommen werde.

Bebel (Soc.): Für die Erhöhung der Getreidezölle hat man geltend gemacht, daß die Getreidepreise zurückgegangen sind und nicht mehr die Produktionskosten decken. Die Fleischpreise sind nicht allein nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Das wird auch in den Motiven der Vorlage zugegeben. Man hält aber mit der Angabe der bestimmten Zahlen beim Jahre 1899 an. Würde man die letzten Jahre mit berücksichtigt haben, dann hätte man eine gewaltige Steigerung der Preise feststellen müssen. Der Viehstapel ist im denkbar günstigsten Zustand, das geben auch die Agrarier zu. Aber man verlangt immer höhere Zölle. Sind die Verhältnisse ungünstig, dann verlangt man hohen Zoll zur Hebung der Verhältnisse, sind die Verhältnisse aber günstig, dann muß erst recht eine Erhöhung der Zölle eintreten, um den Zustand zu erhalten. Die Begründung führt eine Anzahl statistischer Zahlen an, die wohl für Herabsetzung, aber nicht für Steigerung des Zolles sprechen. Seit Einführung der Handelsverträge hat nicht allein eine Steigerung der Stückzahl, sondern auch eine **erhebliche Steigerung des Wertes** stattgefunden. Hier tritt aber klar zu Tage, daß hier die Kleinbauern stark beteiligt sind. Den Kleinbauern, denen man angeblich helfen will, sucht man hier einen kleinen Ersatz dafür zu geben, was man ihnen durch die Zölle auf Futtermittel abgenommen hat.

Die Abgg. **Herold, Graf Schwerin** und **Wangenheim plaudern so laut miteinander, daß die Worte des Redners nicht mehr zu verstehen sind.** Da der Vorsitzende Rettich nicht dagegen einschreitet, wird er von der Linken an seine Pflicht gemahnt. Er verbittet sich diese Kritik. **Rettich** und **Stadthagen** führen heftige Auseinandersetzungen im lautesten Tone. Schließlich tritt Ruhe ein und der Redner kann fortfahren.)

Der Fleischkonsum ist im Süden und Westen höher als im Osten. Der Wohlstand steigert den Fleischkonsum. Die jetzt ausgebrochene Krise wird schon einen Rückgang des Fleischkonsums bringen, der um so stärker sein wird, je länger die Krise dauert. Das Schreien nach Preissteigerung durch Zölle ist zwar ein bequemes, aber verhängnisvolles Mittel. Die künstliche Preissteigerung kann für die Landwirtschaft verhängnisvoll werden, da dadurch ein Konsumrückgang entsteht. Würden die vorgeschlagenen Zölle angenommen, dann würde eine solche Steigerung der Preise eintreten, so daß viele Arbeiter vom Fleischkonsum ausgeschlossen würden. Man will hier dem Arbeiter viel mehr nehmen, als man ihm durch die ganze Versicherungsgesetzgebung giebt.

Die Sperrung der Grenzen ist erfolgt, obwohl im Auslande weniger Seuchen sind wie in Deutschland. Die Seuchen sind nur Vorwand. Die Behauptung der Anhänger der Zollerhöhung, daß sie Handelsverträge wollen, ist nicht ernst zu nehmen. Man schädigt die deutsche Industrie auf das schwerste. England und Amerika sind unsre gefährlichsten Konkurrenten. Dort haben die Arbeiter bessere Löhne und niedrigere Lebensmittelpreise. Diese ungünstige Lage soll nun noch verschärft werden durch Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel. Deutschland kann in vielen Gegenden nicht das Fleisch liefern, was nötig ist. München, die einzige Großstadt in einem weiten Agrarbezirk, ist auf den Bezug von ausländischem Schlachtvieh angewiesen.

Der Gesundheitszustand des deutschen Viehes ist nicht so günstig, wie es hingestellt wird. In Sachsen sind bei der Fleischbeschau in einem Jahre 55 581 tuberkulose Stück Rindvieh ermittelt. Ebenfalls ist festgestellt, daß die Tuberkulose unter dem Rindvieh rapid steigt. In Bayern wurde vom Minister des Innern festgestellt, daß in sechs Jahren niemals Seuchen aus Oestreich, aber mehrfach aus Preußen eingeschleppt sind.

Landwirtschaftsminister **Podbielski:** Die vom Abg. Bebel anerkannte Besserung der heimischen Viehbestände hat Millionen von heimischem Kapital erfordert. Dieses Kapital dürfe man nun doch nicht preisgeben durch Eröffnung des freien Wettbewerbs mit dem Vieh des Auslandes. Für das lebende Vieh bekommt heute die deutsche Landwirtschaft keine höheren Preise als früher. Durch die Schlachthäuser, die sich mit 8 Proz. verzinsen dürfen, sei das Fleisch verteuert worden. Er sei gern bereit, mit Bebel nach Bayern zu reisen, dort werde er sehen, wie es mit den Viehseuchen stehe. Je größer der Stall, desto größer die Gefahr der Infektion mit Tuberkulose. Unter der Wirkung der Sperre sei die Maul- und Klauenseuche auf ein Minimum geschwunden. Eine der vornehmsten Pflichten der landwirtschaftlichen Verwaltung sei, die Seuchen zu bekämpfen. Die Regierungsvorlage schaffe die Grundlage für eine Sicherung des heimischen Viehstandes, ohne den Abschluß von Handelsverträgen zu erschweren.

Müller-Meiningen (frs. Vp.): Deutschland ist das Land mit den höchsten Fleischpreisen und nun soll es auch den höchsten Viehzoll haben. Wenn behauptet wird, daß die Höhe der Preise nur durch den Kleinhandel herbeigeführt wird, so giebt es hierfür keine Beweise. Die Familie in Berlin wird durch den Fleischzoll der Regierungsvorlage mit 28 Mark pro Jahr belastet, durch den vom Abgeordneten Gamp beantragten Zoll mit 39 Mark. Der kleine Bauer hat nur Schaden von der Erhöhung der Viehpreise und der Preise der Futtermittel. Auch die Qualität des deutschen Fleisches genügt nicht immer. Gerade in Bayern haben wir fremde Einfuhr nötig. Mit solchen Sätzen ist ein Handelsvertrag mit Oestreich-Ungarn unmöglich.

Lutz (Z.) will den Grenzbewohnern für die Dauer die Vergünstigung erhalten, Zugochsen zum Zollsatz von 20 M. einzuführen, und beantragt deshalb, in der zweiten Anmerkung die Worte „während der ersten 6 Jahre der Geltung des Tarifs" zu streichen.

Spahn (Z.) bestreitet, daß durch die Viehzölle eine Steigerung der Fleischpreise herbeigeführt werde. Bezüglich der Bindung ist er event. in der zweiten Lesung dafür zu haben, statt 20 Proz. 25 Proz. Spannung zu geben.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** In den jahrelangen Debatten über die Zollfrage sei von agrarischer Seite stets auf die Hebung der Viehwirtschaft als erstrebenswertes Ziel hingewiesen worden. Da nun die ausländischen Frachtspesen gesunken, die Fleischeinfuhren des Auslandes, besonders Amerikas und Dänemarks, fortwährend gestiegen seien, könnten die bisherigen Zollsätze nicht mehr als ausreichend für den Schutz der heimischen Viehwirtschaft gelten. Deutschlands Viehstand steige, so daß es seinen Fleischbedarf bald aus eigenem decken könne. Um eine normale Gestaltung der heimischen Vieh- und Fleischpreise zu erzielen, müssen wir solche Viehzölle haben, die die Konkurrenz der Länder ausschließen, in denen wegen der Gunst des Klimas, der Billigkeit des Arbeitslohnes 2c. eine billigere Viehproduktion möglich sei. Die Regierungsvorlage gehe an die **äußerste Grenze** des Schutzes der heimischen Viehwirtschaft. **Weiter könne sich die Regierung nicht drängen lassen.** Die Herren Gamp und Genossen fordern zu viel. Während die Regierungsvorlage mit ihrem Stückzoll für Kühe 2c. je 4,28 bis 4,61 Mark für den Doppelcentner einstelle, fordern die Herren 14,50 Mark für den Doppelcentner als Minimalzoll. Die Bildsäule dürfe nur an einem Fuße, sie dürfe nicht an beiden Füßen gebunden werden.

Staatssekretär des Auswärtigen Frhr. **v. Richthofen** bekämpft den Antrag Gamp mit vertraulichen Mitteilungen. Auf mehr Mindestzölle könne sich die Regierung nicht einlassen. Handelsverträge mit solchen Mindestzöllen seien unmöglich.

Bayrischer Ministerialrat Ritter **v. Geiger:** Die Grenzorte könnten das östreichische Vieh nicht entbehren. Die armen Bauern aber würden die von Gamp geforderten Sätze nicht zahlen können.

Müller-Sagan (frs. Vp.) beantragt nunmehr für Ochsen einen Zollsatz von 25,50 M., für Zugochsen einen solchen von 20 M.

Gamp (Rp.) spielt Podbielski gegen Richthofen aus. Was an Zollschutz nötig sei für die Viehwirtschaft, könne nicht zum Kompensationsobjekt gemacht werden. Dazu seien Industriezölle genug da. Sonst wäre ja **die ganze Rede Podbielskis unverständlich.** (Zwischenruf: **Das war sie überhaupt!** Stürmische Heiterkeit.) Der Landwirtschaft müsse durch viel höhere Zölle, wie in der Vorlage, geholfen werden, denn sie habe in Deutschland so hohe sociale Lasten zu tragen, wie in keinem andren Lande, bis zu 25 Proz. würde auch er bei der Bindung der Regierung schließlich entgegenkommen. Weiter nicht; lieber würde er bei den Kornzöllen nachgeben.

Staatssekretär Frhr. **v. Richthofen:** Herr Gamp wundere sich, daß die Regierung sich so ablehnend verhalte. Dieses Wundern sei aber sehr wenig begründet, denn er müsse bedenken, daß er die Zölle auf das sieben- bis elffache der geltenden Sätze erhöhe. Mit gebundener Marschroute könne die Regierung keine Handelsvertragsverhandlungen führen.

Müller-Sagan (frs. Vp.) bedauert, daß Minister v. Podbielski die Auffassung, welche er heute vertreten habe, daß durch Vereinigung von Vieh in großen Ställen die Verbreitung von Viehseuchen erleichtert werde, nicht schon bei Beratung der Vorlage wegen des Magerviehhofes im preußischen Abgeordnetenhause zur Geltung gebracht hat. Der Magerviehhof werde zu einer Centrale für Viehverseuchung werden. Der Hinweis Podbielskis auf die Statistik der Viehseuchen entbehre jeder Beweiskraft zu Gunsten der Viehsperre, da unter Wirkung der Viehsperren die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche ihren Höhepunkt erst allmählich erreicht habe.

Die weitere Diskussion wird durch einen Schlußantrag abgeschnitten.

Der **Antrag Gamp** wird mit dem Amendement Lutz **angenommen.** Dafür stimmen die Vertreter der beiden konservativen Parteien, des Centrums, der Antisemit und der Nationalliberale Abg. Sieg.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr.

Strand-Restaurant am Müggelsee
zwisch. Müggelschloß u. Aussichtsturm.
Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume. Belustigungen aller Art. Coulante Preise.
3513** **A. Degebrodt,**
„Strandschloß", Köpenick.

Restaurant „Neuer Krug".
an der Oberspree zwischen Müggel- und Dämerisee, Bahnstation Neu Rahnsdorf, in 10 Minuten zu erreichen,
empfiehlt sein Lokal für größere Vereine und Gesellschaften bis 3000 Personen. 3521**
Fritz Domning, Gastwirt.

30 Mark
hochfeine Sommerpaletots.
30 Mark
hochelegante Herrenanzüge.
12 Mark hochelegante Beinkleider.
Anfertigung nur nach Maß.
Guter Stoff, tadelloser Sitz. [3790L*
14 Kranzenstraße 14,
1 Tr., Tel.-Amt I Nr. 3708. 1 Tr.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme
(Endstation der „Stern"-Dampfer)
Inhaber: Hermann Peter. Telephon: Grünau Nr. 39.
Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferstege, Kegelbahnen, große Kaffeeküche.
Gute Küche und bestgepflegte Biere zu soliden Preisen. [3577*

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 12. April.

Opernhaus. Der Wald. — Die Abreise. — Vergißmeinnicht. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Nachmittags 3 Uhr: Vorstellung zum Besten des Schiller-Verbandes Deutscher Frauen.
Schiller. Mein Leopold. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Lebendige Stunden. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Nachmittags 3 Uhr: Der bestrafte Brudermord oder: Prinz Hamlet aus Dänemark.
Lessing. Eleonora Duse-Gastspiel. Francesca da Rimini. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Bettelstudent. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Einquartierung. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Gastspiel des Pariser Ensembles vom Théâtre du Palais Royal. Le Dindon. (Der Franzenjäger.) Anf. 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Detlev Littencrons Buntes Brettl. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Buntes Theater (Ueberbrettl). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele. Anfang 8½ Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Der Pfarrer von Kirchfeld. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Hannemann vom Viehhof und: Der kleine Cohn. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung: Der Rattenfänger von Hameln.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Berlin, wie es weint und lacht. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7½ Uhr.
Orpheus. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die wahre Liebe ist das nicht. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Eine Nacht im Ballhaus. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin auf Stelzen. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Sonnabendabend 8 Uhr: Zum erstenmal: **Mein Leopold.** Volksstück in 3 Akten von Adolf L'Arronge.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Nathan der Weise.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Der Probekandidat.**
Montagabend 8 Uhr: **Mein Leopold.**

Central-Theater.

Heute, Sonnabend 7½ Uhr, zum 115. Mal:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von Landsberg und Stein. Musik von Reinhardt.
Sonntagnachmittag 3 Uhr, halbe Preise, zum 200. Mal: **Die Puppe.** Operette in 3 Akten von Maurice Ordonneau. Musik von Ed. Audran.
Abends 7½ Uhr, **Das süße Mädel.**

Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72/73.
Heute und folgende Tage 7½ Uhr:
Seine Kleine.
Gr. Ausst.-Posse m. Ges. u. Tanz in 3 Akt.
„Hab'n Sie nicht den kleinen Cohn gesehn'n?"
Sonntagnachmittag 3 Uhr, kl. Preise: **Der liebe Onkel.**
Dienstag, 15. April, abends 7 Uhr: Wohlthätigkeits-Vorstellung für Anna Bäckers. **Seine Kleine.** Hierauf
Grosses Künstler-Cabaret.

Apollo-Theater.

Anfang 8 Uhr:
Um 9 Uhr: **Lysistrata** Um 9 Uhr:
Ausstattungs-Operette von
Paul Lincke
mit dem Luftballett
„Grigolatis".
Ferner:
Elsa Malta
und 8 erstkl. Specialitäten.
Kassenöffnung 7 Uhr.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.
Zwergin mit ihrem **Kinde**
(einzig in ihrer Art auf dem Erdenrund!!)
Der Boerenkrieg
(Botha, De Wet, Delarey, Krüger.)
Lebende Photographien.
Neu! humor.-musikal. Quintett **Kirchmeyer.**

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Emilie Carola,
preisgekrönte Wiener Schönheit.
Hugo Mödlinger,
der originelle Humorist mit seinem Schlager: **Mit der Hand, mit dem Daumen und vier Fingern an der Zahl.**
16 neue erstkl. Nummern!

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Sonnabend, den 12. April, abends 8½ Uhr:
Gastspiel von **Emanuel Reicher.**
Serenissimus-Zwischenspiele
u. a.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Nachm. 4 Uhr: Letzte Kindervorstellg. Kleine Preise.
Der Rattenfänger von Hameln.
Abends 8 Uhr:
Hannemann vom Viehhof
und: **Der kleine Cohn.**
Große Berliner Ausstattungspasse mit Ges. in 5 Bildern von Ernst Ritterfeld. Musik von Albert Picher.
Sonntagnachm. 3 Uhr. Kleine Preise. (Parkett 60 Pf.) **Gänseliesel.** Abends 8 Uhr: **Hannemann u. d. kl. Cohn.**

Belle-Alliance-Theater.

Heute zum 106. Mal:
Die Dame aus Trouville.
Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akt.
Emil Sondermann. Ferd. Worms. Mizzi Birkner. Rosa Marton.
Hierauf: **„Er".** Pariser Lebensbild in 1 Akt.
Adele Hartwig a. G. Leopold Thurner a. G.
Anfang 7½ Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater

Emil Thomas a. G.
Henry Bender Josef Josephi
Zum **13.** Mal:
Die wahre Liebe ist das nicht.
Grosse Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von Horst u. Stein, bearbeitet von Julius Freund, Musik von Victor Holländer.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Morgen und die folgenden Tage:
Die wahre Liebe ist das nicht.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
Das Riesen-April-Programm!
Täglich Gastspiele
von Schlagern I. Ranges.
8½ Uhr 8½ Uhr
Der große Lacherfolg!
Eine Nacht im Ballhaus.
Schwank in 4 Akten von Kneisel.
Häfkling, Küster: Dir. Rich. Winkler.
Les Darras, einzig dastehend.
Anayd. Zum 1. Male in Berlin.
Ada Marcell: „Im Boudoir".
Amor, Gesangs- u. Tanz-Terzett.
Emmeline Hochberg, Soubretten-Diva.
Anfang präcise 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei.

Casino-Theater

Lothringerstr. 37.
Gastspiel Antonie Agoston in
„Berlin auf Stelzen" 2c.
Urkomisch! Sensationell!
Anfang Wochent. 8, Sonntags 7½ Uhr. Sonntagnachm. 4 Uhr: **Dienstbote.**
Specialitäten. — Weihnachten.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr Sonntags 7 Uhr.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Die Grille.
Ländliches Charakterbild in 5 Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Sonntag: **Die Grille.**

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Grösst. Vergnügungslokal Berlins
Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen.
Im 6. u. 7. Bogen erstklassige
Theater- und Specialitäten-Vorstellung
Ausschank der
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12—2 Uhr.

Cirkus Busch

Sonnabend, 12. April, abends 7½ Uhr:
Klondike.
Orig.-Pantomime des Cirkus Busch.
Die Prinz Heinrich-Fahrt nach Amerika.

Vieles wird in dieser Welt
Täglich auf den Kopf gestellt.
Mit 'nem echten **„Wurm"** im Magen
Läßt sich „Kopfstehn" gut vertragen.
Verlangen Sie gefl. ausdrücklich: **Wurms** Magendoktor.
Vertreter: **Generaldepot:**
Berlin NO., Neue Königstr. 74.

Kinderwag., Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Eiserne Bettstellen u. Krankenwagen für Erwachsene u. Kinder. Preise bill. Auch Teilzahlg.
A. W. Schulz
N. Brunnenst. 95
a. Bhf. Gesundbr.
Fernsp. III, 1767

Fritz Preuss
Belleallancestrasse 74a,
Ecke Bergmannstraße.
empfiehlt Freunden und Bekannten sein Restaurant in der Nähe des Bezirkskommandos. 3875[illegible]*

Stenographie Stolze-Schrey

Einen neuen Unterrichtskursus für Damen und Herren eröffnet der **Arbeiter-Stenographen-Verein „Stolze"** (Norden) am **Dienstag,** den 15. April, abends 8½ Uhr, bei Gleinert, Schulstr. 29.
Unterrichtsgeld 4 Mk.
Die erste Stunde ist kostenfrei. Das Lehrbuch wird gratis geliefert.

Die schönsten Herren-

Anzüge. Herrengarderobe in neu. sowie speciell 3883[illegible]*
Monatsgarderobe
von Kavalieren zurückgelegte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl zu staunend billigen Preisen stets zu haben.
J. Wand, Prinzenstr. 17,
Ecke Wasserthorstraße.

Dampfervermietung

für
Vereine u. Gesellschaften
für halbe und ganze Tage. Zu erfragen bei **Rudolf Hartefiel,** Mühlenstraße 67a. 3751[illegible]*

Ich verkaufe

ab meinem Lagerplatz:
100 Stück 6 Zoll lang 0,55,
100 „ 7 „ Riesenkohle . 0,65,
100 „ Alte 7 „ „ . 0,75,
Bruchkohlen, Centner nur . . . 0,60,
Henkels Werke-Briquetts, ungepackt, das Beste auf d. Markte, Ctr. nur 0,70, ins Haus 1000 Stück 1,25 M. mehr.
Josef Fischer, Bromberger-
3814[illegible]* **straße 19—21.**

Fahrräder mit Glockenlager für 80 Mark

haben wir von einer liquidierenden erstklassigen Fabrik zum Vertrieb übernommen. †99*
Berliner Einkaufs-Genossenschaft,
Marsilius-Str. 19.

Empfehle Freunden u. Bekannten mein
Weiß- u. Bayr.-Bier-Lokal.
Ernst Mönch, Wiesenstr. 36.

Stempel-Fabrik
von (3765[illegible]*
Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 112.
liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt"
zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1.50 M.** an.

empfiehlt **Dr. v. Walck.**

Grosse Industrie-Ausstellung

BERLIN 1902
für Gast- u. Hauswirtschaft, Kochkunst, Erfindungen und Neuheiten
19/6*]
vom 12. bis inkl. 27. April
im **Luisenhof,** Dresdenerstrasse 34—35.
Eröffnung heute vormittag 11 Uhr.

Kufeke's

BESTE NAHRUNG FÜR
gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl. [*

van Houten's Cacao

Das beste tägliche Getränk!

Grosse Fänge! Seefische billig!

Schellfische in allen Grössen . . 20—30 Pf. pro Pfd.
Cabliau (zum Kochen und Braten sehr zu empfehlen) ohne Kopf und im Anschnitt 20 Pf. „ „
Seelachs 20 Pf., im Anschnitt 25—27 Pf. „ „
Bratflundern (3 Pfd. 55 Pf.) 20 Pf. „ „
Rotzungen 35—40 Pf., Schollen 40 Pf., Steinbutten, Seezungen ebenfalls billig!
Lebende Hummer 3 Mk. pro Pfund.
Feinste Helgoländer Nordsee-Austern Dtzd. **90 Pf.**
Geräucherte Seefische.
Schellfische (schöner als Bücklinge) **35 Pf. pro Pfd.**
Flundern 70—75 Pf., Roche (Ersatz für Stör) **60 Pf., Seelachs 45 Pf.** pro Pfund.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft **„Nordsee"**
Hauptfiliale Berlin C. 22, Bahnhof **Börse,** Bogen 9—10.
II. Filiale: **Lüneburgerstrasse,** Ecke Paulstrasse.
III. „ **Prinzenstrasse 30.**
IV. „ **Madaistr. 22,** im Schlesischen Bahnhof.
Johs. Skorczyk
Generalvertreter. [3888L*

Jede Uhr

zu **reparieren** und **reinigen** kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens **nur 1 Mk. 50 Pf.,** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in **Uhren, Goldwaren, Ketten** zu erstaunlich billigen Preisen. **Dukaten-Trauring, 900 gest.,** 1½ Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echt Rathenower Brillen Pincenez, Operngläser. 3813[illegible]*
T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Für die neue Wohnung

empfehlen wir seltene **Gelegenheitskäufe** von eingetroffenen **Neuheiten,** welche zu **ausserordentlich billigen Preisen** zum schleunigen Verkauf stellen, und zwar:
Elegante Salon- u. Wohnzimmer-Teppiche, Portieren, Gardinen und Stores, Tisch-, Divan-, Schlaf- und Steppdecken, sowie eine grosse Anzahl vorzüglicher **Sofastoffe,** auch Reste — zu Bezügen ausreichend — für die Hälfte des regulären Wertes.
Teppichhaus Adler & Co.,
Königstr. 20—21, dicht am Rathaus.

Eugen Bianconi, Fennstr. 52,

Uhrmacher und Juwelier.
Silberne Remontoir-Uhren mit Goldrand M. 10,—.
Massiv goldene Ringe, 333 gestempelt, von M. 1,50 an.
Verlobungsringe, 2 Dukaten, 900 gestempelt, M. 20,50.
Massiv goldene lange Damenketten 333 gestempelt mit Opalschieber M. 18,—. 1427*

4/10. 10 Pf. **Bötzow-Ausschank** 4/10. 10 Pf.
Frankfurter Allee 104, Ecke Frieden-Strasse.
Eröffnung am heutigen Sonnabend,
18576] Nachmittags 4 Uhr.
Friedrich Duchow,
I. V.: **Otto Raatz.**

Schmöckwitz.

Restaurant „Seddin-See"
empfiehlt sein schön gelegenes Lokal zu **Dampferpartien, Ruderern und Radfahrern.** Großer schöner **Garten** für **2000** Personen. **Zwei große Säle. Kegelbahnen 2c.** — Stelle die billigsten Dampfer zur Verfügung. Für gute **Speisen** und **Getränke** ist bestens gesorgt. [3575[illegible]*
Telephon Amt Grünau 54. — Freundl. ladet ein **Aug. Nonek.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung

H. Eberts Festsäle „Neues Klubhaus" 72 Kommandanten-Strasse 72.

Grosse u. kleine **Säle** (Bühne), bis 500 Personen fassend, zu vergeben. Habe noch Sonnabende u. Sonntage frei. **Grosser Ball.**
Sonntag, Mittwoch und **Donnerstag:**

Brodts Gesellschafts-Haus

Erkner am Dämeritz-See
3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser gelegen — empfiehlt sich den Genossen bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer, den geehrten Familien, Vereinen und Fabriken zu angenehmem Aufenthalt. Im Monat **Mai, Juni, Juli** und **August** sind noch **Sonnabende** und **Sonntage** zu vergeben. 3739[illegible]*

Orts-Krankenkasse der Korbmacher.

Todes-Anzeige.

Am 8. d. M. starb unser Mitglied, Kollege

Albert Priehler.

Die Beerdigung findet am Sonntag-Nachmittag 4 Uhr auf dem katholischen Kirchhof Mariendorf-Südende statt. 18586

J. A.: **Albert Westphal.**

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und Berufsgenossen. E. H. 86. zu Hamburg. Bezirk Berlin D.

Am 9. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der Mechaniker

Gustav Baarss

an Lungenkatarrh. 18485

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes Nordende bei Nieder-Schönhausen aus statt. **Der Vorstand.**

Am 9. d. Mts., 1 Uhr morgens, starb bei schwerer Entbindung nebst Kind meine liebe Frau, unsre gute Tochter, Schwester und Schwägerin

Käthe Schmidt,

geb. **Harms.**

Die Beerdigung findet am Sonntagnachmittag 2½ Uhr von der Leichenhalle des Köpenicker Friedhofs aus statt.

Dies zur Anzeige allen Verwandten und Bekannten. 3900G

Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstraße 32.

Der tiefbetrübte Gatte Herm. Schmidt
nebst Mutter, Geschwistern u. Schwager.

Am Mittwoch, den 9. April, starb nach kurzer Krankheit meine liebe Frau 18435

Anna Nittrey

geb. **Wende**

im Alter von 31 Jahren.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. April, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Tempelhofer Neuen Gemeinde-Kirchhofs, Brixerweg aus, statt.

Max Nittrey nebst Kindern.

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung unsres lieben Sohnes und Bruders

Wilhelm Heinrich

sagen wir allen, besonders den Kollegen und dem Chef Herrn Bechstein unsren herzlichsten Dank. 18688

Die trauernden Eltern u. Geschwister.

Maler, Lackierer, Anstreicher

Berlins und der Vororte.

Montag, den 14. April, abends 8½ Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses", Engel-Ufer 15:

Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der Lohntarif und das Antwortschreiben der Berliner Maler-Innung.

Um pünktliches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung der Vereinigung der Maler.**

NB. Zur Verbreitung der vom Vorstand herausgegebenen Agitationsbroschüre sind alle Haus- und Hilfskassierer sowie überhaupt die organisierten Kollegen verpflichtet, sich **Sonntag, den 13. April,** morgens 8 Uhr, in nachstehenden Lokalen einzufinden: **Rosin,** Ruppinerstr. 42; **Ramlow,** Schönhauser-Allee 135; **Weinberg,** Andreasstraße 34; **Tolksdorf,** Görlitzerstr. 58; **Stramm,** Ritterstr. 123; **Wesse,** Rostizstr. 50; **Behrend,** Blumenthalstr. 5; **Funke,** Havelbergerstr. 17; **Hoffmann,** Pasewalkerstr. 3. 124/8

Orts-Krankenkasse der Stellmacher.

Sonntag, 20. April, vormittags 9½ Uhr, bei Herrn **Nümann, Brunnenstr. 188:**

Ordentliche General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Abnahme der Rechnung des Jahres 1901 und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des Rendanten und Gehaltsfrage. 3. Abänderung über den von der Aufsichtsbehörde beanstandeten Beschluß über die Erhöhung der Kassenbeiträge für Mitgliederklasse 2. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 18445

Der Vorstand.

J. A.: F. Josewski, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse für das Goldschmiedegewerbe zu Berlin.

Sonnabend, den 19. April cr., abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Quergebäude, Saal 3:

Ordentliche Generalversammlung sämtlicher Delegierten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung. 3. Kassenangelegenheiten.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht 271/19

Berlin, den 11. April 1902.

Der Vorstand.

E. Davidshäuser, Vors., Elisabethstr. 14.
H. Hertz, Schriftf., Sebastianstr. 31.

Achtung! Militärschneider. Achtung!

Heute, Sonnabend, den 12. April, abends 8½ Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Das Ergebnis der am Mittwoch vor dem Gewerbegericht stattgefundenen Konferenz und unsre Stellungnahme dazu. 162/9

Es ist Pflicht der Militärschneider, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Der Einberufer.

Sonntag, den 13. April, abends 5 Uhr, im Lokal des Herrn Balduin Franke („Apollo-Säle"), Sebastianstr. 39:

Große öffentliche gewerkschaftliche Männer- und Frauen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Magnetiseurs und Naturarztes Herrn **Rudolf Geist.** 2. Ueber Rechte, Pflichten und Leiden der Frau in der Ehe. 3. Diskussion. 4. Wahl einer Vertrauensperson. 5. Verschiedenes. 287/20

Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

Zur Deckung der Unkosten Entree **30 Pf.** inkl. Garderobe.

Um den gewerkschaftlichen Frauen etwas Genußreiches und Zusammenschließendes zu bieten, wird um des wichtigen Vortrages halber um zahlreiches Erscheinen der Männer und Frauen gebeten. **Die Einberuferin.**

Achtung! Etuisarbeiter. Achtung!

Montag, 14. April, abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Branchenversammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Die Bedeutung der Genossenschaften für die Arbeiter.** Referent: Kollege **Brückner.**
2. **Stellungnahme zur Maifeier.**
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen erwartet

23/15 **Der Vertrauensmann.**

Fachverein d. Tischler

Sonntag, den 13. April, vorm. 10 Uhr, im Restaurant Jöls, Köpnickerstr. 137:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Vorstandsbericht. 3. Ersatzwahlen. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet

186/10 **Der Vorstand.**

Bilderrahmenmacher.

Sonntag, den 13. April, vorm. 10 Uhr, im „Gewerkschaftshause", Engel-Ufer 15 (Saal III):

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Hildebrandt** aus Johannesburg über: „Der südafrikanische Krieg und sein Einfluß auf den deutschen Arbeitsmarkt". 2. Stellungnahme zur Maifeier. 82/1

Nach der Versammlung findet eine Besichtigung des Gewerkschaftshauses statt.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Obmann.**

Verein abstinenter Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins.

Sonntag, den 13. April, abends 6 Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20 (hinterer Saal):

Vortrag.

Die Beziehungen des Alkohols zu den Geistesstörungen.

Referent: Genosse Dr. O. Juliusburger-Schlachtensee. 287/19

Nachdem Geselliges Beisammensein.

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Wo? ist ein schöner Aufenthalt, schön zu Fuß, Rad und Kremser zu erreichen? Beim **alten Freund auf Pichelswerder.** — Für **gute Küche usw.** ist immer bestens gesorgt! [3776G*

Musik: Elektrisch.

Centralverband der Maurer 2c.

Zahlstelle Friedrichsberg.

Sonntag, den 13. April, vormittags 9½ Uhr.

Mitglieder-Versammlung

im Lokal des Herrn Höflich, Frankfurter Chaussee 120.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Bericht aus der Vertreterversammlung und Landeskonferenz. 3. Verschiedenes. 139/2

Guten Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Wir laden hierdurch die Delegierten zu einer **ordentlichen Generalversammlung** auf **Sonntag, den 20. April d. J.,** vormittags 9½ Uhr, nach dem Saale des Volkshauses in Charlottenburg, Rosinenstraße 3, ein mit der

Tagesordnung:

1. Besprechung über das Geschäftsergebnis im Jahre 1901;
2. Bericht der Rechnungsrevisoren;
3. Antrag des Kassenvorstandes auf Entlastung;
4. Antrag des Kassenvorstandes auf Statutenänderung, betreffend die Ausdehnung der Kassenleistungen.

Die Delegierten erhalten außerdem eine schriftliche Einladung nebst dem gedruckten Jahresbericht. Die schriftliche Einladung gilt als Legitimation zur Teilnahme an der Generalversammlung; doch haben diejenigen keinen Zutritt, deren Mandat erloschen ist, weil entweder die Kassenzugehörigkeit nicht mehr vorhanden ist oder vorübergehend unterbrochen war.

Charlottenburg, den 4. April 1902.

Der Kassenvorstand.

271/8 Wilhelm Sabor.

Ziehung 17. u. 18. April 1902

Königsberger Geld-Lotterie

6241 Geldgewinne Mark

200000

1 Gew.		50 000	= 50 000 M.
1 zu		20 000	= 20 000 „
1 zu		10 000	= 10 000 „
1 zu		5 000	= 5 000 „
1 zu		3 000	= 3 000 „
2 zu		2 000	= 4 000 „
4 zu		1 000	= 4 000 „
10 zu		500	= 5 000 „
40 zu		300	= 12 000 „
60 zu		200	= 12 000 „
120 zu		100	= 12 000 „
200 zu		50	= 10 000 „
300 zu		30	= 9 000 „
500 zu		20	= 10 000 „
1000 zu		10	= 10 000 „
4000 zu		6	= 24 000 „

Loose à 3 Mark, Porto und Liste 30 Pfg. extra, empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme

Carl Heintze

Berlin W., Unter den Linden 3.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.

Specialarzt für 17/13*

Haut- und Harnleiden.

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

3808G*

Gardinen

Neuheiten, Secessions- und Jugendstil, circa 250 Muster. **Katalog** (450 Illustrat.) **gratis und franco.**

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Die Möbel-Fabrik von H. Nolte, Zionskirchstr. 40,

empfiehlt ihr reichhaltiges Lager vollständiger Wohnungseinrichtungen sowie einzelner Möbel. Teilzahl. gestattet.

Eigene Confection.

Elegante Costümröcke enorm billig

in Tuch, Zibeline, Kammgarn und Cheviot, 6 M., 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., **Seidendamast** 25 M., Alpacca 4.50 M., 6 M., bis 30 M., **weiss** Cheviot und Piqué 3, 5, 7—15 M.

Jaketkleider

elegante Façons

in Zibeline, Reversibel, Cheviot, Covercoat und Homespun

15 M., 20 M., 25 M.

Bolerokleider

Saccokleider

Blusenkleider

letzte Neuheit

12 M., 15 M., 18 M.

Seidenblusen

6.50 M., 8 M., 10 M., 15 M.

Blusenhemden

1.75 M., 2.50 M.

Golfcapes 6 M., 8 M., 10 M.

Schwarze, glatte u. bestickte **Capes** und **Kragen**

10 M., 12 M., 15 M.

Jakets, Sackpaletots,

moderne Façons

in vorzüglichem Sitz und tadelloser Verarbeitung

10 M., 12 M., 15 M., 20 M.

Sielmann & Rosenberg

BERLIN.

Kommandanten-Straße, Ecke Lindenstraße.

Maassanfertigung.

Backfisch-Saccos u. Jakets 10 M.

Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmacher.

(Zweigverein Berlin.)

Sonntag, den 13. April, im **Gewerkschaftshause** (Saal V), Engel-Ufer 15: 287/18

Schaufrisieren mit darauf folgendem Ball

der 4. Damenfrisier-Fachschule.

Anfang 7 Uhr. Billets 50 Pf. Das Komitee.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, 13. April, vormitt. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Versammlung

der Rohrleger, Klempner, Bauschlosser u. verw. Berufsgen.

Tages-Ordnung:

1. Der Bauarbeiterschutz in Preußen und die preußische Regierung. Referent Genosse **Link.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Die Bundesregierungen, mit Ausnahme Preußens, sind gegenwärtig an der Arbeit, durch Umgestaltung der Landes-Baupolizeigesetze sich auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes zu betätigen. Es ist notwendig, auch die preußische Regierung zu einem Vorgehen auf diesem Gebiet zu veranlassen, und das soll geschehen durch Absendung einer Petition, über die wir in obiger Versammlung diskutieren wollen. Es ist deshalb dringend notwendig, daß alle Mann zur Stelle sind, um dem Vorgehen den nötigen Nachdruck zu geben.

Sonntag, den 13. April, vormittags 10 Uhr, bei Wetzel, Wrangelstr. 130:

Morgensprache der Schraubendreher.

Zahlreichen Besuch erwartet 113/15

Die Ortsverwaltung.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 13. April, vorm. 9½ Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27 c:

Beschließende Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum 1. Mai. 2. Bericht der Kartell-Delegierten und Neuwahl derselben. 3. Die Schädlichkeit des Prämien-Systems. — Der Streik bei Altmann u. Co. 4. Gewerkschaftliches. 280/5

Erscheinen Pflicht. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 20. April, nachm. 5 Uhr, in „Raades Festsälen", Kolbergerstr. 23:

Monats-Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen Dr. **Rudolf Steiner** über „Marx und seine Lehren".

Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein mit Tanz.

Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Gebrüder Bell, Gräfrath 23 bei Solingen. Ältestes Fabrikversandhaus am Platze, gegründet 1876.

14 Tage zur Probe mit 5 Jahren Garantie versenden wir franco **Rasirmesser No. 64,** genau wie Zeichnung, aus Silberstahl, fein hohlgeschliffen, fertig zum Gebrauch, echt Hornheft, mit halbbarer imitierter Goldeinlage und Etuis, damit sich Jeder (ohne Risiko) von der Güte und Qualität überzeugen kann. Besteller verpflichtet sich, in angegebener Zeit das Messer retour oder den Betrag von **nur Mark 2.00** einzusenden. — Sollte aufgeführte Nummer Ihren Wünschen nicht entsprechen, so verlange man neuesten Hauptcatalog für's Jahr 1902 ganz umsonst und portofrei ohne Kaufzwang. Derselbe enthält große Auswahl in Rasirmessern, Rasirutensilien, Haarmaschinen, Taschen-, Tafelmessern und Gabeln, Damen-, Haar- und Schneiderscheren, Reben- oder Gartenscheren, Sensen, Gärtnermessern, Brod-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- und Wiegemessern, Uhren, Uhren- u. Halsketten, Broschen, Ringen, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcken, Fernrohren, Feldstechern, Schuß- und Stichwaffen, Musikinstrumenten und sonstigen Schmuck- und Haushaltungsartikeln 2c. 2c.

Mit beliebigem Namen in Goldschrift verziert 10 Pfg. mehr.

Von aufgeführtem Rasirmesser wurden von uns circa 40,000 Stück in kurzer Zeit versandt.

Mehr wie ein Stück versenden nur gegen Nachnahme. — Bitten genau auf unsere Firma zu achten.

Staunen erregend

ist der tadellose Sitz, die gute und saubere Arbeit, sowie die chice Form meiner Fabrikate, welche nicht zu vergleichen sind mit der überwiegend gebotenen Schleuder-Konfektion, sondern vollständigen **Ersatz für Maassarbeit** bieten.

— Streng feste Preise. —

Sommer-Paletots

einreihige Form, mit verdeckter Knopfleiste, Rückennaht und Schlitz, von **Covert-Coat** oder **Cheviot** in allen modernen Farben, teilweise auf Seide gearbeitet, elegant und tadellos sitzend, **18, 20, 22,50, 25, 30, 35, 40** u. **45** Mk.

Havelocks in **wetterfesten Loden** ohne Aermel, mit voller, vorn ganz abgefütterter Pelerine und Taillenriegel, **8,50, 10,50, 12, 15, 18, 20, 25, 30** u. **35** Mk.

Wasserdichte Gummimäntel, zweireih. Ulsterform mit Sammetkragen, angewebtem karriertem Futter u. Gummi-Zwischenlage, olive, marengo oder schwarz, **25** u. **30** Mk.

Radfahrer-Anzüge in Jackett- oder Faltenjoppen-Form **15, 17,50, 20, 25** u. **30** Mk.

Carl Stier, Berlin SO., Oranienstr. 168. Potsdam, Nauenerstr. 23.

Gottlieb Weiss

SCHÖNEBERG · 151 · Hauptstr 151 ·

Special-Haus größten Maßstabes.

Selten günstige Kaufgelegenheit!

Frühjahrs-Anzüge, neueste Schnittformen, viele neue Muster **jetzt** 18.–, 15.–, **12** Mk.

Frühjahrs-Anzüge, nur solide Qualitäten, hervorragende Neuheiten **jetzt** 30.–, 27.–, 23.– **18** Mk.

Frühjahrs-Anzüge, Ersatz für Massarbeit . . . **jetzt** 36.–, 30.–, **24** Mk.

Rock- u. Gehrock-Anzüge, schwarz, blau u. in den neuest. Melangen **jetzt** 36.–, 30.–, 27.– **21** Mk.

Vornehme Mass-Anfertigung!

Hosen nach Mass 18.–, 15.–, 12.–, **5.50** Mk.

Anzüge nach Mass 58.–, 50.–, 45.–, 30.– **22.00** Mk.

Paletots u. Raglans nach Mass 45.–, 40.–, 36.–, 25.–, **20.00** Mk.

Feste Preise. – Nur eignes Fabrikat u. ausschliesslich solide Schneiderarbeit.

Frühjahrs-Paletots, ganz neue Schnittformen, **jetzt** 18.–, 16.–, **14.00** Mk.

Frühjahrs-Paletots, Ersatz für Mass, streng reell u. neueste Muster **jetzt** 26.–, 20.–, **18.00** Mk.

Frühjahrs-Beinkleider, neue Muster **jetzt** 9.–, 7.–, **3.30** Mk.

Jünglings- und Knaben-Anzüge neue Modelle, feste Stoffe, 12.–, 9.–, 6.–, **3.30** Mk.

Reisszeuge

und einzelne Teile derselben findet man nur in ganz vorzüglicher Auswahl, gediegener Ausführung und zu billigsten Preisen in dem Special-Geschäft für Präcisions-Optik von

Ernst Riek, Inh. Carl Buttendorff,
Berlin N., Weinbergsweg 15b,
zweites Geschäft vom Rosenthaler Thor.

Bitte genau auf Firma u. Hausnummer **15b** achten.

Reisszeuge f. Schüler z. M. 1,25, 2,00, 3,00, 4,00 bis 8,00, für Techniker z. M. 5,00, 6,00, 8,00, 10,00, 12,00, 15,00, 20,00 bis 40,00. Kostenlose Untersuchung der Augen und genaues Anpassen der Brillen oder Pincenez nach Kopf- oder Nasenform. – **Brillen** v. M. 1,00, **Pincenez** von M. 1,25 an.

Kenner Rauchen

Zenith-

Cigaretten.

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an, Knabenhüte „ 0,75 „

Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres **Schirme** zu außergewöhnlich billigen Preisen. **Mützen. Krawatten.** [3724Q*

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße.

„Teufelssee" In den Müggelbergen. **„Marienlust".**
Inhaber: **C. Streichhahn.**
Empfehle beide Lokale mit großen **Sälen** und **Gärten,** jedes circa 3000 Personen fassend, mit **Dampferbrücken, Stallungen** für 40 Pferde 2c.

Zwei große schöne Vereinszimmer mit Pianino empfiehlt Paul Lipsin, Warschauerstraße 61. †46*

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros — Schneidermeister — en détail

Dresdenerstr. 4, am Kottbuser Thor. | **Hauptstraße 143,** Schöneberg.

Telephon Amt IV 447. | Telephon Amt IX 5950.

Sommerpaletots	von Mk. 13,50 an	Beinkleider	von Mk. 5 an
Gehrock-Anzüge . . .	27 „	Jünglings-Anzüge . . .	12 „
Rock-Anzüge	23 „	Knaben-Anzüge	3 „
Jackett-Anzüge . . .	15 „	Berufskleidung für jedes	Gewerbe.

Anfertigung nach Maass

in elegantester Ausführung unter meiner persönlichen Leitung. 3703Q*

Grosse Auswahl in deutschen, englischen u. französischen Stoffen.

Streng feste Preise.

PAGLIANO-SYRUP

Blutreinigungsmittel

Hergestellt seit dem Jahre 1838 von Prof. **Girolano Pagliano, Florenz,** via Pandolfini (Italien).

Niederlage für Deutschland: **Karl Hunnius, München.**

Vor Fälschungen und Nachahmungen wird gewarnt.

Jede Flasche soll unsre Fabrikmarke mit dem Namenszug des Prof. Girolamo Pagliano tragen, welche seit dem 12. Dezember 1895 beim Kaiserlichen Patentamte in Berlin eingetragen ist. 7/5*

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

⅓ Morgen an drei Straßen, gute Geschäftslage, passend für Schlosser, Klempner, Barbiere, Cigarrenmacher, ¼ Stunde vom Bahnhof, 1600 Mark. Joers, Zepernick, Stettiner Bahnhof.

Laubenkolonisten. Bauverein, 57 Morgen, a 3,50—4 Mark Rutz, günstige Bedingungen, in Dabendorf bei Zossen, Potsdamer Vorortbahnhof, verkauft Hermann, Blumenstraße 79. 1794b*

60 Waldparzellen, nahe am See, hundertjähriger Hochwald, Quadratrute 12 Mark, verkauft bei kleiner Anzahlung Pflaumbaum, Hermsdorf, Lindenstraße 15. 1101R*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 1030R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen verkauft von 25,00 Mark an B. Lewkowitz, Alexanderstraße 22.

Anzüge und Paletots nach Maß von 30,00 Mark an, wer Stoff hat 25,00 Mark. B. Lewkowitz, Alexanderstraße 22. 1102R*

Herren-Anzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. Kurzberg, Landsbergerstraße 13, parterre. 1107R*

Teppiche, gute Qualität, kleine Webfehler, alle Größen, spottbillig. Fritz Stoehr, Münzstraße 17. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 111/7*

Teppiche. Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoiruhren, Regulatoren, spottbillig, Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. [*

Bettfedern. Pfund von 45 Pf an, echt chinesische Mandarinendaunen Pfund 1,90. Fabriklager Landsberger-Allee 37, I. 1099K*

Kanarienroller, 6,00. Vorschläger, Zuchtweibchen 1,00. Schmidstraße 31.

Kanarienhähne und Weibchen, Prima-Zuchtmaterial, Köpnickerstraße 154a, IV. r. 7386

Möbelmagazin liefert Möbel, Teppiche, Gardinen auf Teilzahlung unter sehr coulanten Bedingungen. Abzahlungen auf Jahre hinaus verteilt. Meyer, Invalidenstraße 38, an der Chausseestraße. 1104R*

Möbelspeicher Sebastianstraße 81, Römer. Auch Teilzahlung. 1650b*

Stühleverkauf, billig, Stuhllager Haack, Kottbuserstraße 4. 1675b*

Teppiche mit Farbenlehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †87*

Nähmaschinen, spottbillig, Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 17/12*

Strickmaschinen, auch auf Teilzahlungen, Gustav Brederek, Engel-Ufer 20. 18/1*

Für Laubenbauer: Spalierleisten, Dachpappen, Bretter, Dachlatten, sowie sämtliche Baumaterialien, Charlottenburg, Bismarckstraße 89 (Platz).

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 116/1*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Paneelsofa mit Paneelbrett, 50 Mark, verkauft, Lintenstraße 137 I rechts. 144/4

Die fertigen Anzüge sind so billig und ich kann keinen solchen brauchen, sie passen mir nicht. Wo könnte ich einen Maßanzug bekommen im Preise der Lageranzüge, jedoch nach Maß? Antwort: In der Fabrik moderner Herrenbekleidung, Turmstraße 85. *

Vorortparzelle. 600 Mark, verkauft bei halber Anzahlung Bunge, Schiffbauerdamm 37. 1863b

Schankgeschäft, anschließende Wohnung, umständehalber sofort sehr billig zu verkaufen Wiclefstraße 47. †83

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, sofort. Otto, Mauerstraße 84. 1861b

Herrenrad, Damenrad, jeden Preis. Schönhauser Allee 177a, Hof parterre. 116/13

Destillation billig zu verkaufen Oranienburgerstraße 31. 1860b

Restauration zu verkaufen. Rostockerstraße 40. 1855b*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Postkarte genügt. Landsbergerstraße „82". Köpnickerstraße 60/61. †89*

Kleiderstoffe an selbständige Leute auf Teilzahlung. Beck, Krautstraße 10. Postkarte. 1850b

Tuchstoffreste Aachener Fabrik, für Herrenanzüge, spottbillig. Hohensteinweg 15. 1842b

Malsdorf Bahnhof, Eckbaustelle verkauft Auslandreise wegen billig Böhm, Neue Hochstraße 6, Quergebäude parterre. 1864b

Cigarrengeschäft 600, Miete 800 mit Wohnung verkäuflich Schwedterstraße 18. †61

Bilder in modernen Rahmen spottbillig, auch Teilzahlung, ohne Preiserhöhung. Danzigerstraße 13, vorn I.

Vermischte Anzeigen.

Danksagung. Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme sage ich allen Verwandten, Bekannten und Freunden meines geliebten Mannes, des Metalldrückers Franz Bröcker, insbesondere den Herren Kollegen der Firma Schuster und Bär, sowie den Herren Kollegen der Firma Sommerfeld, sowie den Herren des Ortsvereins der Klempner und Metallarbeiter I meinen innigsten Dank. Witwe Marie Bröcker. 1859b

Lesehalle eröffnet, Lesen 5 Pfg. Chausseestraße 121. 1710b*

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße dreiundsechzig. Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung. 1774b*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Stegliterstraße 65. 1692b*

Steuerberufungen, Gnadengesuche, Strafaufschub, Invalidensachen, Unfallsachen, Alimentensachen, Klagen. Rechtsbureau Neue Schönhauserstraße 18. 116/10*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 1029R*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen für 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59, III. 1833b*

Pfandscheine, Bücher kauft Leihhaus Elsasserstraße 59 I. 143/3*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Daselbst können auch Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Vivisektion bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Metallbruch aller Art kauft Broderick, Oppelnerstraße 16. †27*

Gold, Silbersachen, Platin, Zahngebisse kauft Schmelzerei Brunnenstraße 137. 1704b*

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein Weiß- und Bayrisch-Bier-Lokal. Saal, Vereinszimmer, passend zu jeder Festlichkeit, sind noch einige Tage in der Woche zu vergeben. Hoffmann, Pasewalkerstraße 3.

Steuerberufung! Ehescheidungs-, Unfallsachen! Raterteilung, Linienstraße 36. [144/6

1 Mark kostet Uhr reinigen oder Feder einsetzen bei Uhrmacher F. Meißner, Skalitzerstraße 23, Ecke Mariannenstraße. 1847b

Sommer-Kegelbahn, zwei, nach frei, Neue Königstraße 7. 144/5

Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich das Restaurant Schweizerhäuschen, Sellerstraße 5, übernommen habe. Großes Vereinszimmer und Kegelbahn in vollständig renoviertem Zustande, noch einige Tage zu vergeben. Um freundlichen Zuspruch bittet Otto Niederstraß, Sellerstraße 5. †72

Laubenland, Elsenstraße 106—110, verpachtet Lutterloh, Cuxhavenstraße 21.

Platina, Gold, Silber, Zahngebisse, alte Uhren, kauft Brod, Wrangelstraße 4. 19/5

Vermietungen.

Wohnungen.

Laden nebst Wohnung und Zubehör, für jedes Geschäft passend, sofort zu vermieten. Schöneberg, Ebersstraße 36. 1791b

Schlafstellen.

Schlafstelle Ritterstraße 110 bei Burdak. 1852b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky, Stallingenstraße 4. †83*

Binder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser. *

Stellenangebote.

Zwei Kordmachergesellen finden dauernde Arbeit auf grün, eckig. Heinrich, Groß-Lichterfelde, Verlängerte Wilhelmstraße 31. 1113R*

Klempner-Lehrling verlangt Lehrterstraße 41. 1782b*

Goldarbeiter, mit etwas Geld als Associé gesucht. Offerten sub S. 3 an Expedition des „Vorwärts".

Goldleisten, jüngerer Einpacker per sofort verlangt. Kottbuser Damm 100. 1865b

Belegerin sucht Bartheis, Michaelkirchstraße 17. 1854b

Mädchen für Alles (nicht unter 20 Jahren) für kleinen Haushalt nach Brighton in England gesucht. Familie besteht aus Mann, Frau und einem sechsjährigen Mädchen. Kein anderer Dienstbote. Fahrgeld (Eisenbahn und Dampfer) wird bezahlt. Gute Kost, viel Ausgehezeit, leichte Stellung. Kenntnis des Englischen nicht erforderlich. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Z. 3 befördert die Expedition des „Vorwärts". [1114R*

Korsettarbeiterinnen außerm Hause finden dauernde Beschäftigung. Max Moses, Klosterstraße 91. [10/4

Ältere Frau fürs Kind. Schlesischestraße 14, Quergebäude I, Schulz.

Lehrdamen, B. Kunsede Nachf., Borsig, Ecke Tiefstraße. 1836b

Kartonarbeiterin. geübte, verlangt Kuders Nachfolger, Adalbertstraße 7. 1826b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Es wird ein fähiger und rentinierter

Werkführer

für eine **Leisten- und Rahmenfabrik** in **Galizien** gesucht.
Offerten unter **P. 3** an die Expedition dieses Blattes. 1788Q*

Achtung! Achtung!

Modelltischler!

Von der **Union, Elektricitäts-Gesellschaft, Moabit,** sowie von der Firma **Ludwig Löwe, Maschinenbau, Eckert,** Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, **Friedrichsberg,** und **Schrepp,** Berliner Modellfabrik, Kastanien-Allee, **Jachmann,** Eisengießerei, verlängerte Huttenstraße, sind sämtliche Modelltischler ausgesperrt. Den Modelltischlereien **Kurzholz,** Oranienstr. 25, **Dietrich,** Chausseestraße 52, und **Garbe,** Wasserthorstraße 50, **Adam Heyl,** Hermannstraße 24, sind Aufträge aus der „Union" zugegangen.

Zuzug fernhalten!

Solide Drahtweber

4—6, welche saubere Arbeit liefern, und

2 tüchtige Siebmacher oder **Drahtarbeiter** — auch solide — finden sofort Stellung. 13/19*

Magdeburg. **C. L. Kletzky.**

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 11. April 1902.

In öder Einförmigkeit gleicht ein Börsentag dem andern. Die Reaktion gegen den fröhlichen Kursauftrieb der Vor-Faschingszeit greift immer weiter um sich und in müder Resignation schleppt sich der Geschäftsverkehr fort. Die durch die stimmungsvollen Jahresabschluß-Verkündigungen der Finanzautoritäten entfachte und durch die Berichte eines Teiles der Handelspresse über Verbandsbildungen, Preisheraufsetzungen und Ordre-Einläufe verstärkte Zuversicht, daß der Tiefpunkt der Krise schon im September vorigen Jahres überschritten sei und es demnach kein Abwärts, sondern nur noch ein Aufwärts geben könne, weicht mehr und mehr einer skeptischen Auffassung der industriellen Lage, und wenn auch noch immer recht viele nicht an die Möglichkeit einer amerikanischen Krise und eines durch sie dem deutschen Eisengeschäft drohenden erneuten Rückschlages glauben wollen, macht sich doch das Gefühl einer gewissen Unsicherheit geltend über das, was kommt: ein Gefühl, zu dem die schwankende, im ganzen aber doch ziemlich matte Haltung der fremden Börsen nicht wenig beiträgt.

Kaum waren selbst für beste Industriepapiere in den letzten Tagen Gebote zu finden, und mehrfach konnten auch für leitende Werte erste Kurse nicht festgestellt werden. Vielleicht wäre es besser, wenn an Stelle der Geschäftsstille, dem Hangen und Bangen, das ja nicht nur den Verkehr an der Börse lähmt, sondern auch auf die industrielle Unternehmungslust im Lande hemmend zurückwirkt, ein energischer Kurssturz trete, nach dessen Verlauf sich dann wieder eine neue Bahn für geschäftliche Operationen öffnete. Aber einem solchen größeren Kursfall stemmt sich sowohl die Hochfinanz, die bei der Durchführung der von ihr in Angriff genommenen mannigfachen Finanzgeschäfte derartige Störungen nicht gebrauchen kann, als auch das Interesse der großen Industriegesellschaften entgegen, die möglichst die Kurse zu halten suchen. Und da es andrerseits fast gänzlich an Nachfrage fehlt, denn auch die Kontermine ist in den Wochen des forcierten Vorwärtsstürmens durch die Hausse-Spekulation dermaßen überrannt worden, daß von ihrer Seite größere Deckungskäufe ausbleiben, so ist natürlich das Endergebnis eine allgemeine Stagnation.

Am schärfsten drückte auch in der vergangenen Woche wieder die Geschäftsunlust auf den Montanmarkt, der zudem noch durch die Meldung aus dem Ruhrrevier deprimiert wurde, daß verschiedene der dem Kohlensyndikat angeschlossenen Zechen nur in dem Fall im Syndikat verbleiben wollen, wenn die heute noch außerhalb desselben stehenden Zechen ebenfalls beitreten, sowie durch die Nachricht, das Hasper Eisenwerk und der Hörder Bergwerksverein würden keine Dividenden ausschütten. Abgesehen von den Aktien dieser beiden Unternehmungen haben am Montag, Dienstag und Mittwoch an leitenden Werten vornehmlich Consolidation, Bochumer Gußstahl, Gelsenkirchener Gußstahl, Laurahütte, Bismarckhütte, Hibernia und Harpener Bergbau ansehnliche Kurseinbußen erlitten, die durch die gestrigen und heutigen Kursbesserungen, zu denen Herrn v. Thielens seltsam-gedankentiefe Rede am Mittwoch im Abgeordnetenhause und die Befestigung der Londoner Börse infolge neuer Friedensnachrichten den Anlaß boten, nur zum Teil wieder ausgeglichen worden sind.

Daß der Herr Minister alle Baukredite, die nach seiner Angabe am 1. April ungefähr eine halbe Milliarde Mark betrugen, möglichst auszunutzen gedenkt und alsbald überall mit Eisenbahn-Bauausführungen beginnen lassen will, werden ihm weder die Börse, noch die Eisenindustriellen verdenken, zumal wenn er bereit ist, letzteren profitable Preise einzuräumen. Und mehr auf diese realere Perspektive, als auf die ministerielle Prophezeiung, daß die wirtschaftliche Depression bald zu Ende sein werde, ist denn auch das gestrige Anziehen der Montanwerte zurückzuführen, denn Herr v. Thielen hat, wie seine Eisenbahnetats-Aufstellung beweist, wenig von der Fähigkeit des Voraussehens abbekommen; hat er doch für das abgelaufene Jahr die Einnahmen um 55 Millionen Mark höher angeschlagen, als sie nach vorläufiger Berechnung betragen. Vielleicht ist es gerade diese seine specielle Urteilsfähigkeit, die ihn in der betreffenden Sitzung zu seinem höhnischen Ausfall gegen die Propheten bestimmt hat, „die schon im Anfang des Jahres 1901 von einer großen Krisis gesprochen haben". Jedenfalls rechnet der Herr Minister zu diesen Schwarzsehern auch den „Vorwärts", der nicht erst 1901, sondern schon 1899 und besonders in seiner Uebersicht über das Wirtschaftsjahr 1899 anfangs Januar 1900 von den Anzeichen der bevorstehenden Krise spricht. Solche nüchterne Beurteilung mag dem optimistischen Gemüt des Herrn v. Thielen wenig zusagen, sie hat aber den Vorteil, daß sie durch die folgenden Zeiten bestätigt worden ist, gerade wie für die Berechtigung unsrer abfälligen Kritik der Kurstreibereien im Januar und Anfang Februar die jetzige Börsenmisère den Beweis liefert.

Noch geringer wie auf dem Montanmarkt waren — relativ genommen — in letzter Woche die Umsätze auf dem Bahnen-, Banken- und Schiffahrtsaktienmarkt; aber während Bahn- und Schiffahrtsaktien ihren Kursstand im ganzen zu behaupten vermochten, haben zum Teil die Aktien der großen Kreditbanken, vornehmlich die Berliner Handels- und die Diskonto-Kommandit-Anteile, mehrprozentige Kursabstriche erlitten. Auch deutsche und ausländische Fonds lagen zumeist recht still. Die Umsätze auf diesem Gebiete beschränkten sich fast ausschließlich auf die neue russische Anleihe.

Während in Deutschland die Berichte aus dem rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenrevier immer trüber klingen — zum Teil handelt es sich übrigens zweifellos um Uebertreibungen zur Erreichung irgend welcher noch nicht klar zu durchschauender Zwecke, besonders haben die neuerlichen Lamentationen des Zechenblatts, der „Rhein.-Westf. Ztg.", ein recht verdächtiges Aussehen — von freiwilliger Erhöhung der Förderungseinschränkung, Aufhäufung der Lagervorräte, Einlegung weiterer Feierschichten, Lohnherabsetzungen usw. berichtet wird und die Hoffnungen auf einen größeren Absatz von Eisen-Baumaterialien sich bisher wenig realisiert haben, da sich nur erst in wenigen Großstädten, am meisten noch in Berlin, das Baugeschäft wieder zu regen beginnt, nimmt in den Vereinigten Staaten von Amerika nach den Angaben der dortigen Fachpresse die „Eisen- und Stahlnot" noch immer zu. Wie es heißt, sind die amerikanischen Stahlfabriken nicht im stande, das für den Umbau der New Yorker Endbahnhöfe der New Yorker Centralbahn erforderliche Stahl-Baumaterial rechtzeitig zu liefern, so daß wahrscheinlich die Bahngesellschaft sich dazu gezwungen sehen wird, einen größeren Teil dieser Materialien im Ausland zu bestellen. Und vom „Iron Age" wird der Ankauf von 300 000 Tonnen Bessemer Roheisen durch den Stahltrust gemeldet; ferner sollen von verschiedenen Walzwerken Stahlankäufe im Auslande gemacht sein. Zugleich wird, obgleich Schwab in seiner im vorigen Wochenbericht erwähnten Unterredung mit dem Korrespondenten der „Köln. Ztg." als eine der wichtigsten Aufgaben des Stahltrustes erklärte, die Eisenpreise nicht weiter emporschnellen zu lassen, von neuen Preiserhöhungen für Guß- und Baueisen, sowie für Eisenband berichtet. Danach könnte es scheinen, als sei vorerst noch an eine Krise in der amerikanischen Eisenindustrie nicht zu denken, aber ganz abgesehen davon, daß noch stets vor dem Ausbruch einer Krise die wirtschaftliche Situation als besonders günstig geschildert wurde, kommt bei den amerikanischen Verhältnissen in Betracht, daß dort die Masse der Bestellungen noch weniger als Anzeichen des „Bedarfs" gelten kann, wie anderswo. Entgegen der noch vor zwei, drei Jahren vielfach geäußerten Ansicht, die Begründung großer Trusts bedeute eine Anpassung der Produktion an den Bedarf, die Ermöglichung einer besseren Uebersicht über den Markt, hat vielmehr das Trustwesen zu einer völligen Verwirrung der Marktverhältnisse geführt. Schon beim Ausbruch der gegenwärtigen Krise in Deutschland stellte sich heraus, daß die Syndikats- und Ringbildungen nicht nur durch ihre willkürlichen Preisfestsetzungen und speciell durch den Druck auf ihre Abnehmer, ihre Bestellungen jahrelang vor den Lieferungsterminen aufzugeben, die Uebersicht über den Markt noch mehr erschwert und zur Aufstapelung großer Vorräte Veranlassung gegeben hatten, sondern, daß auch ihr Drängen auf Abnahme der ihnen früher in Auftrag gegebenen Mengen nach dem Umschlag der Konjunktur eine schnelle Anpassung der Produktion an die Marktlage verhinderte. Noch verzwickter aber liegen die Verhältnisse in Amerika. Die Leiter der bestellenden Trusts und Gesellschaften sind nicht selten auch zugleich die Leiter der liefernden Trusts und Gesellschaften und haben als solche ein Interesse daran, möglichst viele verschiedenartige Arbeiten ausführen zu lassen und die Lieferungen möglichst auszudehnen, denn je günstiger sich der Gewinnüberschuß der liefernden Gesellschaft stellt, je höher stellt sich auch ihr Anteil. Die Folge ist eine künstlich forcierte Geschäftigkeit, eine immer weiter treibende Steigerung der Bestellungen über den Bedarf hinaus. Wohin dieses „Wirtschaften" schließlich führen muß, ist kaum fraglich; aber, wie die Geschichte der Krisen lehrt, bedarf es zur Bewirkung des Umschlages eines plötzlichen, das wirtschaftliche Leben erschütternden Anstoßes, und obgleich es in den letzten Monaten schien, als zöge ein Gewitter herauf, klärte sich der wirtschaftliche Himmel immer wieder auf. Jetzt zeigen sich wieder Gewitterwolken: der Goldexport nach Europa setzt wieder ein, die Bankreserve hat beträchtlich abgenommen, die Geldanspannung steigt und hat zur Erhöhung des Diskonts auf 7 Proz. geführt, und dazu kommt, daß die gegenwärtige unsichere Situation an der Effekten- wie auch an der Baumwollbörse zur Inscenierung großer Haussemanöver benutzt wird. Wird sich wieder der Horizont aufklären?

Tat.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Reinickendorf. Am Mittwochabend 8½ Uhr findet die ordentliche Mitgliederversammlung für diesen Monat bei Meinhardt, Hauptstr. 51 statt. Am Sonntag finden die Zahltage im Westen bei Kluge und Engel, im Osten in der Taune, bei Händel und Klähn, für Wilhelmsruhe bei Apel von 10—12 Uhr vormittags statt. Die Parteigenossen werden die Gelegenheit wahrnehmen, ihre Pflicht der Partei gegenüber zu erfüllen.

Treptow-Baumschulenweg. Wie bekannt, findet die Stichwahl am nächsten Dienstag von 3—8 Uhr im Paradiesgarten statt. Arbeiter, Parteigenossen, macht Freunde, Bekannte und Arbeitskollegen, besonders die, welche verzogen sind, hierauf aufmerksam. Scheut nicht das Opfer, welches die Beteiligung an der Wahl erfordert, denn Jahre werden voraussichtlich vergehen, ehe wieder eine Wahl stattfindet. Tretet am Dienstag Mann für Mann an den Wahltisch und stimmt für den Kandidaten der socialdemokratischen Arbeiterpartei F. Karow. Morgen Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt früh 8 Uhr bei Staffeld, Baumschulenstr. 84.

Rummelsburg. Mittwochabend 8½ Uhr findet bei Schumann Kietz, Neue Prinz Albertstraße 70/71, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Näheres siehe Annonce in der Sonntags-Nummer.

Lokales.

Die Berliner Volksküchen

haben im letzten Jahre die Wirkungen der in Berlin herrschenden Arbeitslosigkeit nicht weniger als andre Unternehmungen ähnlicher Art zu spüren bekommen. Die Zahl der in den Volksküchen verkauften Portionen, die schon seit längerer Zeit im Rückgange war, hat sich noch weiter verringert. Im Jahre 1900 waren 1 141 216 Portionen verkauft worden, im Jahre 1901 wurden nur noch 1 091 346 Portionen verkauft. Die Abendportionen stiegen von 302 513 auf 347 552, aber die Mittagsportionen gingen von 838 703 auf 743 794 herunter. Im allgemeinen sind es die teureren Portionen, die im letzten Jahre seltener als im vorhergehenden verlangt wurden, zumal da für diese gegen Schluß des vorletzten Jahres noch der Preis erhöht worden war. Zu Mittag waren im Jahre 1900 noch 152 424 Portionen zu 25 Pf. bezw. vom 1. Oktober 1900 ab zu dem erhöhten Preise von 30 Pf. verkauft worden. Im Jahre 1901 verminderte sich der Absatz der Portionen zu 30 Pf. auf 112 320. Von den Mittagsportionen zu 15 Pf. bezw. vom 1. Oktober 1900 ab zu dem erhöhten Preise von 20 Pf. hatten die Volksküchen im Jahre 1900 noch 392 514 Stück verkaufen können. Das Jahr 1901 brachte hier einen Rückgang auf 288 661. Zugenommen hat dafür der Verbrauch der billigeren Portionen zu 10, 5 und 3 Pf. Bei den Abendspeisungen stieg der Verkauf der Portionen zu 15 Pf. von 71 781 auf 78 418, während die Portionen zu 10 Pf. von 67 596 auf 59 262 zurückgingen. Die billigeren Abendportionen zu 6, 5 und 3 Pf. hatten durchweg eine bedeutende Zunahme. Der Vorstand des Volksküchen-Vereins geht in seinem Jahresbericht für 1901 auf die Ursachen dieser Verschiebungen mit keinem Worte ein. Dagegen verbreitet er sich wieder ausführlich über die noch immer fortdauernden Schwierigkeiten, die den Volksküchen aus der herrschenden Wohnungssteuerung erwachsen sind. An dem einträglichen Geschäfte des Mietesteigerns hat sich diesmal auch der Eisenbahnfiskus beteiligt, der dem Verein für die Volksküche unter „Bahnhof Börse" jetzt pro Jahr 800 M. Miete mehr als bisher abnimmt. Von den Küchen, die in den letzten Jahren meist wegen der unerschwinglichen Höhe der Mieten geschlossen werden mußten, hat vorläufig noch keine wieder eröffnet werden können. Seit nun fünf Jahren ist namentlich der ganze Norden der Stadt ohne Volksküche. Gegenwärtig bestehen nur noch acht Volksküchen, halb so viel wie vor fünf Jahren. — In Zeiten der Wohnungssteuerung und der Arbeitslosigkeit, wie wir sie jetzt haben, zeigt sich recht deutlich, daß die Aufgabe, der ärmeren Bevölkerung die Beschaffung billiger Nahrung zu ermöglichen, von den Volksküchen nur innerhalb sehr enger Grenzen gelöst werden kann. Die Berliner Volksküchen haben wiederholt versagt, sobald infolge von Mietesteigerungen die Betriebskosten zu groß oder infolge von allgemeiner Arbeitslosigkeit die Einnahmen zu gering wurden.

Die brave „Staatsbürger-Zeitung" klagt über Mangel an Socialpolitik in der Berliner Stadtverwaltung und kommt dabei auch auf die städtischen Volks-Bade-Anstalten und deren Eintrittspreise zu sprechen. Sie erwähnt eine vor längerer Zeit den städtischen Behörden zugegangene Petition um Herabsetzung der Eintrittspreise und glaubt die Gelegenheit wieder einmal zu einer Anrempelung des „Vorwärts" benutzen zu können. Jene Bitte um billigere Bäder ging aus von den — Besitzern und Pächtern privater Bade-Anstalten. Dieser Umstand, der für die Beurteilung der Absichten der Petenten von Bedeutung ist, wird von der „Staatsbürger-Zeitung" vorsichtig verschwiegen. Die Herren hatten mit Schrecken bemerkt, wie die Berliner Bevölkerung sich immer mehr von den privaten Bade-Anstalten abwandte und in die städtischen Bade-Anstalten lief. Um der Verminderung ihres Kundenkreises Einhalt zu gebieten, verfielen sie nicht etwa auf den Ausweg, ihre eigenen Anstalten in hygienischer Beziehung auf die Höhe der städtischen Anstalten zu bringen oder ihre Eintrittspreise durch entsprechende Ermäßigung denen der städtischen Anstalten gleichzumachen, sondern sie verlangten, daß die Stadt in ihren Anstalten noch weiter mit den Preisen heruntergehe. Dieser Wunsch verdient an sich vollsten Beifall und Unterstützung, aber man wird uns zugeben, daß das Verfahren der Bade-Anstalts-Inhaber eigentlich das genaue Gegenteil von dem ist, was man sonst aus wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfen kennt. Die „Staatsbürger-Zeitung" stellt nun die Sache so dar, daß ihre Leser den Eindruck gewinnen müssen, der „Vorwärts" habe zu jener Petition die „Befürchtung" geäußert, die städtischen Volks-Bade-Anstalten würden bei mäßigeren Preisen zu Armenbädern herabsinken. Selbstverständlich haben wir damals nur den Standpunkt der Bade-Anstalts-Inhaber dargelegt und haben gezeigt, daß diese sich bei ihren eigenartigen Verbilligungsbestrebungen von der stillen Hoffnung leiten lassen, die städtischen Bade-Anstalten würden bei billigeren Preisen in den Ruf von Armenbädern kommen und dann von vielen gemieden werden. Ein Kommentar zu dem Verdrehungskunststück, das sich das Blättchen da geleistet hat, ist überflüssig!

Städtischer Bureaukratismus. Zu unsren gestrigen Meldungen über die Arbeiterbehandlungen in der Gasanstalt Danzigerstraße teilt uns das socialdemokratische Mitglied der Gasdeputation mit: Der Platzmacher Steffen war nicht berechtigt, an die Arbeiter der Gasanstalt das Ansinnen zu stellen, daß sie, um den vierwöchentlichen Zuschuß zum Krankengeld zu erhalten, sich mit einer Bitte an den Direktor zu wenden hätten; sie brauchten vielmehr nur mündlich einen Antrag zu stellen. Herr Stadtrat Ramslau als Decernent hat ausdrücklich erklärt, daß ein solcher Antrag durchaus keine Demütigung der Arbeiter in sich schließen soll.

Die Landes-Versicherungsanstalt Berlin eröffnet Mitte April eine Heilstätte für männliche geschlechtskranke Personen in Lichtenberg, Dorfstr. 62/69. Der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt wendet sich an die Aerzte und die Krankenkassen mit dem Ersuchen, die Anstalt bei ihrer neuen Einrichtung zu unterstützen. Er verweist auf die Bedeutung, die eine Anstalt wie die neue Lichtenberger für die Volksgesundheit und die Arbeiterwohlfahrt hat. An die Aerzte richtet der Vorstand die Aufforderung, sie möchten dahin wirken, daß Kranke in geeigneten Fällen um die Aufnahme in die Heilstätte nachsuchen. Sache der Krankenkassen wird es sein, die Ueberweisung von Kranken in die Lichtenberger Heilanstalt dadurch zu fördern, daß sie diesen Kranken diejenigen Unterstützungen gewähren, die sie nach ihren Satzungen ihnen zugestehen dürfen. Noch wichtiger aber wäre es, wenn in den Kassensatzungen alle jene Sonderbestimmungen gestrichen würden, die sich zum Schaden der Kranken bestimmter Art noch vielfach in den Grundsätzen von Krankenkassen finden. Alle Sachkundigen sind darin einig, daß derlei Sonderbestimmungen, als schädlich für die Kassen und ungerecht vom allgemeinen Standpunkte, durchaus zu verwerfen sind. Voraussichtlich wirkt das Vorgehen der Landes-Versicherungsanstalt auch nach dieser Richtung günstig. Vorläufig berücksichtigt aber der Vorstand noch die zeitige Sachlage, insofern er die Krankenkassen für die der Lichtenberger Anstalt überwiesenen Kranken nur so weit in Anspruch nimmt, wie ihre Satzungen dies erlauben. Im einzelnen wird über die Aufnahme folgendes vermerkt: 1. Für die Aufnahme geeignet sind akute Geschlechtserkrankungen jeder Art. 2. Der Antrag, betreffend Aufnahme in die Heilstätte, ist an den Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt Berlin zu richten. Der Vorstand wird über den Antrag nach Einholung eines vertrauensärztlichen Gutachtens entscheiden; 3. Während der Dauer des Heilverfahrens in der Heilstätte wird Familienunterstützung gezahlt; 4. Die Krankenkassen sind zu Ersatzleistungen an die Landes-Versicherungsanstalt nur in den Grenzen ihrer satzungsmäßigen Kassenleistungen verpflichtet. Ist also der Kranke ausgesteuert, so findet das Heilverfahren lediglich auf Kosten der Versicherungsanstalt statt. Wenn ferner die Krankenkasse satzungsmäßig für Geschlechtskranke Krankengeld nicht gewährt, so findet ebenfalls eine Ersatzleistung der Krankenkasse nicht statt. Anträge auf Aufnahme in die Heilstätte können sofort beim Vorstande der Landes-Versicherungsanstalt (Klosterstr. 41) gestellt werden.

Der Magistrat hat gestern beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung den Gastwirt R. Herrmann in der Liebenwalderstraße, als Pächter der Viehhofs-Restauration vorzuschlagen. Herrmann war einer der meistbietenden Submittenten.

Der Verein „Triton" beabsichtigt im Monat September d. J. eine große Ausstellung von Aquarien und Terrarien hier zu veranstalten. Er richtet an den Magistrat die Bitte, ihm aus städtischen Mitteln eine Summe zur Verteilung von Prämien an die Aussteller zu gewähren. Der Magistrat hat beschlossen, bei der Stadtverordneten-Versammlung die Bewilligung von 300 M. zu dem genannten Zweck zu beantragen.

Der Erlaß zur Ausübung des Fanges von Hunden auf Grund der durch die Hundesperre gegebenen Bestimmungen ist gestern dem Deutschen Tierschutz-Verein übermittelt worden; er tritt am heutigen Tage in Kraft. Die gestern erfolgte Bekanntmachung sollte für das Publikum nur als Warnung dienen. Es sei ganz besonders darauf hingewiesen, daß Gastwirte ihre Hunde in den für das Publikum bestimmten Räumen nur angekettet belassen dürfen. Ebenso dürfen Gäste etwa mitgenommene Hunde im Lokal nicht frei umherlaufen lassen. In Uebertretungsfällen werden, auch wenn eine Anzeige seitens des Publikums bei der Polizei erstattet wird, die Tiere ohne weiteres getötet. Hof- und Wachhunde dürfen auf den zu bewachenden Plätzen auch nachts nur dann ungefesselt umherlaufen, wenn der für die Bewachung bestimmte Platz (Hof) nicht unbedingt von den Bewohnern betreten werden muß. Es hat vielfach Ueberraschung hervorgerufen, daß die Dauer der Hundesperre bis zum 24. Juni, also auf nicht 2½ Monate festgesetzt ist. In Wirklichkeit dauert die Sperre genau bis zum Schluß des dritten Monats nach der Internierung des Hundes, der zu dieser Maßregel Veranlassung gegeben. Der Artistenpudel wurde am 24. März in die Tierarzneischule eingeliefert und ist somit am 24. Juni die dreimonatliche Quarantäne-Frist, innerhalb welcher etwaige Racherkrankungen von Hunden vorkommen können, abgelaufen.

Ein verkanntes Genie. Die Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur teilt uns über den Selbstmord eines unglücklichen Mannes folgendes mit: Ueber den Selbstmord eines früheren Schreiblehrers B., welcher sich heute vormittag im Hause Unter den Linden 16 zutrug, berichtet in seiner heutigen Abendausgabe der „Berliner Lokal-Anzeiger". Wir sehen uns veranlaßt, zu den dortigen Mitteilungen hiermit einige Berichtigungen zu geben. B., mit dessen schwieriger Lage wir uns seit einigen Wochen beschäftigten, wurde von uns auf Grund sowohl persönlicher Eindrücke als eingehendster Ermittelungen nicht für einen Schwindler gehalten, sondern für das Opfer einer fixen Idee, an der er seit Jahren litt. Er glaubte, ein unfehlbares Mittel zur Heilung des Schreibkrampfes erfunden zu haben, und setzte, unter Aufgabe seines Berufes als Ingenieur, seit einer Reihe von Jahren alles daran, um seine Erfindung zur Durchführung zu bringen, obgleich diese von sachverständiger Seite als wertlos bezeichnet wurde und sich auch bisher in keiner Weise bewährt hatte. An verschiedene Wohlfahrtseinrichtungen und Persönlichkeiten hatte er sich gewendet und auch vielfach Hilfe gefunden, allerdings nicht die, welche er erbat und welche in der Gewährung größerer Geldmittel auf Durchführung seiner Erfindung bestehen sollte. In der letzten Zeit wurde durch uns versucht, ihn durch Vermittlung von entsprechender Beschäftigung und materieller Unterstützung und durch wohlwollende persönliche Fürsorge in geordnete Verhältnisse zu bringen. Es gelang leider nicht. Der geladene Revolver, den er seit längerer Zeit bei sich führte und mit dem er wiederholt auch an andren Stellen sich zu erschießen gedroht hatte, wenn seine Wünsche nicht erfüllt wurden, diente ihm heute wirklich dazu, seinem Leben ein Ende zu machen.

Großfeuer kam gestern früh um 6¾ Uhr in der Wienerstr. 44 in der Celluloidkammfabrik von Karl Döbbelin aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch und gewann in kurzer Zeit eine solche Ausdehnung, daß innerhalb weniger Minuten nicht nur die Kammfabrik, sondern auch die Möbelfabriken und Comptoire von Riegel u. Co., B. Hartmann mit den Werkstätten in Flammen standen.

Ein Quergebäude mit vielen Betrieben der Holzindustrie bildete ein förmliches Flammenmeer. Als die Feuerwehr telephonisch von dem Brande benachrichtigt wurde, brannte es im II. Stock des Quergebäudes, das keinerlei Wohnungen enthält. Als zwei Löschzüge an der Brandstelle erschienen, hatten die Flammen schon das dritte Geschoß erfaßt. Der leitende Offizier, Brandinspektor Dransfeld, ließ sofort „Mittelfeuer" an alle Wachen melden, worauf in kurzer Zeit 11 Löschzüge zur Stelle waren. Branddirektor Giersberg übernahm die Leitung und ließ sowohl von der Reichenbergerstraße, als auch von der Wienerstraße aus mit allen verfügbaren Kräften vorgehen und mit den Dampfspritzen, die zum Teil auch in der Liegnitzerstraße aufgestellt waren, aus ein Dutzend Schlauchleitungen Wasser geben. Das Feuer war schon zu weit vorgeschritten und hatte an den Vorräten an Celluloid, Benzin, Kamphor und Nutzhölzern gleich reiche Nahrung gefunden, um in kurzer Zeit gelöscht werden zu können. Das dritte und vierte Stockwerk brannte schon nach einer halben Stunde vollständig; etwas später stürzte das Dach zusammen und durchschlug mehrere Etagen. Zum Glück war diese Gefahr rechtzeitig bemerkt worden, so daß niemand dabei verletzt worden ist. Um 8 Uhr brannte auch schon das erste Stockwerk, trotzdem das Fabrikgebäude massiv und neu erbaut ist. Um 9 Uhr stand von dem großen Gebäude nur noch ein fünf Stock hoher massiver Fabrikschornstein, die östliche und westliche Giebelwand. Die östliche Giebelwand ragte frei bis zum Gesims in die Luft empor. Da bei dem starken Ostwinde mit dem Einsturz dieses Giebels gerechnet werden mußte, sperrte die Polizei, die in großer Stärke unter dem Kommando des Polizei-Obersten Krause zur Stelle war, den angrenzenden Bauplatz ab. Auf die Meldung von dem großen Feuer war auch früh der Geh. Ober-Regierungsrat Friedheim für den erkrankten Polizeipräsidenten an der Brandstelle erschienen. Das Quergebäude war gegen Mittag total ausgebrannt. Es muß noch als ein großes Glück bezeichnet werden, daß das Feuer zu so früher Stunde, wo die meisten Werkstätten noch nicht besetzt waren, ausgekommen ist. Als die Arbeiter zur Arbeit kamen, standen ihre Arbeitsstätten schon in Flammen. Der Schaden läßt sich heute noch nicht annähernd übersehen, dürfte aber ein halbe Million Mark übersteigen; da die Abgebrannten sämtlich versichert sind, wird der Verlust für sie nicht allzu groß sein. Leider sind zahlreiche Arbeiter beschäftigungslos geworden, hoffentlich aber nur kurze Zeit.

Eine Meldung vom Abend besagt noch: An der Brandstelle, die fortwährend trotz des schlechten Wetters von einer großen Menschenmenge umlagert wird, ist die Feuerwehr noch unausgesetzt mit zwei Löschzügen thätig. Die Aufräumungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig, weil mit dem Einsturz der Umfassungsmauern gerechnet werden muß. Die Hitze hat dem Mörtel die Bindekraft genommen und das massive Mauerwerk gelockert. Sie war so enorm, daß die stärksten eisernen I-Träger sich gebogen haben und einige schwächere wie Spiralen aussehen. Der Brand hat wieder einmal bewiesen, daß die moderne Bauweise mit eisernen Trägern und gewölbten Decken einem großen Feuer nicht standhalten. Innerhalb einer halben Stunde war der stolze, vollständig massive Bau ein Trümmerhaufen. Bausachverständige mögen sich die Brandstelle einmal ansehen, dann werden sie kopfschüttelnd zugestehen müssen, daß Holzbalken, besonders eichene, weit sicherer sind als diese von Eisen, die nur dazu beitragen, die Einsturzgefahr bei großer Hitze zu erhöhen. Die Brandstelle, auf der es bald hier, bald dort von neuem aufflammt, bildet ein wildes Chaos von krummgebogenen eisernen Trägern und Mauerresten, vermischt mit Asche, Schutt und halbverbrannten Dachbalken. Die Feuerwehr wird abends abrücken und eine Brandwache zurücklassen.

Der vor kurzem in das hiesige Untersuchungsgefängnis übergeführte Frhr. v. Rothkirch und Panthen wird des Betruges bezw. der Unterschlagung beschuldigt. Er war bekanntlich seiner Zeit in Zürich verhaftet worden, weil er in den Verdacht geraten war, in Gemeinschaft mit seiner Geliebten eine Mordthat begangen zu haben. Das hierauf bezügliche Verfahren ist vom schweizerischen Bundesgericht eingestellt worden. Frhr. v. Rothkirch ist aber nach Deutschland ausgeliefert worden, weil er von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen der oben genannten Vergehen in Anspruch genommen wird. Rechtsanwalt Dr. Alfr. Ballien hat für ihn einen umfangreichen Entlastungsbeweis angetreten.

Ein Ueberfall ist auf die Verkäuferin des Kaffeegeschäfts von Klose in der Königsbergerstraße 31 gestern morgen verübt worden. Ueber den Vorfall wird berichtet: Gegen 10 Uhr vormittags betrat den genannten Laden ein junger Mensch, der angab, vom Wirt des Hauses beauftragt zu sein, einige kleine Reparaturen an der Holzverkleidung in dem an den Laden anstoßenden hinteren Zimmer vorzunehmen. Die Verkäuferin Frl. Birry ließ den Mann ohne Argwohn in jenen Raum, in dem er sich allein zu schaffen machte. Einige Augenblicke später glaubte sie einmal dort nachsehen zu müssen. Als sie in die vom Laden nur durch eine einfache Thür getrennte Stube eintrat, ergriff sie der Fremde von hinten, warf sie zu Boden, suchte sie am Schreien durch Zusammenpressen des Mundes zu hindern und würgte sie am Halse so heftig, daß dem Mädchen der Schaum vor den Mund trat. Nun schien er den Versuch zu machen, sie ihrer Barschaft und Wertsachen zu berauben, bemerkte aber im selben Augenblick, daß ein Käufer den Laden betrat. Er ließ schnell von seinem Opfer ab und suchte den Ausgang auf die Straße zu gewinnen, fiel aber beim Rencontre mit dem sich ihm entgegenstürzenden Käufer zur Erde und konnte so festgenommen werden. Nun wollen andre Personen beobachtet haben, daß ein junger Mann, der vor der Thüre stand, im Augenblick der Verhaftung jenes Gewaltsmenschen in verdächtiger Weise die Flucht ergriffen habe. Die überfallene Verkäuferin, die nur leichte Verletzungen am Halse davongetragen hat, ist infolge der ausgestandenen Schrecken krank geworden.

Der Botanische Garten (W, Potsdamerstr. 75) ist, wie uns amtlich mitgeteilt wird, erst am Sonntag, den 20. April d. J., nachmittags von 2—7 Uhr für das Publikum geöffnet.

Schuldlos verurteilt? Der 35 Jahre alte, aus Wohlau gebürtige Musiker Gustav Wirbel aus der Straße am Ostbahnhof 13 geriet im September vorigen Jahres in einer Gastwirtschaft in Streit und soll dabei einem gewissen Schnell mehrere Ohrfeigen gegeben haben. Wegen Körperverletzung angeklagt und zu zwölf Tagen Gefängnis verurteilt, beteuerte er immer noch seine Unschuld. Während er gestern spielte, kam die Aufforderung zum Strafantritt, der heute erfolgen sollte. Als Wirbel um 12½ Uhr nachts nach Hause kam und sie fand, beklagte er sich wieder, daß er unschuldig verurteilt sei. Während seine Frau mit den drei Kindern, von denen das älteste noch nicht 6 Jahre ist, im Bett lag, setzte er sich hin und schrieb folgenden Brief: „Da ich von diesem geehrten Gerichtshof verurteilt bin, wo Herr Gastwirt Schilling und der andre Zeuge ausgesagt, daß ich keine Schuld habe, schließe ich mein Leben. Lieber tot als im Gefängnis." Dann nahm er sein Rasiermesser und schnitt sich den Hals ab. Zu spät nahm Frau Wirbel das Beginnen ihres Mannes wahr. Als die Hausgenossen, die sie dann durch ihre Hilferufe weckte, mit einem Arzte kamen, war er an Verblutung schon gestorben. Die Revierpolizei beschlagnahmte die Leiche und ließ sie nach dem Schauhause bringen.

Straßensperrung. Die Parallelstraße der Königgrätzerstraße auf der Strecke von der Lennéstraße bis zum Brandenburger Thor wird behufs Erneuerung des Asphaltbelages vom 14. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt, ebenso die Große Jungfernbrücke und die Friedrichsgracht von der Scharren- bis zur Spreestraße.

Die Kreuzotern haben sich in den letzten Jahren in den Waldungen des Havellandes ganz bedeutend vermehrt; zur Ausrottung dieser gefährlichen Schlangenart hat der Kreisausschuß für das Osthavelland eine Prämie von 75 Pf. für jede getötete Kreuzotter ausgesetzt. Die Prämien werden von den Amtsvorstehern und den städtischen Polizeiverwaltungen gezahlt, denen der Nachweis der erfolgten Tötung durch Vorlegung der ganzen Kreuzotter oder des nicht zu kurz abzuschneidenden Kopfes zu erbringen ist.

Ein Baumfall ereignete sich gestern vormittag auf dem Neubau Alte Jakobstr. 144. Die Arbeiter sind dort damit beschäftigt, die Cementdecke zu wölben; hierbei muß der Arbeiter Sterf fehl getreten sein, denn er fiel von der zweiten Etage bis in das Parterregeschoß, wo er mit schweren inneren und äußeren Verletzungen aufgefunden wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes durch einen sofort herbeigerufenen Arzt wurde der Verunglückte nach einer Klinik gebracht.

Drei Straßenbahn-Unfälle haben am gestrigen Nachmittag im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn stattgefunden. Der 25jährige Schlächter Oskar Peez, Reichenbergerstr. 23, versuchte an der Ankamer- und Brunnenstraße unmittelbar vor dem herannahenden Straßenbahnwagen 2008 der Linie Kreuzberg—Gesundbrunnen mit einem Geschäftsdreirad die Geleise zu kreuzen. Er bog dabei in einer kurzen Kurve in die Brunnenstraße ein, wobei er das Gleichgewicht verlor, das Rad schlug um, und der junge Mann wurde gegen die Vorderplattform des Straßenbahnwagens geschleudert. Obwohl dieser sofort zum Stehen gebracht wurde, geriet Peez doch vor die Schutzvorrichtung und erlitt eine Kopfwunde und Quetschungen der linken Schulter. Er wurde nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht. Gestern abend gegen ¾7 Uhr lief der Arbeiter Ernst Scheller, Rostockerstr. 22, der sich anscheinend in angetrunkenem Zustande befand, seitlich gegen die Vorderplattform des Motorwagens 2377 der Linie Plötzensee—Spittelmarkt. Der Unvorsichtige wurde bei dem Anprall zur Seite geschleudert und erlitt eine Kopfverletzung. — Einen ernsteren Verlauf nahm ein Unglücksfall, welcher gestern abend um ½9 Uhr in der Schönhauser Allee stattfand. Der Handelsmann Emil Groß, Rheinsbergerstraße 58 wohnhaft, versuchte mit seinem einspännigen Transportwagen, von der Fransecki straße kommend, die Schönhauser Allee zu kreuzen, während ein Straßenbahnzug der Linie Britz—Schönhauser Allee daher kam. Obwohl sich der Motorwagen bereits in unmittelbarer Nähe befand und der Fahrer Warnungssignal gab, trieb Groß sein Pferd noch an, um der Elektrischen zuvorzukommen. So war ein Zusammenstoß unvermeidlich. Das Pferd wurde von der Vorderplattform erfaßt, geriet unter dieselbe und war auf der Stelle tot. Groß, wie auch der auf seinem Wagen befindliche Mitfahrer Paul Kannegießer, die sich beide in angetrunkenem Zustande befanden, stürzten auf den Fahrdamm. Kannegießer erlitt Verletzungen im Gesicht und am rechten Oberschenkel, während Groß mit leichten Kontusionen davonkam. Sie erhielten die erste Hilfe auf der Unfallstation in der Schönhauser Allee.

Der Hosenknopf als Verräter. In der Nacht zum Mittwoch wurde die Buchhandlung von Marquardt in der Jerusalemerstraße 6 erbrochen. Die Einbrecher erbeuteten in einer Kassette ein Checkbuch auf die Deutsche Bank und 270 Mark bares Geld. Die Kriminalpolizei fand bei der Untersuchung des Thatortes zunächst als einzigen Anhaltspunkt nur einen Hosenknopf. Die weiteren Ermittelungen lenkten den Verdacht auf den Hausdiener Klein und den Boten Engelmann, der früher als Geschäfts-Radfahrer bei Marquardt angestellt war. Engelmann war am Dienstagabend in der Verlagshandlung gewesen und hatte angefragt, ob er nicht wieder Beschäftigung erhalten könne. Er und Klein mußten bei dieser Gelegenheit gesehen haben, daß der Geschäftsinhaber entgegen seiner Gepflogenheit die Kassette nicht in seine Privatwohnung mitnahm, sondern im Geschäftsraum in einen Schrank stellte. Es wurde weiter festgestellt, daß Klein am Dienstagabend ausnahmsweise die Rollläden heruntergelassen hatte. Die Verdächtigen bestritten jede Schuld und behaupteten, in jener Nacht um 2 Uhr, als der Einbruch verübt wurde, in einer ganz andern Gegend gewesen zu sein. Demgegenüber wurde ihnen bewiesen, daß sie sich bis kurz vor der Zeit des Einbruchs in einer Schankwirtschaft in der Nähe der Buchhandlung aufgehalten hatten. Dazu kam, daß an den Beinkleidern Engelmanns gerade so ein Knopf fehlte, wie ihn die Kriminalpolizei gefunden hatte. Engelmann, der nicht wußte, daß man den Knopf schon besaß, wollte sich genau erinnern, daß er ihn zu Hause abgerissen und auf eine Kommode gelegt habe. Man that ihm auch den Gefallen, die ganze Wohnung abzusuchen, fand aber keinen Knopf von derselben Art. Klein und Engelmann wurden beide festgenommen, obwohl sie immer noch leugneten. Im Untersuchungsgefängnis legten sie gestern ein Geständnis ab. Das Checkbuch hatten sie durch die Post an eine Filiale der Deutschen Bank gesandt, das Geld geteilt und die Kassette auf dem Tempelhofer Felde weggeworfen.

Ein chinesischer Götze ist dem ehemaligen Bäcker Kienow, der als Pferdebursche die Expedition nach Ostasien mitmachte, verhängnisvoll geworden. Kienow hielt sich nach der Rückkehr aus China in Berlin auf, ohne zu arbeiten. Als ihm schließlich das Geld ausging, wollte er einen Götzen versetzen. Der Trödler in der Dieckstraße, dem er ihn anbot, schöpfte aus dem hohen Werte (1200 M.) der 15 Centimeter hohen massiv goldenen Figur Verdacht und holte die Polizei. Dieser erzählte Kienow, daß er den Götzen, eine stehende Figur, von einem russischen Soldaten für 40 M. gekauft. Daß sie einen so hohen Geldwert habe, habe er gar nicht geahnt. Trotz dieser Versicherung wurde er unter dem Verdacht, die aus dem Kaiserpalast in Peking stammende Figur gestohlen zu haben, in Haft genommen.

Ein Schaufrisieren veranstaltet am Sonntagabend 7 Uhr der Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmacher im Gewerkschaftshause, Saal 5. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf.

Auf der Radrennbahn Kurfürstendamm (Bahnhof Charlottenburg) werden am Sonntag, den 13. April, nachmittags 3 Uhr, fast alle die Fahrer, welche ihr Trainingsquartier auf dieser Bahn und im Sportpark Friedenau aufgeschlagen und in der abgelaufenen Woche tüchtig gearbeitet haben, in verschiedenen Rennen vereinigt werden. Es finden außer zwei Halbdauerfahrten über 10 und 20 Kilometer mit Motorführung für Steher u. a. folgende Flieger-Konkurrenzen statt: Hauptfahren, Prämien-, Ermunterungs- und Tandem-Fahren. An Besuch wird es der Direktion nicht fehlen, da die Eintrittspreise nur auf 1 M. und 50 Pf. bemessen sind.

Vom Reichshallen-Theater. Ferdinand Meysel, der Dirigent der Stettiner Sänger, hat von dem Eigentümer Herrn Dr. Schlief das ganze Gebäude der Reichshallen auf 10 Jahre in Generalpacht genommen. Das ganze Gebäude wird einer Renovation unterworfen werden, welche der Architekt und Baumeister Herr Wilhelm Seyring ausführen wird.

Treptow-Sternwarte. Von heute bis zur Mondfinsternis wird jetzt jeden Tag abends der Mond auf der Treptow-Sternwarte den Besuchern gezeigt. Sonntagnachmittag 5 Uhr spricht Direktor Archenhold über „die bevorstehende Mondfinsternis" und abends 7 Uhr über „den Mond in seiner Bedeutung für die Schiffahrt."

Feuerbericht. In der Nacht zum Freitag wurde die Wehr nach der Straße Am Krögel 1 gerufen, um hier einen Brand abzulöschen, der den Fußboden, die Schaaldecke und die Balkenlage ergriffen hatte. Donnerstagabend kurz nach 8 Uhr lief eine Feuermeldung von der Klopstockstr. 25 ein. Hier war in der im ersten Stockwerk belegenen Wohnung des Kaufmanns Stein ein größeres Feuer ausgekommen. Plättibretter, Kleidungsstücke, Wäsche, Immobilien 2c. wurden ein Raub der Flammen und bedurfte es längerer Arbeit, um das Feuer zu löschen. Kurz darauf erfolgte eine Alarmierung nach der Ecke der Schönhauser Allee und Fransecki straße. Hier war ein Pferd unter einen elektrischen Straßenbahnwagen geraten, das dann von der Wehr wieder hervorgeholt wurde. — Kleidungsstücke und Gardinen hatten abends 11½ Uhr in der Petersburgerstraße 63 Feuer gefangen, während gleichzeitig am Georgenkirchplatz 12 Gummischläuche in einer Gasbläserei in Brand geraten waren. Außerdem hatte die Wehr noch Alarmierungen von der Admiralstraße 31 und nach dem Victoria Luiseplatz 4 zu verzeichnen, die aber nur unbedeutende Brände betrafen.

Aus den Nachbarorten.

Aus Schöneberg wird uns geschrieben: Einen unerwarteten Ausgang hat die dieser Tage vor dem Bezirksausschuß zu Potsdam verhandelte Klage unsrer Parteigenossen gegen die Ungültigkeitserklärung des Stadtverordneten-Mandates des Genossen Gustav Däumig genommen. Bekanntlich wurde Däumig im 4. Bezirk gegen den Stadtverordneten Steinsetzmeister Schlinck mit großer Mehrheit gewählt. Die für Däumig abgegebenen Stimmen sind indes von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt worden, da er nicht in der angenehmen Lage war, Hausbesitzer zu sein und nur ein solcher, nach der Magistrats-Bekanntmachung, gewählt werden konnte. Der Bezirksausschuß hat nun zwar die Wahl unsres Parteigenossen ebenfalls als ungültig angesehen, aber auch zu gleicher Zeit erkannt, daß die Proklamation seines Gegenkandidaten zum Stadtverordneten seitens des Kollegiums zu unrecht erfolgt sei, also auch für ungültig zu erklären sei. Sollte gegen diesen Beschluß das Ober-Verwaltungsgericht nicht angerufen werden, so dürften die Tage des Seniors Schlinck als Stadtvater gezählt sein. Hatte doch gerade Schlinck mit aller Kraft danach gestrebt, wieder ins „Parlament" zu gelangen, trotzdem nur der kleinste Teil der Wähler für ihn gestimmt hatte, und nachdem er schon bei der ersten Wahl im November gegen unsern Genossen Obst unterlegen war. „Und wenn ich nur mit einer Stimme gewählt würde, nähme ich das Mandat an", hatte der Herr noch im Wahlprüfungs-Ausschuß erklärt.

Die Entfestigung Spandaus. Es wird uns geschrieben: Ein „Hangen und Bangen in schwebender Pein" ist es, zu dem die Einwohnerschaft Spandaus von der Heeresverwaltung verurteilt zu sein scheint. Denn die Verhandlungen zwischen ihr und den Beauftragten der Stadt über die Entfestigung gehen nicht mit der Beschleunigung von statten, die im Interesse einer baldigen Gesundung der Finanzverhältnisse Spandaus zu wünschen wäre. Wie verlautet, stellt der Militärfiskus ganz unverständlich hohe Forderungen an die Stadt, er soll zur Zeit eine bare Entschädigung von sechs Millionen Mark verlangen, eine Summe, welche die schon jetzt unerträglich hohen Steuern (im vorigen Jahre 200 Proz. Gemeindesteuer-Zuschlag) nur noch mehr in die Höhe treiben müßten, um überhaupt die Verzinsung der Anleihe zu ermöglichen. Die Entfestigung Spandaus läßt sich nicht mehr von der Hand weisen, die moderne Kriegstechnik ist über die veraltete Art der Landesverteidigung durch Festungsbauten längst hinweg. Das verhehlt sich die Heeresverwaltung am allerwenigsten; warum also diese unbegreifliche und ungerechtfertigte Verzögerung, und warum denn solche exorbitanten Forderungen? Die Fortifikation läßt ja selbst bereits Teile der Festung abtragen und Teile des Festungsgrabens zuschütten: ein Beweis, daß die Entfestigung überhaupt nur noch eine Frage der Zeit ist. Jede unbegründete Verzögerung ist von verderblichen Folgen für die in ihrer Entwicklung völlig eingeengte Stadt.

Der städtische Arbeitsnachweis zu Rixdorf veröffentlicht jetzt seinen Jahresbericht pro 1901. In diesem Jahre wandten sich die Arbeitgeber mit insgesamt 1221 Gesuchen um Nachweis von Arbeitskräften an das städtische Bureau, während sich dort 5317 Personen wegen Vermittelung von Arbeit meldeten, und zwar 4469 männliche, 423 weibliche und 425 Personen unter 16 Jahren. Arbeit nachgewiesen wurde insgesamt 1852 Personen.

Die Stelle eines Gemeindevorstehers in Zehlendorf ist in der Gemeindevertreter-Sitzung am gestrigen Freitagabend durch die erfolgte Wahl des Herrn Dr. jur. Koster, zur Zeit Bürgermeister in Hadersleben, Schleswig-Holstein, neu besetzt worden. Der Gewählte ist 42 Jahre alt, war nach Erledigung beider juristischer Staatsprüfungen als kommissarischer Richter und Verwaltungsbeamter zwölf Jahre im oldenburgischen Staatsdienst beschäftigt und ist seit dem Jahre 1895 Bürgermeister in Hadersleben.

Adlershof. Man schreibt uns: Die Gemeindewähler der dritten Klasse stehen wieder vor einer Gemeindevertreter-Wahl. Es handelt sich diesmal um eine Ersatzwahl für den freisinnigen Vertreter, Herrn Lehrer Protze. Gegen die vor etwa einem Jahre erfolgte Wahl dieses Herrn wurde, noch unter dem Regime des verstorbenen Amtsvorstehers v. Oppen, seiner Zeit Protest erhoben mit der Motivierung, daß Schullehrer nach den Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung nicht in den Gemeinderat gewählt werden dürfen; Herr Protze war offenbar denen, die sich in dem „Glanze" des Amtsvorstehers v. Oppen sonnten, zu liberal. Ohne Rücksicht darauf, daß in Preußen in verschiedenen Stadt- und Landgemeinden Schullehrer in den Vertretungen sitzen, wurde der Protest erhoben; die Protestler fühlten sich berufen, einen Präcedenzfall zu schaffen.

Die Gemeindevertretung beschloß, gegen diesen Protest den Klageweg zu beschreiten und ein letztinstanzliches Urteil herbeizuführen. In allen Instanzen wurde jedoch im Sinn der Protestler entschieden, und die Gemeinde mit ihrer Klage abgewiesen.

Herr Protze scheidet nunmehr aus dem Gemeinderat aus, und somit findet am **Montag**, den 14. April cr., nachmittags von 4—7 Uhr im Gemeindebureau (alte Schule) **Ersatzwahl** statt. Seiner Zeit stand uns, da es sich um die Wahl eines Ansässigen handelte, kein geeigneter Parteigenosse zur Verfügung. Die Verhältnisse haben sich jedoch geändert, und wir konnten in der letzten Wahlvereinsversammlung einen Kandidaten präsentieren, der den Bedingungen der Landgemeinde-Ordnung entspricht. Es ist der Lederarbeiter Genosse Karl **Kretschmer**, der auch einstimmig zum Kandidaten aufgestellt wurde. Es ist nun Pflicht der Parteigenossen, zahlreich zur Wahl zu erscheinen und für die Wahl unsres Kandidaten zu agitieren. Am Sonntag früh um 8 Uhr werden die Wahlaufforderungen ausgetragen; hilfsbereite Genossen wollen sich bei Löwenthal, Hackenbergstraße 3, frühzeitig einfinden.

Lichtenberg. Die Gemeindevertretung ernannte am Donnerstag eine Kommission, die in die Abrechnung über den seit vier Jahren fertigen Rathausbau endlich Klarheit bringen soll. Die Genossen Treue und Zimmermann sollen dabei behilflich sein. — Zum Vorsitzenden des Gewerbegerichts wurde Herr Amts- und Gemeindevorsteher Ziethen und zu Stellvertretern die Herren Sternstein, Kloster und Glaschke, letztere beiden gegen die Stimmen der Socialdemokraten, gewählt. — Die Hundesteuer-Ordnung wurde dem Verlangen des Kreisausschusses entsprechend abgeändert; die Steuer beträgt nun 16 M. per Jahr. Abgeändert wurde auch der Vertrag mit dem Justizfiskus über die Erbauung des Amtsgerichts, so weit die späteren Ankaufsbedingungen in Betracht kommen. Mit dem Bau soll in Kürze begonnen werden. — Die socialdemokratischen Gemeindeverordneten begründeten eine Resolution, worin der Gemeindevorstand ersucht wird, in Bezug auf die Frage der Stadtwerdung Lichtenbergs nichts unversucht zu lassen, damit die Sache in etwas lebhafteres Tempo komme. Im besonderen wurde betont, daß die Verhandlungen, die in neuerer Zeit mit Berlin gepflogen werden, das erste Projekt durchaus nicht kreuzen dürfen. Im Verlauf der Debatte gab der Gemeindevorsteher Kenntnis von einem Schreiben des Landrats, wonach an der Hand der beiden letzten Haushaltspläne die eingereichte Denkschrift ergänzt werden soll; ebenso soll sie über die Wirtschaftslage der Einwohner und über die vorhandenen öffentlichen Einrichtungen Bericht geben. Sodann soll erwogen werden, ob Lichtenberg die finanziellen Opfer, die die städtischen Einrichtungen erfordern, tragen kann; dazu gehört auch die Verzinsung der dem Kreise Niederbarnim zu zahlenden Abfindungssumme im Betrage von 668 000 Mark. Der Kommission, die über die Abfindungssumme mit dem Landrat eventuell verhandeln wird, gehört unter andern auch Genosse Grauer an. Auch wurde eine besondre Kommission gewählt, die gemeinschaftlich mit dem Gemeindevorstand die Verhandlungen mit Berlin über die Einverleibungsfrage führen soll. Diese Sache wird nach einem Bericht des Vorsitzenden sehr ernstlich betrieben; der Kommission gehören u. a. die Genossen Weißfluck und Grauer an. — Ferner wurde als im öffentlichen Interesse liegend die Regulierung der drei großen Straßenzüge Gürtelstraße, Pfarr- und Eldenaerstraße beschlossen, obwohl der Gemeinde zugemutet wird, von den ungefähr 420 000 M. betragenden Kosten 215 000 M. aus Mitteln der Steuerzahler zu Gunsten einer Handvoll Hausbesitzer beizutragen.

Eine Scharlachepidemie ist in Groß-Schönebeck ausgebrochen. Infolgedessen ist für den Umfang des Gemeindebezirks Groß-

Schönebeck die allgemeine Anzeigepflicht angeordnet worden. Alle Familienhäupter, Haus- und Gastwirte sowie Medizinalpersonen sind bei Vermeidung der gesetzlich angedrohten Strafen verpflichtet, von den in ihren Familien, ihren Häusern und Wirtschaften sowie in ihrer Praxis vorkommenden Fällen dieser Krankheit mündlich oder schriftlich dem Amtsvorsteher sofort Mitteilung zu machen.

Theater.

Neues Theater. Gastspiel des Pariser Ensembles. — Das Neue Theater scheinen die Lorbeern des Residenz-Theaters nicht schlafen zu lassen. Nach „Coralie u. Co." und „Champaray's Leiden" sollen nun eine Woche lang Pariser Schwänke im Urtext, frisch von der Quelle weg, dort zum Ausschank kommen. An zahlungsfähigen Liebhabern des Genres ist ja im deutschen Vaterland kein Mangel, und so mag sich diese neue Spekulation vielleicht in klingende Münze umsetzen. Der erste Abend jedenfalls fand ein vollbesetztes Haus und ein höchst animiertes Publikum. Zumal der zweite Akt von Georges Feydeau's „Le Dindon" entfesselte Lachstürme von ungewöhnlicher Intensität. Die Posse, die an Ungeniertheit auch das in Pariser Schwänken sonst gewöhnliche Maß noch um ein Erkleckliches überbietet, gehört, ähnlich wie „Champarays Leiden", der Gattung der Klingelstücke an. Die Klingelei ist komischer Haupteffekt. Unter die Kissen eines Hoteldivans, der symbolistisch noch ein andres Möbel vorzustellen hat, sind von einem verfolgungssüchtigen Liebhaber zwei elektrische Läutewerke versteckt, die, sobald die Ruhesuchenden sich niederlassen, in fieberhafte Thätigkeit geraten. Statt der Schuldigen fällt ein argloser Provinzial-Major mit seiner mächtig korpulenten, zur Zeit durch ein fatales Unwohlsein sehr elegisch-weinerlich gestimmten Gattin, die noch dazu, um mitten in dem Klingelaufruhr ruhig einschlafen zu können, von dem menschenfremdlichen Dichter mit hoffnungsloser Taubheit ausgestattet ist, dem Plane zum Opfer. Und zwischendurch tobt dann noch eine wahnwitzige Hetzjagd andrer Verwechselungen, deren inneren Zusammenhang kein menschlicher Verstand zu durchdringen vermag. Indes das flotte Spiel brachte, was sich dem wilden Durcheinander des höheren und höchsten Blödsinns an Komik abgewinnen ließ, mit ganz verblüffend sicherem Geschick heraus. Man weiß am nächsten Tage nicht, wie man, als ein vernünftiges Menschenwesen und Krone der Schöpfung, hat lachen können, aber — man hat gelacht. Thatsachen sind nicht aus der Welt zu schaffen.

Nach Schluß der Komödie trat Paulus auf, der „König der Chantans", wie ihn der Theaterzettel in schöner Bescheidenheit betituliert. Daß er sich übrigens auf Gassenhauer trefflich verstehe, wird ihm niemand abstreiten wollen. Seine Stimme ist angenehm; und er hat eine Art, den Rhythmus zu markieren, ihm mit Arm und Beinen nachzuhelfen, durch Augenzwinkern und amüsante Grimassen Sinn und Nebensinn der Verse breit zu unterstreichen, die so recht dafür geschaffen sind, das typische Publikum der Variétés zu entzücken, ihm Text und Melodie der Lieder in das Gedächtnis einzupauken. Man begriff es, zumal als er nach allerhand Schnurren zum Schluß eines seiner alten Soldatenstücke „revenant de la revue" anstimmte, sehr wohl, wie zur Zeit des Boulangerschwindels tristen Angedenkens Paulus als chauvinistischer Reklamesänger des „tapferen Generals" es zu solch unerhörter Straßenpopularität hat bringen können. — dt.

Versammlungen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission

hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshause eine Versammlung ab und befaßte sich zunächst mit dem Rechenschaftsbericht, der den Delegierten gedruckt vorliegt. Körsten giebt hierzu bezüglich des Kassenberichtes mehrere Erläuterungen. Die Lederarbeiter wären als eine Organisation aufgeführt worden; hier werde eine Trennung gewünscht, so daß die Lohgerber in Zukunft besonders aufgeführt werden sollten. Bei den Glasarbeitern sei ein Posten von 20 000 Mark aus England sowohl unter Eingängen von Vereinen als auch unter Ausgaben gebucht. Für ein Darlehn der Buchdrucker an die Glasarbeiter (10 000 M.) habe die Gewerkschaftskommission seiner Zeit Garantie übernommen, nachdem sich nun aber die Buchdrucker verpflichtet hätten, das Geld den Glasarbeitern auf längere Zeit zu überlassen, nimmt die Gewerkschaftskommission an, ihrer Verpflichtung überhoben zu sein. Die Mehrausgaben für Aushilfe im Bureau seien durch die Arbeitslosen-Zählung verursacht. Der Redner hebt ferner hervor, daß einige kleinere Gewerkschaften mit Geldmitteln für Agitation unterstützt worden sind. — Darauf spricht Link zu dem allgemeinen Teil des Rechenschaftsberichts. Hervorzuheben sei, daß die schlechte Konjunktur der Mitgliederzahl keinen Abbruch gethan habe. Der Rückgang gegen das Vorjahr betrage thatsächlich nur 500, da im vorjährigen Bericht irrtümlich 300 Zimmerer mitgerechnet seien, die dem Kartell angeschlossen seien. Dem Wunsch des „Vorwärts", die Kassenverhältnisse der einzelnen Gewerkschaften tabellarisch geordnet wiederzugeben, konnte nicht entsprochen werden, da die Gewerkschaften das Material hierfür nicht eingeliefert hätten. —

An diese Ausführungen schließt sich eine lebhafte Debatte. Robert Schmidt wünscht im Kassenbericht eine mehr übersichtliche Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben und fragt an, ob das statistische Material der Arbeitslosen-Zählung der Reichs- und Landesregierung und der Stadtvertretung zur Verfügung gestellt worden sei, und mit welchem Erfolg. Warum das Begleitschreiben an diese Behörden den Delegierten nicht vorgelegt worden sei? Hinsichtlich der Berichte über die einzelnen Gewerkschaften sei es sehr wünschenswert, daß eine specialisierte Aufstellung über ihre Kassenverhältnisse, z. B. auch über die Ausgaben für die einzelnen Unterstützungszweige, für Verwaltung usw., gegeben werden, und zwar nicht nur von unsern Gewerkschaften, sondern wenn möglich auch von den Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften. Es müßten vierteljährlich Fragebogen zu diesem Zweck an die Vorstände ausgegeben werden und dann müsse mit allen Mitteln versucht werden, das Material einzubringen. — Tischendörfer spricht sich sehr anerkennend über die Thätigkeit der Sekretäre aus und wünscht, daß es den Arbeitern klar gemacht werde, welche umfangreiche Arbeit auf dem Bureau der Gewerkschaftskommission geleistet wird. Die Kassenaufstellung genügt dem Redner nicht. Das Verrechnen mit Darlehen gäbe ein unklares Bild. An den Berichten über die Thätigkeit der Gewerkschaften übt der Redner in verschiedener Hinsicht Kritik. Der Bericht müsse ein mehr schematischer sein; man solle mehr die nackten Zahlen sprechen lassen. Die Berichterstattung der Generalkommission sei in der Beziehung eine bessere. Ferner kritisierte der Redner die Einleitung über „Streiks und Lohnbewegungen" und mehrere seiner Meinung nach unpassende Wendungen und unrichtige Darstellungen. Die persönliche Polemik müsse aus dem Bericht fern bleiben. Er wünsche nicht, daß Personen, wie Dr. Freund in so persönlich verletzender Weise behandelt werden. Brückner (Buchbinder) teilt mit, daß an einer Stelle im Bericht die Mitgliederzahl seiner Organisation, die 3420 beträgt, nicht richtig angegeben sei. — Körsten erwidert auf die verschiedenen Einwendungen und erklärt, daß die Listen häufig sehr verspätet abgerechnet würden, wodurch die Rechnungslegung erschwert werde. Den geäußerten Wünschen soll möglichst Rechnung getragen werden. Die Berichte von den Gewerkschaften sind verspätet eingegangen, wodurch auch die Fertigstellung des „Rechenschaftsberichts" verzögert wurde. Das Material der Arbeitslosenzählung ist an die erwähnten Adressen befördert worden, eine Antwort ist jedoch von keiner Seite erfolgt. Nur der Oberbürgermeister hat auf die Beschwerde gegen die Firma Rauck u. Hartmann wegen der Verweigerung des Säulenanschlages, die Arbeitslosenzählung betreffend, eine Antwort erteilt und zwar erklärt er das Verhalten der Firma für berechtigt und bezieht sich dabei auf eine Verfügung von 1884. Die Angriffe gegen Dr. Freund seien durchaus berechtigt und auch wohlüberlegt. Derselbe Dr. Freund, der, wenn auch in gewundenen Sätzen, erklärt habe, daß das durch die Arbeitslosen-Zählung gewonnene Material nichts tauge, benutze das Material des Gewerkschaftsbureaus für seine Arbeiten. — Des weiteren führt Schulzki (Vertreter der Handelshilfsarbeiter) Beschwerde darüber, daß die Forderungen der Kassenbeamten ignoriert werden. — Frau Thiele (Buchdruckerei-Hilfsarbeiterin) führt aus, daß die Mitgliederzahl ihrer Organisation nicht richtig angegeben sei und 585 betrage. Weber (Schuhmacher) wünscht, daß die Gelder, die bei Lohnbewegungen für eine Gewerkschaft aufgebracht werden, dieser auch voll zur Verfügung gestellt werden. Seine Organisation hätte übrigens den verlorenen Streik gut überwunden und kein Mitglied dadurch eingebüßt. — Cohen (Metallarbeiter) weist jenem Verlangen gegenüber auf die von der Gewerkschaftskommission gefaßte Resolution hin, wonach die nachträglich eingehenden Gelder in der Kasse verbleiben. Ferner wendet sich der Redner gegen die Unsitte, daß von den Krankenkassenbeamten häufig Ueberstunden gemacht werden. Besonders ist dieser Uebelstand bei der Ortskrankenkasse der Kaufleute eingerissen. Link erwiderte zunächst auf die an der Einleitung geübte Kritik. Er halte die darin aufgestellten Behauptungen aufrecht. Man könne er ja freilich nicht allen recht machen. Die einzelnen harten Worte seien durchaus berechtigt. Das Begleitschreiben an die Behörden zu dem Material der Arbeitslosen-Zählung werde im nächstjährigen Bericht veröffentlicht werden, da es nicht mehr in dieses Geschäftsjahr falle. Der Redner wendet sich des weiteren gegen die Ausführungen Webers bezüglich der Einbehaltung überschüssiger Gelder. Die Kommission müsse einen Fonds zur Verfügung haben; das Verfahren entspricht den gefaßten Beschlüssen. — Nachdem Schulzki noch erklärt hatte, daß nicht die Kassenbeamten, sondern die Verwaltungen schuld seien, wenn Ueberstunden gemacht würden, wird die Diskussion geschlossen und den Sekretären einstimmig Decharge erteilt.

Darauf stellt Streitner im Namen des Ausschusses den Antrag, das Gehalt der Sekretäre um je 200 M. pro Jahr zu erhöhen. Matthes (Holzarbeiter) wendet sich gegen die sofortige Erledigung des Antrags und will ihn zuvor seiner Gewerkschaft vorlegen. Schulzki beantragt ein Anfangsgehalt von 2000 M. für die Sekretäre, nach zwei Jahren um 200 M. steigend, nach 5 Jahren 2400 M. Jahresgehalt zu zahlen. — Wiesenthal beantragt, daß dem Sekretär, der die Kasse führt, außer der vom Ausschuß beantragten Gehaltserhöhung 100 M. Mankogeld gezahlt werde. Für den Ausschußantrag sprechen Massini, Jahns und Ritter. Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen; ebenso der Antrag Wiesenthal. Der Antrag Schulzki wird abgelehnt.

Auf Antrag des Ausschusses wird das Regulativ der Gewerkschaftskommission dahin abgeändert, daß es nicht mehr heißt, die Berichterstattung und die sich daran schließende Wahl des Ausschusses soll alljährlich im Januar, sondern „im ersten Quartal stattfinden." — Hierauf wird zur Wahl des Ausschusses übergegangen. Ein Antrag Cohen, den Sekretären Stimmrecht im Ausschuß zu verleihen, ruft eine längere Diskussion hervor, die Entscheidung darüber wird jedoch ausgesetzt. In den Ausschuß wurden gewählt: Busse, Zeiske, Börner, Streitner, Kube, Kunze und Wiesenthal. Als Revisoren: Brückner (Buchbinder), Jäck und Tesche.

Bezüglich der Stellungnahme zur Maifeier wird beschlossen, die Ausarbeitung der Resolution sowie die weiteren Maßnahmen dem Ausschuß zu überlassen. — Schulzki teilt noch mit, daß die Stellungnahme gegen die Firma Wertheim nicht resultatlos verlaufen ist und die Organisation jetzt dort anerkannt wird. —

Nicht anwesend waren die Delegierten der Weißgerber, Vergolder, Rabitzputzer, Lackierer, Maschinisten, Asphalteure und Bäcker.

Justiz gegen Proletariat lautete das Thema eines Vortrages, den Dr. Karl Liebknecht am Sonntag in einer sehr stark besuchten Volksversammlung bei Ballschmieder in der Badstraße hielt. An einer Reihe neuerer gerichtlicher Urteile zeigte der Redner, daß nicht Gerechtigkeit, sondern Klassenjustiz die freilich sich selbst zersetzende Grundlage des heutigen Klassenstaates ist. Die Richter, die doch auch Menschen sind, und als solche unbewußt beeinflußt werden von den Anschauungen und Vorurteilen der Gesellschaftsklasse, aus der sie hervorgegangen sind, können sich eben deshalb nicht hineinversetzen in die Denkweise und die Empfindungen der socialdemokratischen Arbeiter, des klassenbewußten Proletariats. Was dem Proletariat groß und ideal gilt, erscheint dem Richter gar oft „gemeingefährlich"; was der Arbeiterschaft gemeingefährlich scheint, gilt dem Richter gar oft als „staatserhaltend". So kommen jene Urteile zu stande, die wir als Ausfluß der Klassenjustiz bezeichnen, ohne daß wir dabei an bewußte Rechtsbeugung dächten. Unter dem Einfluß der in bürgerlichen Kreisen herrschenden, von der reaktionären Presse mit Vorbedacht genährten Anschauung, daß die Socialdemokratie die Umsturzpartei, die Zerstörerin der Ordnung sei, sind die Richter nur zu leicht geneigt, den Socialdemokraten an sich ohne weiteres mancher Delikte für besonders fähig zu halten und viele Delikte, wenn sie von Socialdemokraten begangen werden, als besonders gemeingefährlich anzusehen. So erklärt es sich, daß Strafthaten, die in Zusammenhang stehen mit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, in Deutschland ungemein schwer bestraft zu werden pflegen. Der Redner erläuterte seine Ausführungen an verschiedenen Verurteilungen wegen Streikvergehen: Der Streikbrecher genießt einen gerichtlichen Schutz, der dem des Monarchen und der Kirche nahezu gleichkommt. Der Chinaprozeß des „Vorwärts", die Landfriedensbruch-Prozesse in Löbtau und Köslin, die Meineidsprozesse in Güstrow, die bekannten Ober-Verwaltungsgerichts-Erkenntnisse, die Erpressungsprozesse gegen Arbeiter, die nicht mit Unorganisierten zusammen arbeiten wollten, und andre die Klassenjustiz kennzeichnende Urteile fanden ihre Beleuchtung. Redner betonte besonders, die auch im Reichstag von unsrer Seite vertretene Ansicht, daß der Erpressungsparagraph in einem Nürnberger Fall in ähnlicher Weise, wie sonst gegen Arbeiter, gegen einen Unternehmer angewendet sei, beruhe auf Irrtum; dieser Unternehmerfall habe ganz anders gelegen. Liebknecht schloß seinen zweieinhalbstündigen Vortrag mit dem Hinweis, daß der Grundsatz: Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates, erst mit Beseitigung der Klassen Wahrheit werden könne. — Der Vorsitzende Bittorf schloß die Versammlung mit der Aufforderung zum Anschluß an die politische und gewerkschaftliche Organisation.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 13. April, vormittags 9½ Uhr, in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kl. Frankfurterstr. 6: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung". Um 10½ Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Gehrke: „Die Wertschätzung menschlicher Größe". — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Vermischtes.

Westen. Manila, 8. April. Flüchtige Verbrecher überfielen bei Sorsogon auf Samar 5 Konstabler und töteten drei von ihnen unter furchtbaren Martern, nachdem sie ihnen vorher die Augen herausgedrückt hatten.

Die Cholera. Aus Manila wird gemeldet, daß die Gesamtzahl der Todesfälle in Manila 140 beträgt. Ein plötzliches Auftreten der Seuche wird aus Hagenoy berichtet, von wo 51 Fälle der Krankheit gemeldet werden.

Vereinskalender.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Erster Vorsitzender Julius Meyer, Fichtestraße 27. Erster Kassierer Seikrit, Fidicinstraße 16. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Lausitzerstr. 33. **Sonnabend**, abends 9—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Sanges-Echo", Krüger, Naunynstr. 6. — „Immergrün", Tegel, Rentner, Spandauerstr. 15. — „Vorwärts VII", Rummelsburg, Beutling, Goethe- und Kantstr.-Ecke. — „Weiße Rose II", Weißensee, Sorrer, Strasburgstr. 56. — „Eintracht I", Teltow, Derz, Zehlendorferstr. 6. — „Sängerlust", Luckenwalde, Schulze, Beelitzerstr. 34. — „Einigkeit II", Reinickendorf „West", Bertwell, Wittestraße. — „Echo II", Markgrafpieske bei Fürstenwalde, Grosnick. — „Gemischter Chor", Luckenwalde, Gerhart, Haag 5. — „Glück zu", Lörig, Pankstr. 32d. — „Freie Sänger", Oranienburg-Sondhausen, Müller (Waldhaus).

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Liebetrau, Berlin, Putbuserstr. 44, 4 Tr. **Sonnabend:** „Havana II", Nowawes-Neuendorf, Bernhardt, Priesterstraße 31. — „Glück Auf", Rüdersdorf-Kalkberge, Greve, Heinitzstr. 19. — „Kuba", Spitzhalle, Bredowstr. 2. — „Pappel", Dahnke, Buchholzerstr. 5. — „Havana I", Rixdorf, Pflug, Juliusstr. 59. — „Blauer Dampf", Dove, Müllerstraße 32a. — „Kommune", Kolonienstraße 147. — „Einigkeit III", Hentze, Herzfelde, Hauptstraße 46. — „Guter Tabak", Kupsch, Teltow, Hoher Steinweg 41. — „Gemütlichkeit V", Mier, Henickendorf, Kirchplatz. — „Klub 1900", Kreuzstr. 10. — „Angler I", Zuleger, Zimmerstr. 60. — „Gemütlichkeit VI", Gletze, Charlottenburg, Krummestraße 69. — „Guter Zug", Eberswalderstr. 3. — „Pfälzer", Hoffmann, Swinemünderstr. 47. — „Einigkeit IV", Gärtsch, Neu-Zittau. — „Einigkeit V", Waschkuhl, Weißenburgerstr. 48. — „Weichseldust I", Pappel-Allee 34. — „Fortuna", Rüdersdorf, Stolpbrück. — „Berolina", Teltow, Hoher Steinweg 41 (alle 14 Tage). — „Grüne Rose", Friedenstr. 91. — „Dornröschen", Fennstr. 5. — „Henkelstöpfen", Dunckerstr. 88. — „Wilde Rose", Neu-Weißensee, Lichtenbergerstraße 15.

Central-Raucherbund. Zuschriften sind an Kleist, Rixdorf, Juliusstraße 26, zu richten. **Sonnabend:** „Lange Pfeife", Rixdorf, Knesebeckstraße 20. — „Glück auf", Rixdorf, Ringbahnstr. 24. — „Frohsinn", Knesebeckstraße, bei Sparenberg. — „Kurze Pfeife", Rixdorf, Mainzerstr. 4. — „Ohne Zwang", Rixdorf, Knesebeckstr. 118. — „Alt-Gemütlichkeit", Köpnickerstr. 61.

Arbeiter-Turnerbund. Sonnabend: Turnv. „Fichte", Berlin, abds. 8—10 Uhr: 1. Männer-Abt. Friedenstr. 37. — 3. Männer-Abt. Boeckhstr. 17/20. — 7. Männer-Abt. Reichenbergerstr. 131—132. — 8. Männer-Abt. Höchstestr. 36/37. — 2. Lehrlings-Abt. Skalitzerstraße 55—56. — 4. Lehrlings-Abt. Siemensstr. 20 (Moabit). — 5. Lerl.-Abt. Ackerstr. 67. — „Freie Turnerschaft Johannisthal" abds. 9—10 Uhr Senfteben. — Turnerschaft d. V. „Nereus" (gegründet 1882), 1. Lehrlingsabteilung 8—10 Uhr abds. Manteuffelstr. 7. — „Arb.-Turnv." in Adlershof, Padden-Villa, Rudower Chaussee, Männer-Abt., Mittwochs Lehrlings-Abt.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonnabend. Sportverein „Herkules", Wattstr. 3.

Zwanglose Zusammenkünfte mit Damen im Restaurant des Gewerkschaftshauses. Sonnabend: Buchbinder.

Deutscher socialdemokratischer Leseklub in Paris. 82 rue Notre-Dame de Nazareth, 3e arrond. Brasserie des 3 Suisses. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht.

London. Der einzige socialdemokratische Verein Londons, der alte von Karl Marx und Friedrich Engels 1846 mitbegründete Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich noch wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Rd., W. London. Alle Anfragen in gewerkschaftlichen und parteigenössischen Angelegenheiten sind an vorstehende Adresse unter Bezeichnung: „An den 1. Sekretär" zu Händen des Vereinsvorstands, zu richten.

Verein Vorwärts, Johannesburg (Transvaal). Vereinslokal Progress-Bierhalle, Corner of Marshall and Small Street.

Deutscher Arbeiterverein Brüssel. Verkehrs- und Vereinslokal: Maison du peuple.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gauvorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW., Waldstraße 8. **Sonnabend:** „Waldesgrün", jeden Sonnabend vor dem 1. und 15., Brunnenstraße 107.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

S. 35. L. Ein Längengrad auf dem Aequator beträgt genau 15 geographische Meilen; denn die Meile ist definiert als der 15. Teil der Länge des Aequatorgrades. Um die Länge eines Grades auf einem andren Breitenkreis zu finden, ist 15 Meilen mit einer von der Breite abhängigen Zahl, dem sogenannten Cosinus der Breite, zu multiplizieren. Berlin liegt unter 52° 30' 17" nördlicher Breite, der Cosinus hiervon ist 0,6087, mithin beträgt in unsrer Breite die Länge eines Grades 15 × 0,6087 = 9,1305 Meilen. Der Cosinus von 70° ist 0,3420; mithin beträgt unterm 70. Breitengrad die Größe eines Längengrades 15 × 0,3420 = 5,1300 Meilen. Auf einer ebenen Weltkarte müssen die Längengrade in hohen Breiten ebenso groß ausfallen, als in niederen, also zu groß. Mithin giebt es auf einer solchen Karte keinen einheitlichen Maßstab für alle Zonen, sondern die unter hohen Breiten gelegenen Gebiete erscheinen gegenüber den äquatorialen Gegenden verbreitert.

Fr. H. 1. Sie müssen zu angemessener Zeit die Wohnung besichtigen lassen. Als angemessen würde im Streitfall etwa die Zeit von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags vom Gericht erachtet werden. 2. Die Klage hat keine Aussicht auf Erfolg. — **Dienstmädchen.** Ist nichts andres vereinbart, so beträgt die Kündigungsfrist für das Gesinde 6 Wochen zum Quartalsersten. — **O. S. 105.** 1. und 2. Nein. Teilen Sie dem sonderbaren Verlag unfrankiert mit, daß er sich die ohne Ihre Bestellung Ihnen zugesendeten Schriften innerhalb 24 Stunden abholen lassen soll, widrigenfalls Sie sich vorbehalten, ihn auf Anerkennung dahin zu verklagen, daß Sie nicht abonniert haben und aus der Zusendung der Schriften ihm nichts schulden. Notwendig ist die Klage nicht. — **Treuer Abonnent.** 1. Das geht nicht, das wäre strafbare Urkundenfälschung. 2. Das Gericht ernennt den Vormund, die Mutter kann jemand vorschlagen. — **P. G. 2.** Nein. — **In Druck.** 1. Nein. 2. Spätestens am 364. Tage. 3. Breitestr. 24. 4. Ja. — **E. W. 33.** Ein einfacher Schuldschein genügt, eine Beglaubigung der Unterschrift ist zweckmäßig, aber verursacht Kosten. — **A. B. 75.** Leider nein. — **O. B.** Das ist nicht erforderlich. Die Rechte stehen im Gerichtsverfassungsgesetz. Als Schöffe haben Sie lediglich nach bestem Gewissen zu urteilen. Die Ansicht des Vorsitzenden darf nach keiner Richtung hin Sie beeinflussen, Ihre Ansicht gilt genau soviel wie die des Vorsitzenden. Von Wesentlichkeit für den Laienrichter bleibt stets zu prüfen: hat der Angeklagte zweifellos das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt? Ist diese Frage auch nur zweifelhaft, so ist eine Verurteilung ein moralisches Verbrechen. — **A. J. Charlottenburg.** Nein. — **Paul und W.** Jede Revier-Sanitätskommission in Berlin besteht aus dem Vorstande des betreffenden Polizeireviers, sowie aus ärztlichen und sonstigen Mitgliedern, welche Einwohner des Reviers sein müssen und auf Vorschlag des vom Polizeipräsidenten gewählten Vorsitzenden der Kommission durch die Stadtverordneten-Versammlung erwählt werden. Die Mitgliederzahl soll in der Regel 15 nicht überschreiten. Die Revier-Sanitätskommissionen sollen von Cholera-Erkrankungen und „von anderweitigen bedrohlichen Krankheitsausbrüchen" innerhalb ihres Bezirks benachrichtigt werden. Nach der polizeilichen Thätigkeitsanleitung vom 16. September 1899 ist neben dem Gesundheitszustande der Einwohner der Reviere in erster Reihe der sanitäre Zustand der Wohnhäuser und deren Reinlichkeit der Gegenstand, auf welchen sich die Thätigkeit der Revier-Sanitätskommission zu lenken hat. Eine besondere Aufmerksamkeit ist den Klosetts und Ausgüssen zu widmen. In kanalisierten Häusern bedürfen schadhaft gewordene Vorrichtungen, undichte Leitungen, verstopfte Leitungsteile der Berücksichtigung. In Häusern, welche noch Grubenklosetts haben, in Fabriken und auf Neubauten ist auf eine genügende Zahl von Abtritten (auf 15, höchstens 20 Interessenten je 1) zu halten. Den Kommissionen liegt auch die Anzeige verdächtiger Brunnen, eine Einwirkung auf die notwendige Reinlichkeit beim Verkauf von Nahrungsmitteln außerhalb der Markthallen, Anzeigen über Unsauberkeiten auch aus Knochen- und Lumpengeschäften und ähnliche Mißstände an die Sanitätskommission ob. — — **A. W. V. 27.** Wenn für Entbindung und Verpflegung einschließlich der Fürsorge für das Kind 40 Mark vereinbart sind, so ist diese Abrede gültig. Eine Nachforderung der Hebamme ist unberechtigt. Ebensowenig hat sie ein Recht, die Sachen des Kindes zurückzubehalten. Klagen Sie beim Amtsgericht auf Herausgabe der Sachen. — **F. W. W.** Kann Ihr Vetter beweisen, daß er arbeitsunfähig oder von der Leistung von Diensten dispensiert war, so würde eine Klage seinerseits Aussicht auf Erfolg haben, sonst nicht. — **Testamentsvollstrecker.** Liegt kein Testament vor, so sind in Ihrem Fall nicht allein Sie und Ihr Bruder, sondern Ihr Onkel zur Hälfte und zur andern Hälfte Sie beide Erben. Die Erben können den Nachlaß in Besitz nehmen und auf Herausgabe gegen andre klagen, können auch Siegelung beim Amtsgericht beantragen. — **W. M. 95.** Nein.

Witterungsübersicht vom 11. April 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	767	O	5	wolkenl.	3	Haparanda	771	SW	4	hlb. bed.	−13
Hamburg	763	OSO	4	heiter	4	Petersburg	778	SW	1	wolkenl.	−8
Berlin	763	O	5	heiter	4	Cork	776	NNO	2	hlb. bed.	5
Frankf./M.	757	NO	2	bedeckt	8	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	758	SW	2	bedeckt	8	Paris	757	OSO	1	bedeckt	9
Wien	760	SO	2	bedeckt	10						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 12. April 1902.

Ziemlich trübe und regnerisch bei mäßigen nordöstlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.

Berliner Wetterbureau

Durch Feuer, Wasser u. Rauch am 11./1. beschädigte Waaren und andere Gelegenheitskäufe werden zu sehr billigen Preisen verkauft.

Capes in allen Längen und Weiten mit wunderbaren Handstickereien fast garnicht gelitten **3,98 M.**

Hüte in allen Façons, die fast garnicht gelitten haben. **1,48 M**

Kinder-Jackets in allen Farben u. Grössen, die nur wenig gelitten haben **1,48 M.**

Paletots in allen Weiten u. Farben. **8,75 M.**

Hemdentuche	Louisianertuche, Renforcées-Reste, die etwas angeschmutzt sind . . . . jetzt 25, 13,	**8** Pf.
Damaste	schöne Blumenmuster und Streifen, passend zu Negligée und Bettwäsche, etwas angeschmutzt . . . Meter jetzt 38, 27,	**19** Pf.
Corsettes	moderne Façons, in allen Farben und Weiten, die etwas angeschmutzt sind . . . . . jetzt 75, 48,	**23** Pf.
Handtücher	Damast- und Drellgewebe, auch Küchenhandtücher Stück jetzt 25, 12,	**5** Pf.
Läuferstoffe	in Blumenmustern und Streifen, doppelt gewirktes Gewebe . . . . . Meter jetzt 32, 19,	**12** Pf.
Tüllgardinen	crême und weiss, ohne Appretur, wunderbare Muster . . . . . Meter jetzt 33, 24, 15,	**9** Pf.
Damenhemden	Herrenhemden, Nachtjacken, Beinkleider, die schmutzig geworden sind, jetzt 78, 55, 42,	**33** Pf.
Schwarze Stoffe	doppelt breit, glatt und gemustert, an der offenen Kante etwas nass gewesen . . . . . jetzt 45, 38,	**22** Pf.
Farbige Stoffe	doppelt breit, glatt u. gemustert, auch helle Sommerstoffe, die beim Brande nur etwas feucht geworden sind, jezt 78, 54, 42, 33,	**20** Pf.
Seidenstoffe	passend zu Kleidern und Blousen, wunderbare Streifen und Blumenmuster, die an der äusseren Kante nur etwas nass geworden sind, jetzt 95, 72, 45,	**28** Pf.
Schwarze Seidenstoffe	in Merveilleux u. Damast, passend zu Kleidern, wunderbare Dessins, etwas nass geworden . . . . . jetzt 95, 75, 55,	**48** Pf.
Bettlaken	in Leinen, Dowlas, Barchend, volle Breite jetzt durchweg	**58** Pf.
Steppdecken	in Woll-Atlas und Satin, bord. und grün, die nur etwas beim Brande gelitten haben . jetzt	**290** Pf.
Möbelstoffe	130 cm breit in allen möglichen Farben und wunderbaren Blumenmustern, die nur ganz wenig feucht geworden sind . . . . . jetzt 95, 78,	**65** Pf.
Tischdecken	mit Schnur und Quaste, auch mit Franzen, in allen möglichen Farben, die fast gar nicht beschädigt sind . . . . . jetzt 190, 128,	**88** Pf.
Teppiche	in allen denkbaren Grössen und Qualitäten, jetzt 750, 490,	**300** Pf.
Portièrenstoffe	in allen denkbaren Farben u. Qualitäten, mit wunderbaren Secessionsborduren, d. auch etwas gelitten haben, jetzt 68, 48,	**33** Pf.
Tischtücher u. Servietten	in Damast- und Drellgeweben, in allen denkbaren Grössen, die schmutzig geworden sind, jetzt 55, 33, 25,	**19** Pf.
Kinderkleider	in Wollstoff und Barchend, glatt und gemustert, wunderschöne Façons, die erst kurz vor dem Brande aus Arbeit gekommen sind, jetzt 190, 128, 95,	**38** Pf.
Inlette	passend zu Deckbetten und Kissen, durchweg gute Ware, in glatt und gestreift . . . . . jetzt 58, 35	**26** Pf.
Costüm-Röcke	in schwarz und farbig, durchweg gute Stoffe, die wenig, fast gar nicht beim Brande gelitten haben . . . jetzt 275,	**195** Pf.
Herren-Oberhemden	durchweg mit leinenen Einsätzen, glatt, gestickt, auch Piqué-Einsätze, durchweg total nass geworden . . . . . jetzt 238, 190,	**148** Pf.
Normalhemden	und Beinkleider für Herren und Damen, die etwas nass geworden und auch teilweise schmutzig sind, jetzt 78, 55,	**33** Pf.
Waschstoffe	in Batist, Madapolame, Rips, Piumetis u. Organdis, die teilweise beim Brande etwas mehr gelitten haben . . . . . jetzt Meter 28, 22, 19, 12,	**9** Pf.
Sonnen- und Regenschirme,	die teilweise schmutzig geworden sind . . . . . jetzt 195, 148, 95,	**38** Pf.
Strümpfe	für Herren, Damen und Kinder, die zum Teil nur auszuwaschen und dann wieder brauchbar sind, jetzt 38, 27, 16 u.	**8** Pf.
Herren-Hosen	in allen Farben und Weiten . . 260, 148,	**98** Pf.
Knaben-Anzüge	in allen Farben und Façons 285, 195,	**113** Pf.

Saccos neueste Façons, nur wenig gelitt. **3,95 M.**

Hüte wunderbare Modelle, fast garnicht gelitten, **2,48 M.**

Jackets die fast garnicht gelitten haben, **1,48 M.**

Jaquet-, Rock-, Brautanzüge 8,90 M.

Diese aussergewöhnl. billig. Preise gewähre ich nur an Private und gebe deshalb obige Artikel an Wiederverkäufer nicht ab.

Warenhaus P. Elend

N., Reinickendorferstr. 8a.

Sonntags von 8–10 und 12–2 geöffnet. **am Bahnhof Wedding.** Sonntags von 8–10 und 12–2 geöffnet.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.